

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei im Inland.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 nelspalte oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schil-  
 der-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Der Überwieg der Weltpolitik.

Es sind kaum zehn Jahre her, daß von der Regierung sowohl, wie von den Vertretern der ausschlaggebenden Parteien derjenige als dreifach bezeichnet worden wäre, der ihnen imputiert hätte, sie erstrebten die Schaffung einer Flotte, die allein der Flotte der stärksten Seemacht der Welt gewachsen wäre. Heute betrachtet man es als selbstverständlich, daß Deutschland so viel Panzerflotten bauen müsse, um selbst England die Spitze bieten zu können, und diejenigen, die noch heute an der Ansicht festhalten, die noch am 23. März 1898 der Zentrumsabgeordnete Dr. Schäfer vertrat: „Wir können nicht die erste Macht zu Lande und die erste Macht zu See sein“, müssen es sich gefallen lassen, von den Flottenphantasten — und dazu gehören nachgerade alle bürgerlichen Parteien! — als altmodische Köpfe, wenn nicht gar als Vaterlandslose Gesellen von oben herab abgetan zu werden.

Zu den Haupttrümpfen der Flottenphantasten gehört bekanntlich das Argument: Unser Ueberseehandel ist so groß geworden und hat England solche Konkurrenz gemacht, daß diese Entwicklung den grimmigsten Haß der Engländer erweckt hat. Davon wir deshalb nicht in beschleunigtem Tempo soviel Panzerschiffe, um England zur See in Schach halten zu können, so fällt John Bull eines schönen Tages aus wildem Konkurrenzweid über unsere Handelschiffe her. Das Abgeschmackte dieser kindischen Piratenphantasie haben wir bereits seinerzeit durch ein nüchternes Rechenexempel nachgewiesen, aus dem unüberleglich hervorging, daß Deutschlands Entwicklung zum modernen Industriestaat keineswegs zum Nachteil Englands ausgefallen ist, daß vielmehr der Export Englands und seiner Kolonien nach Deutschland gerade infolge der rapiden Industrialisierung Deutschlands einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen hat. Ebenso haben wir wiederholt nachgewiesen, daß gerade Deutschlands stierhafte Seerüstungen, die England zu einer kolossalen Steigerung auch seiner Marineausgaben gezwungen haben und ihm überdies die ersten Besorgnisse um seinen Kolonialbesitz einflößen, schließlich jenen verhängnisvollen Zusammenstoß mit England heraufbeschwören müssen, den man doch gerade durch den Bau von Panzerschiffen vermeiden zu wollen erklärt!

Der Überwieg der deutschen Weltpolitik sei jedoch heute noch von anderen Gesichtspunkten aus darzulegen. Bekanntlich suchen unsere Flottenagitatoren die Arbeiterklasse auch dadurch zu ködern, daß sie ihnen die wirtschaftlichen Vorteile des Kriegsschiffbaues in den leuchtendsten Farben schildern und ihnen von der deutschen Weltpolitik ein Zeitalter des gewaltigsten wirtschaftlichen Aufschwunges verheissen, das seine goldenen Segenströme auch über das Proletariat ergießen werde.

Der Bau der Panzerflotten, so predigen unsere Flottenapostel, komme in erster Linie ja den Arbeitern selbst zu statten. Nicht nur die Arbeiter der betreffenden Werften, sondern auch eine entsprechende Zahl von Arbeitern in Berg, Hütten- und Panzerplattenbau fänden dadurch Arbeitsgelegenheit. Als ob nicht mindestens dieselbe Zahl von Arbeitern Beschäftigung fände, wenn die Proletariat, statt die Schiffsbaukosten in Gestalt von indirekten Steuern auf dem Altare der Panzerplattenpatronen zu opfern, ihr sauer verdientes Geld für vernünftigeren Zwecke verwenden, für bessere Wohnungen, für eine kräftigere Ernährung usw. Die Logik der Flottenfere ist genau so halbbrüderlich, wie die der Militärschwärmer, die den Militarismus als eine Wohltat für das Proletariat pfeifen, weil er die Arbeitslosigkeit vermindere. Daß das arbeitende Volk eine halbe Million kräftiger junger Leute aus seiner Tasche ernähren muß, die am liebsten selbst für ihren Unterhalt sorgen — dafür soll es gar noch dem Militarismus danken! Als ob es da nicht viel gescheiter wäre, die Arbeitslosigkeit dadurch gleich mit Stumpf und Stil auszurotten, daß man die ganze kapitalistische Wirtschaft beiseitigt, die ja zu ihrem Funktionieren einer ständigen Armee von Arbeitslosen bedarf!

Wie aber sieht es mit dem goldenen Segen, mit dem nach den Versicherungen der Flottenbereiter die künftige weltpolitische Ära die Arbeiter überschütten soll? Zunächst ist gar nicht abzusehen, welche Vorteile unsere Flottenvermehrung unserer Industrie und unserem Handel bringen soll. Der deutsche Weltmarkt ist groß geworden ohne Flotte, er hat den französischen überflügelt trotz der stärkeren Flotte Frankreichs, ja er ist dem englischen nahe gekommen trotz der unendlichen maritimen Ueberlegenheit Englands. Aber vielleicht rechnen unsere Weltpolitiker mit einer gewaltigen kolonialen Ausbreitung Deutschlands, obwohl es völlig rätselhaft ist, wie wir zu solchen Kolonien kommen sollten, wenn wir sie nicht zuvor andern Kolonialmächten abhändeln! Doch leben wir einmal ganz davon ab, daß das weltpolitische Zukunftsgebäude völlig in der Luft schwebt. Nehmen wir einmal an, daß Deutschland ein Kolonialreich werden und Weltpolitik treiben könne. Wäre das dann faktisch ein solcher Segen für das deutsche Proletariat?

Alle vernünftigen Menschen sind darüber einig, daß Deutschland durch seine bisherige Weltpolitik, durch die Pachtungen von Kolonien in Ostasien, durch den Walderseezug

und das südwestafrikanische Abenteuer das Geld hundert-millionenweise zum Fenster hinausgeworfen hat. Aber, so könnte man sagen, das sind ja nur die ersten, allerdings kostspieligen kolonialen Gehversuche; haben wir erst wirkliche, wertvolle Kolonien, so wird das scheinbar verspekulierte Geld schon seine Zinsen tragen. Wohlun, untersuchen wir einmal die Weltpolitik der ersten Kolonialmacht, die Englands, auf ihren Segen für das Proletariat.

Der Segen der englischen Kolonialpolitik resp. der zahllosen Kolonialkriege findet in erster Linie seinen Ausdruck in der Schuldenlast Englands, die mehr als 15 Milliarden Mark beträgt, für deren Verzinsung jährlich 500 Millionen Mark erforderlich sind. Einen weiteren Segen der Kolonialpolitik sind die enormen Ausgaben für Meer und namentlich die Flotte, die jährlich über 1300 Millionen betragen. Rechnet man noch die anderweitigen kolonialen Ausgaben hinzu, so erhalten wir den runden Betrag von 2000 Millionen Mark, den Englands Weltpolitik jährlich kostet! Und dieser Betrag wird keineswegs zur Hauptsache von der besitzenden Klasse Englands aufgebracht. Trotz der beträchtlichen Erbschafts- und Einkommensteuer, die von der englischen Bourgeoisie gezahlt wird, zieht England — unter Abrechnung des Kohlenausfuhrzolls — aus Zöllen und Verbrauchsabgaben jährlich die Summe von 1350 Millionen Mark, einen Betrag, der zur Hauptsache von dem englischen Proletariat aufgebracht werden muß. Und wie sehr unter den kolossalen Lasten für Meer, Marine und Staatsschuld auch in England die Kulturaufgaben leiden, geht daraus hervor, daß von den Staatsausgaben auf den eigentlichen Zivildienst, auf Staatsverwaltung, Bauverwaltung, Justizverwaltung, Polizeiwesen, öffentlichen Unterricht, Kunst, Wissenschaft, auswärtige Angelegenheiten, Pensionen, Wohltätigkeitsausgaben usw. nur etwa 550 Millionen entfallen — gegenüber 2000 Millionen für die Weltpolitik!

Soviel über die Passiva der Weltpolitik. Wie steht es um ihre Aktiven? Da ist in erster Linie die englische Ausfuhr zu nennen, die im Jahre 1904 8500 Millionen betrug. Erwägt man jedoch, daß Deutschland, das industriell viel jüngere Land, es ohne Kolonien im Jahre 1904 auch bereits zu einer Ausfuhr von 5700 Millionen Mark gebracht hat (während Frankreichs Ausfuhr trotz seiner gewaltigen Kolonien nur 3700 Millionen betrug), so wird man sehr bezweifeln müssen, ob die englischen Kolonien wirklich einen so gewaltigen Wert darstellen. Ferner betrug in England die Summe der Einkünfte aus den kolonialen und sonstigen auswärtigen Kapitalanlagen, soweit sie aus dem Ausweis der Einkommensteuer hervorgehen, 1901/02 1276 Millionen Mark, was kapitalisiert also den Betrag von 25 Milliarden Mark ausmachte (die Gesamtsumme des in den Kolonien und dem Auslande angelegten englischen Kapitals wird auf 50 Milliarden berechnet). Daß ein Land aber auch ohne Kolonien gewaltige Massen Kapitals im Auslande anzulegen vermag, beweist wiederum Deutschland, das nach der amtlichen Denkschrift über Deutschlands Seerestellen mindestens 9 Milliarden Mark in ausländischen Handels- und Industrieunternehmungen und weitere 16 Milliarden in ausländischen Staats- und Industriepapieren angelegt hat!

Man sieht, es geht auch ohne Kolonien, ohne Kriegsflotte! Auch wird die Weltpolitik zwar der besitzenden Klasse der Kolonialmächte riesige Gewinne in den Schoß, aber der Segen der Weltpolitik für das Proletariat ist ein sehr problematischer. Oder ist etwa die Lebenslage des englischen Proletariats eine so beneidenswerte? Daß auch die englische Arbeiterklasse schwer durch indirekte Steuern belastet ist, haben wir bereits gesehen. Auch hat gerade die Entwicklung der letzten Jahre für die Löhne der englischen Arbeiter eine sinkende Tendenz gebracht, eine Tendenz, die auch in der Verschlechterung der Lebenshaltung, speziell einer Verminderung des Fleischkonsums, ihren Ausdruck fand. Und wenn die amtliche Marinedenkschrift schließlich selbst nachweist, daß gerade England, die weltpolitische Macht par excellence, im Jahre 1903 an produktiven Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung nur 23,02 Mk. — 31,83 Prozent der Gesamtausgaben aufwendete, dagegen 68,17 Prozent für die unproduktiven Ausgaben, für Militarismus, Marinismus und Schuldenverzinsung, so daß selbst Österreich-Ungarn und Rußland von Staats wegen absolut und relativ mehr für Kulturaufgaben ausgaben, so muß das gerade für das deutsche Proletariat eine Warnung sein, der deutschen Weltpolitik den denkbar energischsten Widerstand entgegenzusetzen!

### Die Revolution in Rußland.

Wahlergebnisse.

Der erste Akt der Wahlkomödie geht zur Reize. Die Wahlen von Bevollmächtigten, Wahlmännern usw. haben an diesen Orten stattgefunden und die vorliegenden Nachrichten gestatten einen ziemlich klaren Ueberblick über ihren Ausgang.

Was die Arbeiterwahlen anbelangt, so standen sie im Zeichen des Boykotts der Duma, was auch dank dem Einfluß der Sozialdemokratie im Voraus zu erwarten war. In einer besonders gewaltigen und eindrucksvollen Kundgebung gefaltete sich der 18. März, der Tag, an dem die Wahlen stattfinden sollten, in

Petersburg, dessen Proletariat sich durch hohes Klassenbewußtsein und außerordentliche revolutionäre Energie auszeichnet. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter hat nicht gewählt; in den größten industriellen Unternehmungen, die Zehntausende von Arbeitern beschäftigen, so in den Alexanderow, Franko-russischen, Newsky-Werken, in den Fabriken von Semjarnikow, Wajl, Kilmans, den Eisenbahnwerkstätten und vielen anderen, fanden die Wahlen nicht statt; entweder kamen die Arbeiter gar nicht ins Wahllokal, oder die Versammlungen gingen wieder auseinander, nachdem ihnen einige Redner den wahren Charakter der Duma und die Notwendigkeit ihres Boykotts dargelegt hatten. Die Stimmung der Arbeiterschaft war treffend in folgenden, in der Petersburger Zeitung „Ruska Schisnj“ angeführten Worten eines Arbeiters charakterisiert: „Wenn wir eine gute Konstitution hätten, so würden sich viele Arbeiter finden, die gern ihre Interessen in der Duma vertreten hätten; aber diese Duma wird mir dazu einberufen, um der Regierung bei den Franzosen und Deutschen Geld zu verschaffen, damit sie wieder im Stande sei, Wirtshäuser und Kanonen zu kaufen, um uns niederzuschlagen; wir bedanken uns für eine solche Duma“. Selbst die minder klugen Arbeiter wählten nicht, da sie aus früheren Erfahrungen wohl wissen, welches Schicksal ihre Vertreter erwartet. Nur eine verschwindend kleine Zahl von Arbeitern, meist Anhänger der Administration, Mitglieder „patriotischer“ Vereine oder einfach Spiegel haben sich an den Wahlen beteiligt; so haben sich von den 12000 Arbeitern des Putilowschen Werkes nur 600 bis 800 zur Wahl gestellt. Selbst die bürgerliche Presse kann sich einer gewissen, wenn auch nicht zugehenden Bewunderung für das Petersburger Proletariat nicht erwehren. So schreibt die „Ruska“: „Die Petersburger Arbeiter haben nicht gewählt; die Meinungen über den taktischen Wert dieses Vorgehens können geteilt sein, aber nichtsoebenweniger war der Eindruck ein überwältigender. Unserer geschehensfeindlichen Regierung ist noch einmal, vor den Augen ganz Europas, klar und fest gesagt worden, daß sie kein Vertrauen verdient, sowie auch die von ihr aufgeführte Parlamentskomödie, die den Zweck hat, die Taschen der europäischen Bourgeoisie zu leeren. Ob dieses Spiel gelingt, bleibt noch dahingestellt; aber das Spiel mit den Petersburger Arbeitern ist nicht gelungen: mit der Freimütigkeit und Unabhängigkeit der arbeitenden Klassen haben sie geantwortet: „Rein, diesen Gewalttätern, Räubern und Dieben glauben wir nicht ein Jota, wir wollen von der Duma nichts wissen.“ Und zur Belehrung Europas ließen sie die Wahlen vom 18. März durchfallen.“

Viele Nachrichten aus der Provinz fehlen noch, aber was vorliegt, spricht dieselbe deutliche Sprache: die Arbeiter wählen nicht.

Warschau, 28. März. Heute findet hier die Wahl der Wahlmänner zur Reichsduma für die Fabrikarbeiterklasse statt. Die überwiegende Mehrzahl der Fabrikarbeiter will sich der Wahl enthalten, da von der Sozialdemokratie zum Wahlboykott aufgefordert worden ist. Fast bei allen Fabriken sind Militärposten aufgestellt.

### Die Spiegel-Duma.

Petersburg, 28. März. Die Zuschauerplätze in der Reichsduma werden von 100 auf 48 reduziert und die Plätze für die Geheimpolitik von 18 auf 30 erhöht. — Die Moskauer Arbeiterversammlungen lehnten überwiegend den Generalfreik im Hinblick auf das bevorstehende Osterfest ab. Seitens der Administration werden die Maßregeln, um einem Generalfreik vorzubeugen, fortgesetzt.

### Rückkehr von der Strafexpedition.

Reschika (Gouvernement Wlad), 27. März. (Meldung des Petersburger Telegraphen-Agentur.) Da unter dem Befehl des Obersten Wolzow stehende Truppenkommando, welches sich zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung etwa drei Monate hindurch in dem Distrikt aufgehalten hat und zehn Kreise durchzogen hat, ist heute hierher zurückgekehrt. Es hat gegen 300 Personen festgenommen, die sich Plünderungen oder Diebstähle, insbesondere Viehdiebstähle, haben zuzuschreiben kommen lassen, oder die an den Unruhen der Bauern oder der Revolutionäre teilgenommen haben.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

### Wahlprüfungen und — Marinefreunden der Werftarbeiter.

Vierzehn Wahlprüfungen beschäftigten heute den Reichstag. Aber nur einige davon gaben Anlaß zu einem sich ziemlich lebhaft gestaltenden Kampfe um die Mandate.

Zuerst griff Genosse Geyer den Beschluß der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Zimmermann im 20. sächsischen Wahlkreise (Zschopau-Marienberg) an, der auf Gültigkeit lautete. Geyer konstatierte, daß die Wahl Zimmermanns nur durch die systematisch betriebene Ungefehrlichkeit zustande gekommen ist, daß nach einer Erklärung des Amtshauptmanns v. Der, die von den Gemeinde- und Wahlvorständen als Instruktion aufgesetzt worden ist, Wähler, die den Wohnort gewechselt hatten, nicht wählen durften, obgleich sie in den Wählerlisten, die seit der Hauptwahl im Jahre 1903 noch Gültigkeit hatten, eingeschrieben waren. Ohne diese Zurückweisung vieler Wähler wäre der sozialdemokratische Kandidat Vinkau, dem nach der Berechnung der Kommission nur sieben Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlten, sofort in der Hauptwahl gewählt worden.

In der lebhaften Debatte wurde von den Genossen Singer und Fischer diese Ungefehrlichkeit gebührend kritisiert gegen die Einwände der Abgeordneten Weiskern,

**Lucas und Bruhn.** Schließlich wurde ein Antrag Gröbers angenommen, der die Wahl an die Prüfungskommission zurückweist und der Kommission die Aufgabe stellt, die Frage der Wählerlisten nach der monierten Seite rechtlich zu erörtern.

Bezüglich der Wahl des Abgeordneten Raab im Wahlkreis Schmalkalden-Gschwege belieh es das Haus bei dem Beschluß der Kommission, Vervollständigungen über die seitens des sozialdemokratischen Kandidaten angeblich bezogene Armenunterstützung anzustellen.

Die Wahl Wassermanns im Wahlkreis Frankfurt-Leubus wurde für gültig erklärt, obgleich Genosse Fischer-Verlin die Wahlbeeinflussung des Reichstanzlers durch eine im preussischen Herrenhause für Wassermann gehaltene Rede in Parallele stellte mit der Rede des altenburgischen Ministers v. Hildorff im Wahlkreis Altenburg, Grund deren die Wahl Buchwalds für ungültig erklärt worden war. Wenn es gegen sozialdemokratische Mandate vorzugehen gilt, ist die Mehrheit des Hauses nichts weniger als scrupulös, aber Staatsstufen, wie Wassermann, erhält sich das hohe Haus, wenn auch ihr Mandat durch Ungeheuerlichkeiten erigert worden ist. Ihn gebraucht die nationalliberale Partei, wie Genosse Fischer sagte, wie das liebe Brot. Also Macht statt Recht.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Abtatz zum Flottengesetz — Reichsvermögenssteuer betreffend — die gestern die Befähigungsfähigkeit des Hauses aufdeckte, ergab heute die Anwesenheit von 212 Abgeordneten, von denen 142 den Antrag, also die Heranziehung der Besitzenden zu den Kosten für die Flotte ablehnten.

Dann wurde die Beratung über den Etat der Marineverwaltung fortgesetzt. Sehr bemerkenswert war dabei eine Rede des Genossen Legien, der die Mißstände in den kaiserlichen Werften einer sehr ernsten Erörterung unterwarf. Die Bestimmungen für den Arbeiterauschuss der Werft sind derart, daß der Arbeiterauschuss bedeutungslos gemacht wird und demgemäß auch nicht in der Lage ist, ein entsprechendes Gewicht gegen bestehende Mißstände in die Waagschale zu werfen. Diese Herabsetzung des Arbeiterauschusses gibt der Werftverwaltung völlig freie Hand und enthebt sie des Eingehens auf die Wünsche der Arbeiter, die im Notfall dann zu den äußersten Mitteln greifen müssen, um Abhilfe zu erlangen.

Der Abgeordnete Sieberts (Z.) besprach die Arbeiterverhältnisse bei Krupp, die mit Rücksicht darauf, daß die Firma riesige Staatsaufträge erhalte, bessere sein müßten.

Auch Herr Spahn, der Unermüdete, wollte sich ein Gotteslohn um die Arbeiter verdienen; sein neuer Wohnsitz Mei hat ihn zur Agitation unter den Werftarbeitern verleitet, und da hat er denn in Erfahrung gebracht, daß wirklich die Arbeiter diese Wünsche haben, von denen er einige der Marineverwaltung sanft, so sanft als möglich ans Herz legte.

Wie der Staatssekretär v. Tirpitz die Wünsche der Arbeiter behandelt, das bewies der Ausdruck in seiner Erwiderung, daß die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für die Werftarbeiter eine außerordentlich schwierige Frage sei und daß die Werftverwaltung unberufene Einmischung von außen zurückweise.

Die schnelle Rücksichtslosigkeit gegen die Interessen der Arbeiter wurde vom Genossen Legien gebührend zurückgewiesen, der es als einfache Anstandspflicht bezeichnete, die Arbeiter nicht als Kulis zu betrachten; die Arbeiter würden sich als solche nicht behandeln lassen.

Darauf wird das Haus vertagt.  
Donnerstag: Rotgesetz zum Etat; Etat der Marine; Reichskolonialamt.

### Parforcejagden im preussischen Landtage.

Am Mittwoch fühlten sich die edlen und erlauchten Herren heider Häuser des Landtages in ihrem ureigensten Element; sie hatten sich zusammengefunden zu lustiger Jagd, die Herren der Ersten Kammer zur Jagd auf die Sozialdemokratie, die von der Zweiten Kammer zur Jagd auf die Polen. Um es vorweg zu nehmen — Beute haben sie beide nicht gemacht.

Anlaß zu der Polensuche im Abgeordnetenhaus gab die Beratung der Denkschrift über die Ausföhrung des Anstufungsgesetzes in Westpreußen und Posen, jenes Ausnahmegerichtes gegen unsere polnischen Mitbürger, das — wie alle Ausnahmegerichte — so ziemlich das Gegenteil von dem erzeugt hat, was damit beabsichtigt war. An diesem Hinsio werden auch die schönen Reden nichts ändern, die in der Debatte vom Regierungssitz aus und von den „nationalen“ Parteien gehalten sind. Die preussische Regierung befindet sich nun einmal auf abschüssigem Wege. Schade nur, daß die preussischen Steuerzahler es sind, die für die Sünden der gesetzgebenden Körperschaften büßen müssen!

Eine Interpellation an die Regierung wegen der Hochwasser-schäden im Kreise Hendebrugg gelangte nicht zur Besprechung, da sie nicht die erforderliche Unterstützung (50 Stimmen) erhielt!

Im Herrenhause bewegte sich die Generaldebatte zum Etat im „Geiste“ des von uns gestern besprochenen Kommissionsberichts. Klagen über die angeblich zu hohe Belastung der Besitzenden, insbesondere der ostelbischen Junker, wechselten ab mit Vorwürfen, wie man das Volk weiter brandschaden und unterdrücken könne, und mit Angriffen auf die Regierung, die noch immer kein neues Sozialistengesetz einbringen will und durch ihre Zustimmung zur Reichserbschaftsteuer die Reichsverderbenheit vergrößert haben soll. Insbesondere waren es wieder die Herren Graf Kirchbach und v. Burgsdorff, die sich als Auser im Streit hervortaten. Graf Kirchbach erblidte in der Zustimmung zur Reichserbschaftsteuer eine Verbeugung der Regierung vor den Lehren des Adikalismus; er wünscht eine planmäßige „Ausföhrung“ des Volkes über die Bedeutung der indirekten Steuern, die nach seiner Meinung eine wahre Wohlthat für die Massen sind. Der edle Herr sieht wehmütig den Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente, den die Regierung so oft gepredigt hat, als gescheitert an.

Scharfes Gesicht fuhr Herr v. Burgsdorff auf, der sich nach Art antisemitischer Groschenredner in allerhand unerbauter Phrasen über die Sozialdemokratie erging und die Staatsanwälte und Richter aufforderte, die Gesetze noch schärfer als bisher anzuwenden. Es lohnt sich nicht, auf das Gewäsch dieses jungen Mannes einzugehen, der von dem Wesen des Sozialismus auch nicht die geringste Ahnung hat und den man beim besten Willen nicht ernst nehmen kann. Doch er gleichfalls nach einem neuen Ausnahmegericht lechzt, das verheißt sich von selbst.

Mit einem Appell des Finanzministers Febrn. v. Rhein-haben und des Herzogs v. Trachenberg an die bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie schloß die Generaldebatte, und die Herren wandten sich den Einzellets zu, deren Beratung am Donnerstag fortzusetzen sie gütigst gerufen wollen.

### Nochmals Herr Oberst Deimling.

Da uns heute das amtliche Stenogramm des Angriffs des Herrn Oberst Deimling gegen den „Vorwärts“ vorliegt, sich also genau feststellen läßt, was dieser Herr gesagt hat, halten wir es für unsere Pflicht, noch einiges zur Charakterisierung dieses von den bürgerlichen Parteien gefeierten kolonialen und militärischen „Sachverständigen“ nachzutragen, zumal dieser Herr vermutlich noch nicht am Ende seiner politischen Laufbahn steht.

Zunächst müssen wir konstatieren, daß wir dem Herrn Obersten in keiner Weise unrecht taten, als wir ihn der illoyalsten Unterstellungen und Verdrehungen unserer tatsächlichen Ausführungen bezichtigten. Auch nach der stenographischen und von ihm selbst kontrollierten Wiedergabe seiner Rede erklärte der Herr Oberst, daß unser Artikel die „Erfolge der deutschen Schuchtruppen herabzusetzen sich bemüht“ habe, daß er deren Leistung „herabzusetzen und zu verdunkeln“ versuche. Ferner behauptete Oberst Deimling, in unserem Artikel sei ausgeführt worden: „Der Befehl des Admirals Seymour, damals in China: „The Germans to the front“ sei reiner Schwindel.“ Zum Beweise dafür, welche Unwahrheiten Oberst Deimling damals im Reichstag vorbrachte, seien die folgenden Stellen aus unserem Artikel wiedergegeben:

„Daß sich die deutschen Truppen sowohl in Ostasien als auch in Südwestafrika tapfer geschlagen haben, daß sie die schwersten Strapazen unbezagt ertrugen, soll von uns zu allererst bestritten werden.“

„An die deutschen Mannschaften... erfolgte allerdings mehrfach der Befehl Seymours: The Germans to the front.“

„Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Deutschen bei der Seymour-Expedition nicht vollauf ihre Schuldigkeit getan hätten; wir wollten nur endlich einmal die abgeschmackte Legende zerlören, als ob sie mehr geleistet hätten als die Truppen der anderen Mächte.“

Diese Zitate beweisen, mit welcher negativer Wahrheitsliebe oder zum mindesten mit welcher beispielloser Fahrlässigkeit der Regierungsvortreter den Inhalt unseres Artikels wiedergegeben hat! Ob der Herr Oberst seine unwohnen Behauptungen an derselben Stelle zurücknehmen wird, an der sie erhoben wurden? Wir wollen es abwarten — trotzdem uns der Meister des Herrn Deimling, Fürst Bülow, durch ungenierte Wiederholung gleich unwahrer Behauptungen nicht gerade optimistisch gestimmt hat.

Sobiel über Deimlings polemische Sitten. Leider steht es um den militärischen Sachverständigen Deimling um kein Haar besser. In dieser Eigenschaft leistete sich der Herr Oberst folgende Ansicht:

„Meine Herren, das Studium des Burenkrieges nach wirklichen geschichtlichen Quellen ergibt auf der anderen Seite aber als unbestrittene Tatsache, daß die Kriegsföhrung der Buren lediglich eine starre Defensiv war und daß sie deren nötige Offensive in der Ausnutzung der Erfolge ermanelten. Hierin ist die eigentliche Ursache zu sehen, warum die ersten Siege bei Colenso, Magerfontein und Stormberg (der Herr Oberst wollte sagen: Stormberg) keine entscheidende Wirkung auf den Ausgang des Krieges gehabt haben.“

Diese Auslassungen verraten eine geradezu ungeheuerliche Verkennung der wirklichen Sachlage!

Tatsache ist, daß die Buren den Krieg Ende November 1899 mit einer gewaltigen Offensive begannen, die ihnen die Siege um Ladysmith brachte, dann aber zum Stoden kommen mußte, da es 15 000 Engländern gelang, sich bei Ladysmith zu verschanzen. Ein weiterer Vorstoß mit allen Truppen gegen Port Durban — dem Landungsplatz der bereits seit dem 7. November eintreffenden englischen Verstärkungen — hätte die Buren zwischen zwei Feuer gebracht. Außerdem wäre es sehr fraglich gewesen, ob dieser Vorstoß die Ausschiffung der Engländer hätte verhindern können. Zudem waren die Buren auf dem östlichen Kriegsschauplatz bei Ladysmith höchstens 30 000 Mann stark, so daß sich schon im Dezember die Engländer in der Ueberzahl befanden. Einen Teil ihrer Truppen hatten die Buren nach dem westlichen Kriegsschauplatz werfen müssen, wo in Mafeking und Kimberley 3000 Engländer standen, die noch durch 5000 Mann Bürgerwehr verstärkt wurden. Auch war zur Verstärkung dieser englischen Truppen bereits Ende November Lord Methuen mit 10 000 Mann herangerückt, während vom Süden her 7 bis 8000 Engländer den Oranjerivier bedrohten. Die Buren hatten also sowohl im Osten als auch im Westen (Kimberley liegt 500 Kilometer westlich von Ladysmith) und Süden (400 Kilometer südwestlich von Ladysmith) alle Hände voll mit ihrer Verteidigung zu tun. Nun „siegten“ allerdings die Buren auf allen diesen Kriegsschauplätzen, bei Colenso im Osten, bei Magerfontein im Westen und bei Stormberg im Süden. Aber diese Siege waren absolut keine entscheidenden, weil sich überall die Engländer auch nach der Niederlage noch in der bedeutenden Ueberzahl befanden und ihre Aktionsfähigkeit keineswegs eingebüßt hatten.

Wie unter solchen Umständen die Buren durch eine Offensive ihre Erfolge besser hätten ausnützen können, ist für jeden einsichtigen Menschen vollständig rätselhaft. Die Aeußerungen des Herrn Deimling sind eben nur daraus zu erklären, daß er von all diesen Tatsachen keinen blaffen Schimmer hat!

Und solche Leute spreizen sich dann als militärische Sachverständige und ernsten für ihr blamables Gerede den frenetischen Beifall der bürgerlichen Parteien! —

## Deutsches Reich.

### Die Steigerung der Reichseinnahmen.

Die Einnahmen des Deutschen Reiches aus den Zöllen, Verbrauchs- und Stempelsteuern befinden sich im Stadium eines schnellen Aufstiegs. Nach dem Zentralblatt für das Deutsche Reich sind in der Zeit vom 1. April 1905 bis zum Schlusse des Monats Februar 1906, also in den ersten elf Monaten des laufenden Etatsjahres folgende Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern (einschließlich der gestundeten Beiträge) zur Anschreibung gelangt:

Zölle 591 622 787 M. (gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres + 110 271 064 M.), Tabaksteuer 11 287 361 M. (+ 1 261 621 M.), Zundersteuer 117 933 388 M. (+ 296 422 M.), Salzsteuer 49 845 595 M. (+ 2 067 769 M.), Malischottischsteuer 16 839 539 M. (+ 5 353 089 M.), Branntweinverbrauchsabgabe und Zuschlag 104 097 351 M. (+ 6 048 812 M.), Brennsteuer 1 550 786 M. (+ 1 657 019 M.), Schatunweinsteuer 4 961 555 M. (+ 468 207 M.), Brausteuer 29 740 586 M. (+ 1 265 131 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 285 541 M. (+ 34 976 M.).

Demnach stellt sich die Gesamtsumme der zur Anschreibung gelangten Zölle und Verbrauchsabgaben auf nicht weniger als 931 164 719 M., 11,6 Milliarden Mark mehr als in den ersten elf Monaten des Etatsjahres 1904/05.

Ebenso weisen die Erträge der Reichsstempelsteuern eine beträchtliche Steigerung auf. Zur Anschreibung gelangten folgende Einnahmen:

Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 27 807 696 M. (+ 7991 589 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 19 125 068 M. (+ 3 298 500 M.), c) Vole zu: Privatlotterien 4 699 524 M. (+ 360 628 M.), Staatslotterien 24 768 544 M. (+ 2 064 927 M.), d) Schiffskontrollurkunden 889 932 M. (84 646 M.), Spiellartenstempel 1 652 694 M. (+ 96 376 M.), Wechselstempelsteuer 13 320 404 M. (+ 1 386 062 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 476 817 901 M. (+ 34 259 174 M.), Reichseisenbahnverwaltung 93 942 000 M. (+ 7 505 000 M.)

Die an die Reichskasse gelangte Zinsnahme aus diesen Steuern, abzüglich der Ausfuhrvergütungen usw. und der Verwaltungskosten, beläuft sich bei den nachbenannten Einnahmen auf:

Zölle	545 470 881 M.,	mehr als im Vorjahr 98 592 497 M.
Tabaksteuer	11 832 524 „	1 068 051 „
Salzsteuer	47 666 371 „	1 249 954 „
Malischottischsteuer	12 192 027 „	3 710 243 „
Branntweinsteuer	86 036 150 „	11 558 544 „
Brennsteuer	1 550 766 „	1 657 019 „
Schatunweinsteuer	4 361 876 „	317 186 „
Brausteuer u. Uebergangsabgaben	28 058 068 „	1 108 062 „
Zundersteuer	108 268 200 „	weniger als im Vorjahr 13 313 313 „

Insgesamt stellt sich demnach die Zinsnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern um beinahe 83 Millionen Mark höher, als in den ersten elf Monaten des vorigen Etatsjahres; und in den nächsten Jahren ist auf eine noch weitere Steigerung der Zollerträge zu rechnen, da belanntlich am 1. März d. J. die neuen Handelsverträge und der neue Zolltarif in Kraft getreten sind. Die Zinsnahme aus den Zollerträgen werden (nach Abzug der Rückstellungen für die Witwen- und Waisenversicherung) vom Reichsschatzamt zwar nur auf ca. 25 Millionen Mark geschätzt, doch dürfte sich bald herausstellen, daß in bezug auf diese Schätzung das Reichsschatzamt eine ganz ungewöhnliche Bescheidenheit befolgt hat.

Demnach müßten die Reichsfinanzen sich eigentlich im besten Zustande befinden; doch schneller wie alle Einnahmen steigen belanntlich die Ausgaben für Heer, Flotte und unsere prächtigen Kolonien in den afrikanischen Sandwüsten. —

### Reichsvermögenssteuer.

Der Antrag Abtatz, die Kosten der neuen Flottenvermehrungsprojekte durch eine Reichsvermögenssteuer zu decken, ist heute im Reichstage mit 142 gegen 67 Stimmen abgelehnt worden; ein Erfolg, der nach der gestrigen Erklärung des Ministers v. Rheinbaben vorauszu sehen war. Gegen den Antrag stimmten die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen; dafür unsere Partei, die Freisinnige Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei. Der Antrag Abtatz ist außerordentlich bescheiden. Die Steuer sollte erst bei einem völlig schuldenfreien Vermögen von 100 000 M. beginnen und nur 1/2 M. pro Mille betragen, bis zum Vermögensbetrage von 1 Million Mark; bei Vermögen, die über diesen Betrag hinaus reichen, sollte die Steuer für jeden weiteren angefangenen Betrag von 20 000 M. um 20 M. steigen. Demnach würde die Steuer sich für ein schuldenfreies Vermögen von 100 000 M. nur auf jährlich 50 M., für ein Vermögen von 200 000 M. auf 100 M., für eine halbe Million Mark auf 250 M., für eine volle Million auf 500 M. stellen. Ein recht mäßiger Steuerbetrag. Die preussische Vermögenssteuer, die den schönen Namen „Ergänzungssteuer“ führt, beginnt belanntlich schon bei einem Vermögen von 6000 M.

Der Ertrag, den der Vorschlag der Freisinnigen Volkspartei bringen würde, läßt sich nicht genau berechnen. Nach einer von der „Freien Deutschen Presse“ aufgestellten Berechnung würde sich der Ertrag für Preußen auf 40, für Deutschland also auf ungefähr 60 Millionen Mark stellen.

Doch selbst diese Besteuer erscheint den Welt- und Flottenpolitikern viel zu hoch. Wohl wünschen sie einen weiteren Ausbau der Flotte, eine Ausdehnung des kolonialbesitzes, doch die Kosten für die ihnen zween dienende Politik überlassen sie grohmütig, wie sie sind, der breiten arbeitenden Masse. Das ist die vielgerühmte Aufopferung der Besitzenden! —

### Den russischen Schergen entrisen!

In Weuthen (Oberschlesien) verhaftete die Polizei vor etwa drei Wochen drei politische Flüchtlinge aus Warschau, junge, intelligente Handwerker, die nur mit größter Mühe den russischen Zaren-scherger entgangen waren, um nun durch die preussische Polizei auf neue jenen ausgeliefert zu werden. Denn die Verhafteten hatten allerdings ordnungsgemäße Legitimationspapiere, aber sie waren fast ganz mittellos — ein Weuthener Gastwirt hatte sie ganz grundlos als Zuspeller der Polizei überliefert — und nach dem famosen gegenseitigen Abkommen zwischen der Regierung Bäterdens und der preussischen Regierung mußten diese Unglücklichen nun an die Grenzposten in Sosnowice ausgeliefert werden. Die Armen waren schon dem sog. „Auswechslungs-Kommissar“ in Kattowitz übergeben und hatten im dortigen Polizeigefängnis der grausamen Prozedur. Fast im letzten Augenblick gelang es ihnen jedoch, einen „Kassiber“ aus dem Gefängnis hinaus gehen zu lassen, der durch einen glücklichen Zufall in die Hände von Kattowitzer Parteigenossen kam. Dem erschütternden Hülfserufe folgten diese sofort, indem sie in dringlichem Telegramm Genossen Dr. Karl Liebknecht in Berlin zur Einlegung einer Beschwerde gegen die Auslieferung der Drei beim Minister des Innern beantragten. Unmittelbar vor der Auslieferung wies der Minister denn auch die Kattowitzer Behörde an, mit der Auslieferung bis zur Erledigung der Beschwerde durch den Regierungspräsidenten zu warten.

Wolle zwei Wochen mühten die Flüchtlinge dann allerdings noch in einem ober-schlesischen Polizeigefängnis zubringen, in qualvoller Ungewißheit ob ihres ferneren Schicksals, bis am vergangenen Montag endlich der Bescheid des Regierungspräsidenten eintraf. Die Auslieferung blieb nach diesem Bescheid aufrecht erhalten, doch sollte dieselbe nicht über die russische Grenze, sondern über irgend eine andere ausgeführt werden — merkwürdigerweise jedoch nicht über die österröische — wenn die Auszuweisenden die notwendigen Reismittel aufzuweisen in der Lage seien. An diesen Mitteln fehlte es den Flüchtlingen natürlich nicht, und so konnten sie am Dienstag früh die Reise über Breslau, Halle, Frankfurt a. M. nach Zürich antreten. —

Eine Petition gegen die Prügelstrafe in den Schulen kam am Montag in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages durch das Eingreifen des Genossen Goldstein, der die von den Bürgerlichen beabsichtigte kurze Abwägung verhinderte, zu eingehenderer Besprechung. Goldstein kritisierte in scharfer Weise an der Hand mehrerer Beispiele, daß noch in wahrhaft unerantwortlicher Weise in den Volksschulen geprügelt werde, während für die höheren Schulen dieses barbarische Disziplinarmittel längst beseitigt ist. In einer zweiten Rede beleuchtete er die sozialen Ursachen der Prügelstrafe, die frühzeitige Ausbeutung der Kinder in gewerblicher Arbeit, die Ueberfüllung der Klassen und die Ueberbürdung der Lehrer. Der neue Kultusminister v. Schlieben verteidigte kräftig die Vorkämpfer; die ungleiche Behandlung der Schüler der Volksschulen und der höheren Schulen wollte er damit rechtfertigen, daß in den Volksschulen das äußerste Strafmittel als Auswuchs vom Unterricht fehle. Immerhin konnte er nicht umhin, zuzugeben, daß die besten Lehrer auf das Prügeln verzichten, was Genosse Goldstein natürlich sofort anmahlte, und daß die Schulkollegen häufig Störrigkeit von Kindern auf gesundheitsliche Störungen zurückgeführt hätten. Die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Freisinnigen hatten natürlich am Prügeln in der Volksschule nicht auszuweichen und ließen die Petition auf sich beruhen. Die Debatte wird indes im Lande nicht ganz ohne Wirkung bleiben. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Das Unglück von Courrières.

Die Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe hat schon wieder ein neues belastendes Moment für die Gesellschaft zutage gefördert. Besondere Nachlässigkeiten haben die durch die allgemeinen Verhältnisse gegebene Unfallgefahr noch erhöht. Nach den Aussagen eines in dem untersten Teil des Schächtes III beschäftigten Arbeiters soll das Feuer nicht, wie man bis jetzt gesagt hat, in einem Kohlenhaufen entstanden, sondern in einem noch nicht ausgebeuteten Stollen, in dem man außer Gebrauch befindliche Holzstücke gelagert hatte, anstatt diese herauszuschaffen. Der Arbeiter versichert, daß sich zur Zeit des Ausbruchs des Feuers etwa 80 Sters Holz in dem Stollen befunden hätten. Nach Meinung des Experten hat die Unvorsichtigkeit eines Schleppers, der dort beschäftigt war, den direkten Anstoß zu der Katastrophe gegeben. — Untern 28. März wird weiter aus Le n s gemeldet: Die Familien der Opfer von Courrières haben den Delegierten Simon nach Paris geschickt, mit der Mission, den Anwalt Gremieux zu beauftragen, ihre Interessen zu vertreten. Die Hinterbliebenen werden sämtlich einen Prozeß gegen die Grubengesellschaft anstrengen, da sie behaupten, daß die Grubengesellschaft das Unglück verschuldet habe, weil die nötigen Sicherheitsmaßnahmen nicht vorhanden waren. Es wird erwartet, daß die Gesellschaft zurückerstattet wird, den Hinterbliebenen eine lebenslängliche Rente entsprechend den Löhnen der Verunglückten auszusprechen.

Sein Schacht III kam es in der Nacht zum Mittwoch zwischen Gendarmen und Dragonern einerseits und Ausführenden andererseits zu Zusammenstößen, die jedoch unblutig verliefen. Der Zustand nimmt in solchem Maße ab, daß die Frage aufgeworfen wird, ob die Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, sich an der Abstimmung beteiligen. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre es möglich, daß die Minderheit den Ausstand proklamiert. In diesem Falle würde der Beschluß der Grubenarbeiter dem Königreich zur definitiven Erledigung vorzulegen sein.

### England.

#### Ein englisch-türkischer Konflikt.

London, 28. März. (Eig. Ber.) Auf der Sinaihalbinsel droht ein Grenzkonflikt zwischen England und der Türkei. Die Ursache des Konflikts ist folgende: Vor einigen Wochen besetzten die Türken Tabah — einen kleinen Ort am Golf von Akabah und etwas westlich von der Stadt Akabah (an der östlichen Spitze des Roten Meeres). Die britische Regierung protestierte im Namen Kegyptens gegen diese Besitzergreifung, da sie Tabah — wie überhaupt die ganze Sinaihalbinsel — als zu Kegypten gehörig betrachtet. Aber der Sultan baut dort Eisenbahnen und will Akabah zur Endstation machen, von wo aus türkische Dampfer Pilger und Reisende nach den an der Ostküste des Roten Meeres liegenden Städten führen sollen. Daraufhin erklärte die britische Regierung, daß die Sinaihalbinsel schon seit 65 Jahren zu Kegypten gehört, was auch vom Sultan im Jahre 1892 anerkannt wurde. Dann aber kam England seiner fremden Macht gestatten, die beiden Häfen von Akabah und Tabah zu besetzen, da dies für den Suezkanal in Zeiten des Krieges gefährlich werden könnte. England ist schließlich bereit, Akabah den Türken zu überlassen, aber Tabah, das westlich davon liegt und deshalb für den Suezkanal und Kegypten strategisch wichtiger ist, muß ägyptisch bleiben. Vorläufig will der Sultan nicht nachgeben, und England verlangt, daß eine Kommission ernannt wird, um die Grenze zwischen der Türkei und Kegypten auf der Sinaihalbinsel abzustechen.

#### Die Verfassung für Transvaal.

London, 24. März 1906. (Eig. Ber.) Die Regierung ernannte eine aus vier Mitgliedern bestehende Kommission, die sich nach Südafrika einschiffen wird, um Material über einige strittige konstitutionelle Fragen zu sammeln. In seinem Schreiben an den Vorsitzenden der Kommission sagt der Kolonialminister Lord Elgin: „Der Zweck der Kommission ist, die Regierung zu informieren über die Wirkung, die die Anwendung gewisser Grundzüge in Transvaal hervorgerufen wird, insofern die Zahl, die Verteilung und die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung in Betracht kommen.“ — Es wird die Pflicht der Kommission sein: 1. Zu untersuchen und zu berichten über die Wirkung verschiedener Wahlrechtsformen auf den Witwatersrand-Distrikt, auf die Städte außerhalb dieses Distrikts, schließlich auf die ländlichen Bezirke, die insgesamt in 60 Wahlkreise eingeteilt werden sollen. 2. Ueber die Größe des Unterschiedes der Wahlberechtigten - Ziffer bei allgemeinem Männerwahlrecht und bei niedrigem Zensuswahlrecht. 3. Ueber die Abgrenzung der neuen Wahlkreise, insofern sie mit der Abgrenzung der vorhandenen Verwaltungseinheiten zusammenfällt oder nicht, dann insofern Gemeindefast oder Gegensatz der Interessen, Verkehrsmittel, physikalische Bedingungen in Betracht kommen. 4. Ueber die Zulässigkeit der Volkszählung von 1904 in bezug auf die neue Verfassung. 5. Abzuschätzen, inwiefern die auf diese Weise gewonnenen Resultate auch auf die Orange- und die Drakensberg-Gebiete anwendbar sind.

Lord Elgin erklärt, daß es der Regierung unmöglich war, die neue Verfassung für die beiden südafrikanischen Gemeinwesen fertigzustellen, ohne sich vorher über die genannten Punkte klar zu sein.

Es handelt sich offenbar um drei Punkte: 1. Sollen die Wahlkreise nach der Bevölkerungszahl oder nach der Wahlberechtigtenzahl abgegrenzt werden? 2. Soll das Wahlrecht auf alle erwachsenen Männer ausgedehnt werden oder soll ein niedriger Zensus zur Geltung kommen? 3. Wie wird die gleichzeitige Einführung von demokratischen Verfassungen in Transvaal und in der Orange- und Drakensberg-Gebiete wirken?

Nach Telegrammen aus Südafrika sind die Buren mit der Ernennung der Kommission sehr zufrieden. —

### Dänemark.

#### Den russischen Deutern überlieferet.

In Aarhus wurde am Mittwoch voriger Woche ein armer russischer Deuteur wegen Mittellosigkeit nach seinem Heimatlande ausgewiesen. Unsere Parteigenossen in Kopenhagen hatten Mitteilung davon erhalten, und als er nun hier aufs Schiff gebracht wurde, erklärten sie sich bereit, ihn mit dem nötigen Gelde zu versorgen, damit er reisen könnte, wohin er wollte. Aber es half nichts. Der Mann wurde an Bord gebracht. Er stürzte sich ins Wasser, um lieber den Tod in den Wellen zu suchen, als den russischen Mitteln überantwortet zu werden. Er wurde aber aufgegriffen und auf dem Schiffe gefangen gesetzt.

Es handelt sich hier um einen ehelichen Arbeiter, der von Ruhland nach Kopenhagen gekommen war, von Landbesitzern unterkütet wurde, aber keine Arbeit finden konnte und deswegen nach Aarhus reiste, wo ihn das traurige Schicksal ereilte, von der im Aufwandsdienst gewandten Polizei seinen Helden überhand zu werden.

Am Gewehrschiff von Aarhus haben unsere Genossen scharfen Protest gegen das Verhalten der Polizei erhoben. Die Debatte darüber wurde jedoch vertagt, da der Polizeimeister nicht anwesend war. —

## Aus der Partei.

Ein Gedanktag ist heute für das Klassenbewußte Proletariat. Am 29. März 1826 wurde zu Gleichen Wilhelm Liebknecht geboren. 80 Jahre würde er heute sein, wenn er noch unter uns Lebenden wälte. Es ist uns nicht vergönnt gewesen. Sechs Jahre schon wölbt sich der Hügel über dem Sarge unseres Allten.

Was Wilhelm Liebknecht der Arbeiterbewegung gewesen, das steht in ehernen Lettern vergraben auf den Tafeln ihrer Geschichte und in den Herzen der Genossen. Er war der unermüdlichste Kämpfer der Partei von ihren kleinsten Anfängen bis zu stolzer Höhe, der weitblickende Leiter ihrer führenden Organe, die glänzendste Feder der Partei, der kluge Steuermann der Bewegung in schweren Jäh-

nissen. Er verband in seiner Person die Arbeiterbewegung von 1848 und die deutsche Sozialdemokratie und zugleich war er einer der alten Internationalen, eine lebendige Verkörperung der proletarischen Verbündung über alle Lande. Mit der Finte und mit der Feder hat er für seine Lieberzeugung gekämpft. Verbannung und Gefängnis hat er für sie getragen; ein leuchtendes Beispiel der Treue und der Aufopferung ist sein Leben. In der Person des Allten waren die höchsten Tugenden des proletarischen Kämpfers in seltener Weise vereinigt. Und so wird sein Andenken dem deutschen und dem internationalen Proletariat für alle Zeit eine Quelle sein, daraus es Begeisterung und Ansporn zu frischer, mutiger Tat gewinnt. Eifern wir Wilhelm Liebknecht nach in seiner Treue und in seinem Opfermut, das ist die Ehre, die seiner am würdigsten ist!

„Liebknechts Leben“. Aus Anlaß der 80. Wiederkehr des Geburtstages unseres Wilhelm Liebknecht gibt die Buchhandlung Vorwärts in einigen Tagen eine neue Auflage der in ihrem Verlage im Jahre 1900 erschienenen Biographie Liebknechts heraus. Der Umfang des Textes ist nahezu verdoppelt; so hat der Verfasser die Kämpfe mit v. Schweiger diesmal ausführlicher behandelt. Ebenso sind neue Einzelheiten und Umstände aus dem Leben unseres Allten eingefügt worden. Verschiedene Bilder werden in dieser Auflage zum erstenmal veröffentlicht. Endlich ist besondere Sorgfalt auf eine würdige Ausstattung verwandt worden.

Vorbereitungen zur Reise. In einer Offenbacher Parteiverammlung gab der Vorstand von dem Beschlusse Kenntnis, daß wie in früheren Jahren auch diesmal am Vormittag des 1. Mai eine Demonstrationsversammlung, am Nachmittag ein Festzug durch die Stadt veranstaltet werden soll. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

In Kassel beschlossen die dortigen Mitglieder des Zentralvereins der Arbeiter, am 1. Mai die Arbeit völlig ruhen zu lassen.

In Götting wurde im sozialdemokratischen Verein vom Genossen Kupke die Frage aufgeworfen, ob die Arbeitsruhe in stärkerem Maße durchgeführt werden könne als bisher. Genosse Müller regte an, daß das Gewerkschaftsamt die Frage gründlich durchsprächen möge. Genosse am Ende sagte das zu.

In Lübeck hat eine Mauererversammlung gefordert, daß die Parteiorganisation ihren Beschluß revidiere, wonach zum 1. Mai ein Tanzboden angeschafft werden soll. Aufcheinend verfolgt die Forderung die Tendenz, der Reise den Charakter eines Demonstrationstages zu wahren.

Die Bewegung in Neuchâtel. Der sozialdemokratische Verein für Neuchâtel hielt am Sonntag in Gera seine Generalversammlung ab. Der Bericht zeigt ein erfreuliches Wachsen der Organisation. Bei der letzten Generalversammlung betrug die Mitgliederzahl zick 2000 in 16 Ortsvereinigungen. Jetzt zählt die Organisation 2450 Mitglieder in 19 Ortsvereinigungen. Die Einnahmen betragen im 3. und 4. Quartal 1905 einschließlich eines Restbestandes von 1248,72 M. 3201,75 M. Die Ausgaben betragen 1740,98 M., so daß ein Ueberschuß von 1460,77 M. verbleibt.

Der monatliche Vereinsbeitrag wurde einstimmig auf 20 Pf. erhöht.

Der Geschäftsbericht des Parteiorgans, der „Neuchâtel Tribune“, ist recht günstig. Die Einnahmen an Abonnements und Inseraten betragen 55 737,11 M., die Gesamtausgaben 53 088,24 M., so daß ein Ueberschuß von 2718,87 M. verbleibt. Die Abonnementsziffer vermehrte sich gegenüber 1904 um 3000 M. Die Einnahmen aus dem Abonnement haben sich seit 1902 um 11 000 M. erhöht.

Da die Druckerei-Einrichtungen bei der gestiegenen Auflage des Blattes unzulänglich geworden sind, so wurde ein Abkommen mit der Leipziger Parteibuchdruckerei getroffen, wonach diese in Gera eine Filialdruckerei mit Rotationsmaschine errichtet. Die „Neuchâtel Tribune“ soll dann in etwas vergrößertem Format und täglich mindestens achteilig erscheinen. Die Redaktion wird vollständige Selbstständigkeit behalten.

Die Affäre Emmel ist endlich endgültig zum Abschluß gebracht. Die Privatklage Emmels gegen den Bergmann Strauch-Vater in Nassau-Burdach ist vom Zivilgericht zu Saarbrücken zugunsten Emmels entschieden worden. Bekanntlich hatte Emmel an Strauch-Vater sein Geschäft in Saargemünd unter Vürgerhaft des Vaters verkauft. Als das Geschäft schief ging, leugnete die Familie Strauch die Vürgerhaftleistung ab, was dann die Grundlage zu dem ganzen Fall gab, der soviel Staub aufgewirbelt hat. In einer ebenfalls aus diesem Anlaß entworfenen Selbstklage Emmels vor dem kaiserl. Landgericht Saargemünd wurde Emmel, wie unseren Lesern bekannt, im vorigen Jahre glänzend freigesprochen. Auch das Zivilgericht Saarbrücken mag den ebligen Ausweg der Familie Strauch eine Bedeutung nicht bei, da deren Eidesauslagen im unmittelbaren materiellen Interesse abgegeben waren. Die Gegner sind also um einen „Fall“ ärmer.

Sozialismus in Südafrika. In Kapstadt wurde kürzlich auf offener Straße eine von mehreren Tausend Personen besuchte Versammlung abgehalten, die von den Sozialisten einberufen worden war. Eine Resolution, in der es heißt, daß keine der alten politischen Parteien, weder die schutzherrscherische, noch die freihändlerische Partei befähigt sei, das soziale Problem der Gegenwart zu lösen, und in der sich die Versammelten für die Eroberung der politischen Macht erklärten, wurde unter großer Begeisterung angenommen.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Noch eine mögliche Staatsaktion. Der Antrag der Staatsanwaltschaft zu Bochum auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Parteisekretär Genossen Runge-Bochum wegen Aufreizung zum Klassenhass, angeblich begangen im Wahlrechtsflugblatt, ist von der Strafkammer abgelehnt worden.

Noch ein Aufreizungsprozeß gegen die „Magdeburger Volksstimme“. Dem Genossen Witmann, den Verantwortlichen des Magdeburger Parteiblattes, ist eine neue Anklage angekündigt worden. Und zwar wieder wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten, begangen in einem Artikel „Eine Christpredigt“ in der Weihnachtsnummer. Dieser Artikel ist bereits in dem letzten Prozesse gegen den Genossen Witmann, der mit Freisprechung endete, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verlesen worden, weil sie die „Tendenz“ der „Volksstimme“ damit belegen wollte. Schon in diesem Prozesse erklärte aber der Vorsitzende des Gerichtshofes, der Artikel enthalte nichts Ungesetzliches und der Vertreter der Staatsanwaltschaft stimmte ihm zu. Und jetzt erhebt man Anklage wegen dieses Artikels!

## Parlamentarisches.

#### Die Konsequenzen der Sonderlohnsteuer.

In der Finanzreformkommission wurde gestern die Spezialberatung der Anträge zur Zigarettensteuerreform fortgesetzt. Der § 1 soll nach dem Antrage Held und Genossen folgende Fassung erhalten: Der Eingangszoll beträgt für feingehackten Tabak und Zigaretten 800 M. für den Doppelzentner. Außerdem unterliegen die Zigaretten noch einem Stückzoll von 4 M. für 1000 Stück. Nach den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung sollte der Zoll auf Tabak 800 M. und auf Zigaretten 2000 M. für den Doppelzentner betragen.

Held (natl.), Müller-Fulda (3.) und ein Vertreter der Regierung traten für die beantragte Verringerung ein, wogegen Müller-Fulda statt des Stückzolls von 4 Mark einen solchen von 6 Mark vorschlägt und befristet, um so einen erhöhten Schutz für die heimische Industrie gegen die Konkurrenz des Auslandes herbeizuführen. Genosse Geher ironisierte das blinde Tapen der Steuerhüter, die erst einen exorbitant hohen Zoll von 2000 M. angelegt haben und nun, wo sie auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden sind, daß bei einem zu hohen Zoll

die Ausländer die Fabrikation nach Deutschland verlegen und ihre gekauften Arbeiter mitbringen würden, nicht nur mit dem Zoll heruntergegangen sind, sondern in ihrer Verlegenheit auch noch zu dem Doppelsystem des Stück- und Gewichtszolles gegriffen haben. Bei der Abstimmung wird der obige § 1 mit der Verringerung angenommen, daß der Stückzoll auf 5 M. für den Doppelzentner herabgesetzt wird.

Der § 3, der die Bestimmungen betreffs Entrichtung der Steuer, Anbringung der Steuerzeichen an den Packungen, Wertbeträge der Steuerzeichen, Stundung der Steuer usw. enthält, wird mit geringen Abänderungen in der Kommissionsfassung angenommen und ebenso § 4, der die Verzögerung der Abgabe betrifft.

Bei § 5, der die näheren Bestimmungen über den Verpackungszwang enthält, entstand eine längere Debatte dadurch, daß Graf Niekyuski (Pole) zur Sicherung der Möglichkeit des Kleinhandels den Antrag beantragte: „Im Kleinverkauf ist der Verkauf auch einzelner versteuerter Zigaretten aus der Verpackung gestattet“. Nachdem von Seiten der Regierung erklärt worden war, daß der Antrag eigentlich überflüssig sei, da niemand daran denke, den Einzelverkauf zu verhindern, plädierten die Redner der Mehrheit für Ablehnung dieses sowie des Antrages des Genossen Kollenbühr, dahingehend, daß die im § 5 vorgesehene Zulässigkeit von Ausnahmen durch den Bundesrat von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht werden sollte. Beide dem Interesse des Mittelstandes dienenden Anträge wurden denn auch abgelehnt. Nach glatter Annahme des § 6, enthaltend Vorschriften für die Einfuhr mit kleinen Einschaltungen entstand eine sehr umfangreiche Diskussion bei § 7, der von den „Vorschriften für die Fabriken und Anmeldung des Betriebes und der Räume“ handelt.

Unsere Genossen hatten hierzu den Antrag gestellt, dem § 7 als Schluß anzufügen: „Die Anfertigung und Verpackung von Zigaretten ist in der Heimarbeit verboten.“

Gegen diesen Antrag erhob sich ein allgemeiner Sturm der Entrüstung. Die Zentrums-Abgeordneten Müller-Fulda und Geher, der Nationalliberale Dr. Becker, der Konservative v. Dörren und der freisinnige Merten stellten sich sämtlich auf den Standpunkt, daß dadurch dem Gesetz eine nicht zu rechtfertigende Schärfe verliehen, Tausende von Heimarbeiterrinnen brotlos gemacht würden. Ja, Gerold vom Zentrum bezeichnete ein solches Verbot als einen Eingriff in die persönliche Freiheit des Arbeiters, welche Politik das Zentrum aus lauter Arbeiterfreundlichkeit nicht mitmachen. Der Reichsfinanzsekretär hat recht dringend, diesen Antrag doch um Himmelswillen nicht anzunehmen.

Unsere Genossen v. Elm, Kollenbühr und Geher wiesen nach, daß dieser Antrag nichts weiter sei, als die einfache Konsequenz der Kommissionsbeschlüsse. Nicht durch das Verbot der Heimarbeit werden die Zigarettenarbeiterinnen brotlos, sondern durch die Steuer auf Zigaretten. Die Gegner des Antrages schreden nun vor den Konsequenzen zurück und fürchteten sich frei und offen zu befeimen, was die Folgen ihrer Beschlüsse sein müssen. Wirke die Steuer ohnehin schon auf die Herabsetzung der Arbeitslöhne, so verschlimmere die Heimarbeit noch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, denn sie würden von den Fabrikanten gezwungen werden, nach der regulären Arbeitszeit in der Fabrik noch Arbeit mit nach Hause zu nehmen. Dabei kommen dann in verstärkter Nähe hygienische Gesichtspunkte in Frage. Und was nun den Eingriff in die persönliche Freiheit des Arbeiters anbelange, so erfolge eine solche bei allen Arbeiterschutzgesetzen, auf die sich das Zentrum doch stets als Beweiskriterium für seine Arbeiterfreundlichkeit berufe und so viel zugute tue. Zu allen diesen Gründen komme noch der hinzu, die Arbeiter und Kleinindustriellen, soweit diese überhaupt nicht durch das Gesetz hinweggefegt wurden, vor der ständigen Gefahr der Bestrafung wegen der durch die Heimarbeit leicht ermöglichten Hinterziehung zu bewahren.

Die Debatte kam nicht zum Abschluß; sie wird heute fortgesetzt.

#### Ermäßigung der Zuckerversteuer.

Darüber, ob Bier oder Rote für den Suezkanal-Hafen angebracht, standen die Ansichten der Sachverständigen auch in der angeführten Sitzung der Budgetkommission sich gegenüber. Die Kommission bewilligte schließlich 450 000 M. (gefordert sind 780 000 M.) für Vagger und Hafentauern.

Hierauf trat die Kommission in die Beratung der Zuckerversteuer ein, die auch für den Etat 1906/07 auf 130 Millionen Einnahmen veranschlagt ist. Da den Zuckern allmählich klar geworden ist, daß auch agrarische Interessen eine Herabsetzung der Zuckerversteuer bedingen, so traten auch die Agrarier für die Herabsetzung ein. Herr Arendt (Rp.) betonte, daß die Ermäßigung der Zuckerversteuer von 14 auf 10 M. pro Doppelzentner den Zuckerkonsum wesentlich steigern werde, was für die Zuckerindustrie und den Zuckerbau von großem Vorteil sein werde, die beide durch gezielte Begünstigungen in die Höhe gebracht worden sind. Deutschland stehe hinsichtlich des Zuckerkonsums vielen Ländern weit nach, werde aber Fortschritte machen, wenn durch eine Steuerermäßigung der Preis für das Pfund Zucker auf 20 Pf. herabsinke. Außerdem habe man die große Bedeutung der Abfälle bei der Zuckerproduktion für die Schweinefütterung immer mehr erkannt, und endlich hätten Versuche unter der Vürgerhaft im Mansfelder Bergbau bewiesen, daß durch reichlichen Zuckerkonsum und durch den Genuß zuckerhaltiger Flüssigkeiten dem Alkoholismus wirksam gesteuert werde. Abg. Graf v. Schwerin (L.) anerkannte, daß es ein Fehler war, als die Mehrheit des Reichstages bei der letzten Ermäßigung der Zuckerversteuer nicht gleich auf 10 M. pro Doppelzentner herabgegangen sei. Das wäre für das Volk und für die Zuckerindustrie-Interessen von großem Vorteil gewesen. Die Abgeordneten Erzberger (3.) und Becker (natl.) wollen zwar auch die Steuerermäßigung, aber sie sind um die Reichsfinanzen besorgt, wenn die Ermäßigung schon in diesem Jahre in Kraft treten sollte. Ministerialdirektor Kühne erklärte, die Regierung sei der Steuerermäßigung sehr sympathisch gesinnt und hoffe auch, daß nach einigen Jahren der gesteigerte Konsum eine Verminderung der Steuereinnahmen verhalten werde. Industrielle, die mit Konsumvereinen Verbindung haben, beobachteten, daß die Preisermäßigung von einem Pfennig pro Pfund eine Konsumsteigerung von 4 1/2 Proz. zur Folge hätte, demnach würde die Steuerermäßigung um 4 M. pro Doppelzentner den Konsum um etwa 10 Proz. steigern. Aber in diesem Jahre würde doch ein Einnahmeausfall von 20—30 Millionen zu verzeichnen sein, den das Reich beim heutigen Stande der Finanzen nicht ertragen könne. Für alle Fälle bitte er, die Steuerermäßigung nicht schon für das kommende Etatsjahr zu fordern. Ueber die Bedeutung des Zuckers zur Förderung der Marmeladen- und Konervenindustrie nehme die Regierung zurzeit Untersuchungen vor und sei bereit, eventuell für den in dieser Industrie verbrauchten Zucker eine Extraversteuerung einzutreten zu lassen. Namens der Sozialdemokraten trat Abg. Gen. Ledebour für möglichst schnelle Steuerermäßigung ein und sagte dabei den Agrariern einige Wahrheiten. Genosse Ledebour verlangte auch, daß die Regierung die Aufklärung der Bevölkerung über den Nutzen des Zuckerkonsums endlich einmal eifrig betreiben solle. Gegen eine Stimme (Becker-Röhl) nahm die Kommission diese Resolution an, gestellt vom Abg. Götz v. Drenten.

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zuckerversteuer von 14 M. auf höchstens 10 M. für den Doppelzentner herabgesetzt wird.

Heute Fortsetzung der Kommissionsberatung.

Zahlung des Lohnes für Feiertage. Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition des „Frankenbundes Rüstingen-Wilhelmshöfen“. Die Petition fordert, daß den in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeitern für die auf Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage der volle Lohn gezahlt werden soll. Der anwesende Regierungskommissar, Geh. Admiralitätsrat v. Garmis, trat dieser Forderung entgegen und war der Ansicht, daß bei der Bemessung der in dem Betriebe der kaiserlichen Werft gezahlten Löhne die acht auf Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage mit berücksichtigt

worben seien. Sollte man die Feiertage extra bezahlen, so würden vielleicht die gezahlten Stundenlöhne entsprechend herabgesetzt werden müssen. — Nach längerer Debatte, in der Abg. Giesberts (Z.) und unsere Genossen Körber und Lukaner für die Forderung der Petenten eintraten, beantragte der Abg. Lehmann (natl.), die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, die Petition dem Reichsanwalt als Material zu überweisen.

Reichsgesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse des Gefindes fordert eine andere Petition. Auch hier wurde Ueberweisung der Petition an den Reichsanwalt beschlossen.

Die Anknüpfungstatisten des Waldenburger und Reutobers Kohlenreviers petitionieren um Aenderung des Invalidenversicherungsgesetzes. Die Petition fordert im wesentlichen, daß Invalidität für vorzeitig erachtet werden soll, wenn der dieselbe beantragende Arbeiter in Ausübung seines bisherigen Berufes nicht mehr ein Drittel seines gewöhnlichen Lohnes zu verdienen in der Lage sei. Genosse Körber (Soz.) hielt die Forderung der Petenten für durchaus gerechtfertigt. Es sei von einem Bergarbeiter nicht zu verlangen, daß er sich vielleicht mit Dänenleiden beschäftigen soll. Falls er dies tut und bei dieser Arbeit ein Drittel des in seinem alten Berufe früher verdienten Lohnes verdient, so sei das kein Grund, ihm die Invalidenrente vorzuenthalten. Bei Feststellung der Invalidität dürfe nur die verminderte Leistungsfähigkeit des betreffenden Arbeiters in seinem Berufe, den er bei Eintritt der Invalidität ausübte, in Frage kommen. Nach eingehender Debatte beschloß die Kommission, die Petition gleichfalls dem Reichsanwalt als Material zu überweisen. Dieselbe Forderung ist wiederholt auch bei Beratung der Invalidenreform von sozialdemokratischer Seite erhoben.

Mehrere Petitionen fordern die Aenderung des Invalidenversicherungsgesetzes in dem Sinne, daß der Arbeitgeber für die Rentenaufnahme der Arbeiter zu haften habe, wenn er es unterlassen habe, die Beitragsmarken ordnungsmäßig zu stellen. — Auch diese Petition soll dem Reichsanwalt als Material überwiehen werden. Eine aufrechterhaltende Regelung wird nur zu erreichen sein, wenn der Rentenantrag (ebentuell unter Fallensystem des Markensystems) allen zugestimmt wird, die versicherungspflichtig sind.

## Soziales.

### Schadenersatz für einen Lehrer wegen gesundheitschädlicher Dienstwohnung.

Der Lehrer Jöhrent in Sablatz (Kreis Sorau) hatte sich während seiner Anstellung von 1898—1902 ein Halsleiden zugezogen, das ihm die Sprache beeinflusst und lautes Reden ganz verhindert. Er behauptet, daß das Leiden eine Folge der nassen und dunstigen Dienstwohnung sei, über deren Aenderung er mehrfach bei der Gemeinde Sablatz vorstellig geworden ist. Und nun fordert er im Klagenwege Ersatz des ihm durch die Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit entstandenen Schadens. Die beklagte Gemeinde behauptet, er habe das Halsleiden schon vor der Anstellung bei ihr erworben, vielleicht sei es auch durch den Lehrerberuf an und für sich zutage getreten.

Das Landgericht Guben erkannte auf Abweisung des Klägers. Das Kammergericht zu Berlin hörte als Sachverständige den Kreisarzt Dr. Schäfer in Sorau und den Geheimen Medizinalrat Dr. Tobold-Berlin, welcher letzterer in seinem Gutachten die Vermutung und Behauptung unter Ausschluß gestellt, daß Kläger sich das Leiden durch seinen Beruf an und für sich zugezogen habe. Das Kammergericht Berlin hob dann auf die Berufung des Klägers das landgerichtliche Urteil auf und erkannte seinen Schadenersatzanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt an.

Gegen das Berufungsurteil war von der Gemeinde Sablatz Revision eingelegt worden. Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision, damit das Urteil des Kammergerichts bestätigt wird.

Damit ist vom Reichsgericht dem Dreiklassenparlament attestiert, daß es seine elementarsten Verpflichtungen gegenüber Lehrern verletzt und daß der preussische Staat nicht einmal Lehrern gegenüber die Grundsätze über Treu und Glauben und der sozialen Rücksichten auf die Gesundheit der Volksbildner erfüllt. Erst bis an das Reichsgericht muß sich ein armer in seiner Gesundheit geschädigter Lehrer wenden, um wenigstens die Erfüllung seines Schadenersatzanspruchs durchzusetzen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kommunalinteressen und Privatkapital.

In der bekannten Streitfrage zwischen der Stadt Charlottenburg und dem dortigen Wasserwerk fand am Montag in der Berufungsinstanz Verhandlung statt, bei welcher Gelegenheit auch die gewaltige Differenz der Bewertung ein und desselben Objektes in zwei verschiedenen Bilanzen zur Erörterung kam. Dem Prozeß liegen folgende Tatsachen zu Grunde: Die Stadt hat im Jahre 1885 mit der Wasserwerksgesellschaft einen Vertrag geschlossen, laut welchem sich die Kommune das Recht der Erwerbung der Anlagen vorbehielt. Die Gesellschaft hat das am Teufelssee belegene Wasserwerk nebst umgebenen Grundstücken zum Preise von 900 128 M. erworben. Später hat sie noch ein zweites Wasserwerk mit 91 Brunnen am Wannsee und dann noch speziell zur Versorgung Charlottenburgs ein Werk am nördlichen Spreerfer angelegt. Der Vertrag mit der Stadt Charlottenburg, nach welchem der Gesellschaft die Konzession zur Wasserlieferung erteilt ist, läuft bis 1920. Aber schon von 1900 resp. 1905 ab stand der Kommune neben dem Vorkaufrecht generell das Recht auf Erwerbung zu. Die Stadt verfiel nun den Standpunkt, sie sei zur Uebernahme der gesamten Anlagen berechtigt, während die Gesellschaft nur die zur Wasserlieferung Charlottenburgs dienenden Anlagen abzutreten sich bereit erklärt. Da die Anlagen wirtschaftlich eine Einheit bilden, technisch auch zu sehr ineinander hängen, wird der Kommune praktisch die Uebernahme der Teilanlage fast unmöglich gemacht. Die Gesellschaft scheint auch in Voraussetzung der kommenden Dinge vorgebaut zu haben, indem sie die in Betracht kommende Teilanlage verwaltschaftlich und rechtlich von der Gesamtanlage abtrennte, dafür eine G. m. b. H. einrichtete. In der Bilanz der Gesellschaft figurieren die G. m. b. H. mit 8 Millionen Mark. Die aus diesem Teile der Anlagen erzielten Dividenden betragen:

Jahr	M.	Jahr	M.
1898	550 117	1903	726 887
1899	618 462	1904	786 252
1900	686 292	1905	836 330
1901	714 750		898 876

An diesen außerordentlich großen Gewinnen war die Stadt nicht beteiligt. So werden dem Privatkapital die kommunalen Interessen aufgeopfert! Wie durch die Auslieferung solcher Anlagen an das Privatkapital die Konsumenten geblüdet werden, ergibt sich auch aus der Dividendentabelle für die Gesamtwerke. Sie sieht so aus:

Jahr	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Dividende	13 1/2	13 1/2	13 1/2	14	15 3/4	15 3/4

Wie schon bemerkt, stehen die Anlagen der G. m. b. H. mit 8 Millionen Mark bei dem Charlottenburger Wasserwerk zu Buch,

in der Bilanz der G. m. b. H. sind aber mit 12 Millionen Mark aufgeführt. Der Vertreter der Gesellschaft erklärte dazu, jene Summe stelle den Anschaffungswert, die letztere den Verkaufswert dar, der sich auf Grund der erzielten Erträge ergebe. Die Gesellschaft ist demnach mit den hohen Gewinnen nicht zufrieden. Da anscheinend nach dieser Richtung gar keine Normen vorgegeben sind, beansprucht sie bei eventueller Uebernahme durch die Kommune einen Preis, der den Anschaffungswert viermal übersteigt! Solche Zustände sind nur möglich, weil in den Kommunalverwaltungen nicht das Prinzip des Allgemeininteresses, sondern kapitalistisches Interesse maßgebend ist. Das Urteil in der Streitfrage ist noch nicht gefällt, es soll am 2. April verkündet werden.

## Gewerkschaftliches.

### Die Herkulaner Zwitter- und Splittergewerkschaften.

Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer werden bei den zum Frühjahr entscheidenden Lohnkämpfen wieder die denkbar schärfste Rolle spielen. Dafür lassen sich Anzeichen schon an allen Ecken und Enden erkennen. Durch ihre schwachen Kräfte sind die christlich-zentrierten Sonderverbände äußerst gefährliche Bundesgenossen. Sobald ein Streik länger als acht Tage dauert, suchen sie ihn in der Regel auf irgend eine Art zu Ende zu bringen: entweder klügelnd sie hinter dem Rücken der freien Verbände einen armseligen Kompromiß zurecht, oder sie brechen einen Streit mit der Bruderorganisation vom Zaune. Kaum hat die große Lohnbewegung der Maurer und Bauhilfsarbeiter in A. d. N. begonnen, und schon haben die „Christlichen“ bereits ihren schönsten „Grund“ fabriziert, um ihren anders organisierten Massengenossen in den Rücken zu fallen. Sie hielten eine Versammlung ab, die sich gegen das Unternehmertum in der gefährlichsten und verlogenen Art gegen die freien Gewerkschaften richtete. In dem Streik der A. d. N. Formier machen sich ebenfalls schon die Anzeichen des kommenden „christlichen“ Verrats bemerkbar, und in Aachen machten es die Zentrumschriften so: Die Jahrestellen der freien, der A. d. N. Dunderschen und der „christlichen“ Holzarbeiter haben beschlossen, gemeinsam eine Lohnbewegung zu führen. In der Lohnkommission sollten gemäß der Mitgliederstärke der christliche Verband sechs, der Deutsche Holzarbeiterverband vier und die A. d. N. Dunderschen zwei Sitze erhalten. Die Christlichen behaupteten aber, die Orte Eupen und Brand gehörten auch zum Lohngebiet, und sie verlangten dafür für sich noch einen Sitz. Hat die Bewegung nicht von vornherein zu gefährden, wüßte man in den siebenten Sitz, und so hatten die „Christen“ die Mehrheit. Gleich in der ersten Sitzung verübten sie auf Grund dessen einen schamlosen Gewaltstreik. Sie beschlossen mit ihren sieben gegen sechs Stimmen, daß die Publikationen der Lohnkommission nur im Aachener „Vollstreund“, einem Zentrumsblatt niedersten Grades, veröffentlicht werden sollten. Alle Einwände, daß es doch nicht gehe, nur in dem Blatte einer Richtung, das von den anderen gar nicht gelesen werde, zu inserieren, und daß doch die Kosten gemeinsam getragen würden, blieben ohne Eindruck auf die Zenträmter. Der „Vollstreund“ ist zudem ein Blatt, das bei jeder Lohnbewegung den Unternehmern die Spalten zu Streikbrechergeheulen öffnet. Ohne Zweifel wollen auch in diesem Falle die christlichen Gewerkschaftsführer die Lohnbewegung zugrunde richten, weil sie zu einem Ausstände kein Geld haben.

### Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Schmittmühle ist nach neuntägiger Dauer beendet. Die Firma hat mit der Organisation tarifliche Vereinbarungen getroffen, wonach vom 2. April ab auf alle Löhne pro Stunde 2 1/2 Pf. und vom 2. Juni an nochmal 2 1/2 Pf. zugelegt werden. Ueberstunden werden mit 50 Pf. in der Woche, mit 60 Pf. am Sonntag bezahlt, bisher wurde ein Aufschlag nicht gewährt. Die Mithstände sollen abgestellt werden. Sämtliche Streikende werden am 2. April wieder eingestellt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Den Mitgliedern in den übrigen Betrieben diene zur Notiz, daß die beschlossenen Extrabeiträge für zwei Wochen bezahlt werden müssen, da die Streikunterstützung diese Woche noch voll ausgezahlt wird. Die Sperre über den Betrieb wird hiermit wieder aufgehoben. Verband deutscher Mühlenarbeiter.

Achtung, Steinarbeiter, Schrifthauer! Bei der Firma A. H. H. e. Grenzauer Tor, haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Hingeweiht sich, den Tarif zu unterschreiben. Der Vorstand.

Die Spandauer Bauhilfsarbeiter haben dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe eine Anzahl Forderungen unterbreitet, um deren Bewilligung sie zum 1. April erziehen. Sie verlangen für gewöhnliche Arbeit auf dem Bau pro Stunde 48 Pf., für Kalkschläger und Wasserträger 53 Pf., für Wasserarbeiten 55 Pf., für Materialtransport, Steine- und Kalktragen pro Stunde 65 Pf. — Die Unternehmer sind bereit, einen Stundenlohn bis zu 48 Pf. zu zahlen, die übrigen Forderungen wollen sie der freien Vereinbarung überlassen wissen.

### Deutsches Reich.

Mühlenarbeiter! In Brandenburg a. S. stehen die Kollegen der Firma A. Tiede in Streik wegen Lohnforderungen. Inzug fernhalten. Der Bauvorstand.

### Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie in Hannover-Linden.

Die organisierten Unternehmer lehnen es ab, mit dem Metallarbeiterverband über die Lohnforderungen der Formier zu verhandeln, sie wollen aber wohl mit „ihren“ Arbeitern in Unterhandlung treten. Um nun an diesem Punkte die Einigung nicht scheitern zu lassen, wurde in jeder Fabrik eine Kommission gewählt, die am Dienstag morgen den Betrieben die Forderungen unter Weglassung des Metallarbeiterverbandes als Kontrahenten unterbreiteten. — Seitens der Unternehmer erfolgte aber a u d i e s a l l Ablehnung der hauptsächlichsten Punkte. Deshalb legten am Dienstag morgen die Formier und Gleisarbeiter in allen Betrieben, in denen eine Ränderungsfrist nicht besteht, die Arbeit nieder. In Frage kommen dabei rund 1500 Mann, während circa 450, die das Arbeitsverhältnis gekündigt haben, bis zum Ablauf ihrer Kündigungsfrist weiterarbeiten müssen.

Der gestrige Bericht war bezüglich der Firmen etwas ungenau. In Ränderung stehen die Gleisarbeiter bei den Firmen: Maschinenfabrik vorm. Georg Egehoff-Linden, Eisenwerk Wülfel, Garrens-Wülfel und Andenagel-Hannover. Die Arbeit ist niedergelegt in folgenden Betrieben: Ostermann u. Sohn, Zentralheizwerke A. G., Dreher, Rosenkranz u. Droop, Müller-Longenhagen, Kämmler, Steinfeld u. Glasberg, Dppenheim u. Co., Eisen- und Stahlwerk-Linden, Käferle, Koch u. Kassebaum, Körting A. G., Etzengleiser Rüdiger, Knövenagel, Rühnsdorf, Reper-Döhren, Fuge, Kroll u. Co., Krigar u. Hffen, Wohlsberg und Jize.

Die Schuhmacher in Jena sind mit den Meistern auf dem Wege der Verhandlungen zu einer vorläufigen Verständigung gelangt. Der von den Gehilfen anerkannte Akkordiaris erhöht die bisher gezahlten Stücklöhne um durchschnittlich etwa 15 Proz. Der Stundenlohn für nicht im Akkord auszuführende Reparaturen wurde von 30 auf 35 Pf. erhöht, dagegen wollen die Meister nur einen Minimallohn von 15 M. pro Woche zulassen. Die Gehilfen verlangen 17 M. Hierüber und einige für unannehmbar gehaltene Bestimmungen der Arbeitsordnung soll mit den Meistern weiter verhandelt werden. — Der Streik der Steinarbeiter bei der Firma D. Conradus dauert fort. Auch die Lithographen und Steinbräuer stehen in einer Lohnbewegung.

Die Breslauer Droschkentreiber wollen ebenfalls demonstrieren. In einer am Dienstag abgehaltenen, zahlreich besuchten Droschkentreiberversammlung wurde für den nächsten Sonntag der allgemeine Ausstand beschlossen, um dadurch gegen die neue schärfere Polizeiverordnung zu protestieren.

Der Breslauer Formierstreik, der große Ausdehnung anzunehmen drohte, ist beendet. Nach zwoctägiger Dauer des Ausstandes haben die Streikenden am Mittwoch die Arbeit zu annehmbaren Bedingungen wieder aufgenommen.

In einem frommen Betriebe, dem „St. Josephs-Institut für kirchliche Kunst“ in A. d. N., ist am Montag ein Streik ausgebrochen. Die Firma betreibt als Spezialität die Ausstattung von katholischen Kirchen, und sie versagt, wie sie versichert, über Hunderte von Anerkennungsbriefen der hohen Geistlichkeit. Die Sektion der Polypromente, Metoucheure und Figuristen im Porzellanarbeiterverbande hatte in Gemeinschaft mit dem Verbands christlicher Maler und Anstreicher dem St. Josephs-Institut einen Lohntarif unterbreitet. Die Gehilfen wurden nicht mal einer Antwort gewürdigt. Darauf haben am Montag die Mitglieder beider Verbände die Arbeit eingestellt.

Steinfeger. In Danzig sind infolge Lohnunterschieden bei mehreren Firmen Steinfeger ausgeperrt worden, worauf die Nichtausgeperrten sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärten und ebenfalls die Arbeit niedergelegten. Die Straßenbahngesellschaft, die dadurch am meisten in Verlegenheit geraten ist, erklärte, Steinfeger aus Berlin kommen lassen zu wollen! — Inzug ist ferngehalten.

Ein Malerstreik ist in Bad Nissingen ausgebrochen. Die Gehilfen reichten einen Tarifentwurf ein, worauf die Unternehmer sich ablehnend zu einer Ortsgruppe des Süddeutschen Malermeisterverbandes organisierten und ihrerseits einen Tarifentwurf vorlegten, der aber den Arbeitern nicht entsprach und zurückgewiesen wurde. Circa 300 Maler und Tüncher stellten die Arbeit ein.

Die Schuhmachermacher in Nürnberg haben, wie berichtet, einen Tarifentwurf eingereicht. Die in der Innung vereinigten Meister stellten jedoch demgegenüber Sätze auf, die teilweise eine Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand bedeuten. Eine von 300 Arbeitern besuchte Versammlung lehnte diese „Zugeständnisse“ einstimmig ab und beschloß, an ihren Forderungen festzuhalten und in den Streik einzutreten. — In der Bewegung der Fabrik- und Schuhmachermacher haben einige Fabrikanten in die Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gewilligt. — Die Direktion der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken wollte ab 1. April die vollständige Arbeitszeit zugestehen, aber keine Regelung der Wochenlöhne. Daraufhin legten die in Wochenlohn beschäftigten Zuschneider die Arbeit nieder.

### Ausland.

#### Metallarbeiter-Ausperrung.

Weil die Drahtzieher in den Streik getreten sind, hat die Direktion der Bissener Drahtfabrik sämtliche Arbeiter ausgeperrt und den Betrieb des Etablissements vollständig eingestellt.

#### Der drohende amerikanische Riesenstreik!

Das Ultimatum der Vergleite ist von der Konvention der Bergwerksbesitzer in Indianapolis bedingungslos abgelehnt worden. Ein Streik der Arbeiter mit einer Beteiligung von 400 000 Mann ist nun zum 1. April als sicher zu betrachten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zu dem Doppelmord in Schöneberg.

In später Stunde gehen uns über das schwere Verbrechen noch folgende Einzelheiten zu: Franz Reichert ist am 11. Oktober 1899 geboren. Seine Ehefrau, eine geborene Köhm, ward am 15. Juli 1841 zu Wankenburg geboren. Sie lebten einsam in der Villa und erhielten oft den Besuch ihrer verheirateten Kinder. Die Tat selbst ist jedenfalls mit einem Spaten ausgeführt worden. Man fand das Instrument mit Blut und Haaren besudelt im Keller vor. Nachträglich sind noch einige andere Hinterwunden festgestellt worden. Die älteste Tochter hatte, bevor sie den Haase zu Hüfte rief, eine Weile sich in der Wohnung aufgehalten. Sie fand dort jedoch nichts Verdächtiges vor. Ob etwas aus der Wohnung geraubt worden ist, läßt sich erst später feststellen. Ein Sparkassenbuch über 1000 M. wurde von der Tochter der Ermordeten im Ofenrohr unterwerfen vorgefunden. Beide Leichen lagen auf dem Leib, die zertrümmerten Schädel und die Muskeln waren von dem Mörder mit Sand überstreut.

Die Spuren ergeben, ist Frau R. durch den Keller geschleift worden. Reichert, der früher ein vermöglicher Gärtner war, mußte nachdem er Geldverluste erlitten, eine Stelle eines Verwalters in der Villa einnehmen. Er war jedoch allgemein als Rentier bekannt. Die Ermittlungen nach dem Täter gestalteten sich für die Polizei außerordentlich schwierig, da irgendwelche zurückgelassenen Spuren noch nicht entdeckt werden konnten. Ausgang haben sich die Mörder durch das offen borgefundene enge Kellereisen verschafft. Die alten Leute sind jedenfalls von den Mördern in den Keller gelockt und dann abmuthlos überfallen und dahingemordet worden. Auch die Berliner Kriminalpolizei ist bemüht, die Schöneberger Behörde bei der Aufklärung des Kapitalverbrechens zu unterstützen.

### Die Duma-Komödie.

Warschau, 28. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Trotz des Drudes der Behörden verweigerten die Arbeiter kategorisch die Beteiligung an den Wahlen der Arbeiterkurie zur Duma.

### Zur Vorstellung befohlen.

Essen (Ruhr), 28. März. (V. H.) Der Kaiser forderte die morgen aus Courrières zurückkehrenden deutschen Rettungsmannschaften auf, sich ihm bei seinem Besuch in Arefeld am Montag vorzustellen.

### Das Recht des Streiks.

London, 23. März. (M. T. A.) Im Unterhause brachte heute der Generalstaatsanwalt Lawson-Balton einen Gesetzentwurf ein, durch den die bestehenden Gesetzesvorschriften betreffend die Trades-Unions und die Ausstände abgeändert werden sollen. Der Antragsteller erklärte, der Entwurf sei nötig geworden infolge der Entscheidung, die die Gerichte in dem bekannten Taff-Vale-Prozeß getroffen hatten, in dem als recht anerkannt worden war, daß Schadenersatz für die Folgen ungesetzlichen Vorgehens von Mitgliedern einer Trades-Union während eines Ausstandes aus dem Vermögen des betreffenden Gewerksvereins erwirkt ist, auch wenn dieses Vorgehen nicht durch das Exekutiv-Komitee desselben gutgehehen worden sein sollte.

Balton bekämpfte die Forderung der Arbeitervertreter, daß das Vermögen der Trades Unions ganz und gar gegen deraartige Ansprüche geschützt sein sollte. Schakleton (Arbeiterpartei) erklärt, die Arbeiterpartei könne mit dem Gesetzentwurf nicht zufrieden sein, die Regierung habe bei den Wahlen versprochen, die Forderung der Arbeiterpartei zu befähigen. Im weiteren Verlaufe der Beratung sprachen sich mehrere Redner von der Regierungspartei und der Arbeiterpartei für die Notwendigkeit aus, die Bestimmungen des Entwurfs in dem Sinne ausgedehnt, daß Ersatzansprüche für Streikschäden gegen das Vermögen der Gewerksvereine überhaupt nicht geltend gemacht werden können. Schließlich wird die erste Lesung des Entwurfs angenommen.

Reichstag.

77. Sitzung. Mittwoch, den 28. März, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratliche: Niemand. Ein Schreiben des Abg. F. S. angeht (S.), in dem dieser auf seine Immunität für den gegen ihn beantragten Manifestationsprozeß verzichtet, wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen.

Auf Antrag des Abg. Westheim (S.) werden erst diejenigen Wahlen vorgenommen, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen. Die Wahlen der Abg. Wessel (natl.) (Bernburg), Kottich (L.) (1. Mecklenburg-Schwerin), Fehrn v. Hodenberg (Welfe) (14. Hannover), v. Kardorff (Rp.) (3. Breslau), Dr. Lucas (natl.) (8. Kassel) werden nach dem Antrage der Wahlprüfungskommission ohne Debatte für gültig erklärt.

Ueber die Wahlen der Abg. Dr. Wallau (natl.) (3. Posen), Prützenk v. Lindenhofen (Rp.) (1. Posenburg), Hagemann (natl.) (4. Erfurt) beantragt die Wahlprüfungskommission Beweiserhebungen. Das Haus beschließt so. Die Wahl des Abg. Zimmermann (Ant.) im Wahlkreise Jschopau-Marientberg beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Geher (Soz.): In einem Schreiben an das sozialdemokratische Wahlkomitee in Jschopau hat der Amtshauptmann seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß diejenigen Wähler, die am Tage der Wahl in dem betreffenden Bezirke nicht mehr wohnten, in welchem sie in der Wählerliste stehen, ihr Wahlrecht verloren hätten. Daher sei der Wahlvorstand verpflichtet, Wähler, die auf diese Weise ihr Wahlrecht verloren hätten, trotz ihrer Aufführung in der Liste von der Wahl zurückzuweisen. Infolgedessen ist eine große Anzahl von Wählern bei der Wahl zurückgewiesen worden. Müht man diese Wähler den Stimmen des sozialdemokratischen Kandidaten hinzu, so würde das Ergebnis ein anderes gewesen und eine Stichwahl nicht zustande gekommen sein. Ich konstatiere deshalb, daß wenn die Kommission auch Gültigkeitserklärung beantragt, die Wahl in der Tat ungeschichtlich zustande gekommen ist. Es liegt ein gewisses System in diesen Geschehnissen, die von Beamten ausgehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruhn (Ant.): Auf alle Fälle hat Herr Zimmermann noch eine Mehrheit von sieben Stimmen, auch wenn die Stimmen aller Wähler, die zurückgewiesen sind, dem unterlegenen Kandidaten zugerechnet werden.

Abg. Singer (Soz.): Nach meinem Dafürhalten handelt es sich hier um eine Wahl, die nicht nach schematischer Berechnung geprüft werden muß. Man muß sie vielmehr auffassen unter dem Gesichtspunkte, daß es sich um eine fundamentale Verletzung des Wahlrechtes handelt. Die Berechnung kann in solchen Fällen nicht für zutreffend erachtet werden, wenn in der Tat die ungeschichtlichen Vorgänge sich nicht auf einzelne Bezirke beschränken und die Kommission nicht in der Lage ist, festzustellen, wieviel Wähler durch diese Vorgänge getroffen sind. Eine Berechnung ist hier gar nicht möglich. Es ist hier eine Verordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß die Leute, die nach der Auffstellung der Wählerlisten aus einem Bezirk in den anderen verzoogen sind, nicht zur Wahl zugelassen werden. Es ist nun gar nicht zahlenmäßig festzustellen, wieviel Wähler sich durch diese Verfügung haben von der Wahl zurückhalten lassen. Es ist ja bedauerlich, daß Wähler einer ungeschichtlichen Verfügung soviel Vertrauen schenken, daß sie sich danach richten haben, besonders in Sachsen, wo die Behörden schon immer eine recht unheimliche Rolle gespielt haben. Dafür, daß sich auch in Sachsen noch Leute finden, die den Behörden das Vertrauen schenken, daß sie ihre Verfügung auf Grund der Gesetze erlassen, kann man diese doch nicht bestrafen. (Sehr richtig! links.) Ich bin wirklich gespannt, ob auch das Zentrum die Wahl angeht, solcher ungeschichtlichen Eingriffe für gültig erklären wird. Ich betone nochmals: Hier liegt keine schematische Berechnung, keine Arithmetik, hier heißt es Farbe bekennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt sollte man bei Ungültigkeitserklärungen die schematische Berechnung nicht allein gelten lassen. Der Reichstag hat alle Ursache, dafür zu sorgen, daß das bescheidene Recht des Volkes nicht verflümmert werde. Die Gültigkeitserklärung würde im vorliegenden Falle als Parteijustiz bezeichnet werden müssen. Wir haben Wahlen unserer Parteigenossen für ungültig erklärt, weil Gesetzesverletzungen vorgekommen sind. Wir können dann aber auch verlangen, daß gegen andere Parteien ebenso verfahren wird. Ich beantrage daher, die Wahl für ungültig zu erklären. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Westheim (S.): Die Kommission kann nur das Material prüfen; sie kann nicht selbst im Wahlkreise Untersuchungen anstellen.

Abg. Geher (Soz.): In der Tat handelt es sich für uns weniger um die paar Stimmen als um das Prinzip, um die systematischen Unrechtheiten. Man hat Arbeiter nicht zur Wahlurne gelassen, obgleich sie dazu berechtigt waren. Das ist der springende Punkt. Hiergegen sollten Kommission und Reichstag aufstehen. Deshalb ist mein Genosse Singer im Recht mit dem Antrage, die Wahl für ungültig zu erklären, da offensbare Verstöße vorgekommen sind. Wenn die Kommission sich eine Regel aufstellt, so braucht der Reichstag diese nicht gutzuheißen.

Abg. Bruhn (Ant.): Abg. Singer kennt die Vorgänge nicht, wenn er von einer ungeschichtlichen Verfügung spricht. Uebrigens hat Zimmermann auch noch die Mehrheit, wenn die Zurückgewiesenen den Gegnern zugerechnet werden.

Abg. Lucas (natl.): Das Schreiben des Bezirkshauptmannes war überhaupt keine Verfügung, sondern eine höfliche Antwort auf die Anfrage des sozialdemokratischen Wahlkomitees. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer-Verein (Soz.): Man sagt, es sei eine Verfügung des Amtshauptmannes ergangen, die gar keine Verfügung war, sondern nur eine höfliche Antwort auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Wahlkomitees. Gewiß, das ist eine Seite der Sache. Die andere Seite aber ist die, daß der Amtshauptmann die Wähler auf Grund der Anfrage zurückgewiesen hat. § 31 des Wahlreglements schreibt ausdrücklich vor, daß eine Nachwahl innerhalb eines Jahres nach denselben Grundlagen und Vorschriften stattfinden wie die erste Wahl. Und es heißt dort, bei den engeren Wahlen sind dieselben Wählerlisten anzuwenden. Also bei allen Wahlen, die innerhalb desselben Jahres stattfinden, haben dieselben Grundlagen und Voraussetzungen und vor allem dieselben Wählerlisten zu gelten. Nach § 18 des Wahlreglements ist die Zulassung zur Wahl abhängig davon, daß der Betreffende in der Wählerliste steht, und weder der Wahlvorsteher, noch der Wahlkommissar dürfen eine Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimme treffen; das steht einzig der Entscheidung des Hauses zu. Selbst wenn der Wahlvorsteher der Meinung war, daß eine solche Stimme ungültig sei, so durfte er den Betreffenden nicht zurückweisen, sondern mußte einen Vermerk in sein Protokoll aufnehmen. Es hat also eine Verletzung des Gesetzes stattgefunden, und angesichts des zahlenmäßigen Ergebnisses, muß das Haus die Wahl für ungültig erklären. Gültig könnte die Wahl nur sein, wenn Sie sagen: wir sind überzeugt und haben bestimmte Beweise dafür in Händen, daß nicht mehr Wähler zurückgewiesen wurden, als im Protokolle namentlich angegeben sind. Nun kann niemand sagen, daß die Protestierenden im ganzen Wahlkreise von Haus zu Haus nach den Zurückgewiesenen geforscht haben, und zweitens haben Sie keinen Beweis, wieviel Wähler auf Grund der Verordnung die Reife zum Wahlort gefunden haben. Bei nur 10 Stimmen mehr wäre aber der sozialdemokratische Kandidat Pinkau ohne Stichwahl gewählt worden! Ist jemand hier im Hause, der behaupten kann: es ist ausgeschlossen, und wir haben den Beweis dafür in der

Hand, daß nicht wenigstens 10 Wähler infolge der Verfügung den Gang zur Wahl gelehrt haben? Das kann niemand behaupten, und Sie können daher die Wahl nicht für gültig erklären. (Bravol links.)

Abg. Werten (fr. Sp.): Auf Beschluß der Wahlprüfungskommission ist die Wahl in der Gemeinde Kemptau zu lastieren, weil dem Gesetz wider neue Wählerlisten aufgestellt sind. Weiter steht fest, daß zufolge der Aenderung des Bezirksamtmannes eine große Zahl von Wahlvorstehern Korrekturen in den Wählerlisten vorgenommen haben. Das ist nach Abschluß der Liste nicht zulässig, denn sie ist eine amtliche Urkunde. (Sehr richtig! links.) Diese Wahl ist daher gar nicht auf Grund einer Wählerliste zustande gekommen, sondern auf Grund eines Fragments einer Wählerliste. Wohin sollte es führen, wenn einem Bezirksamtmann die Befugnis eingeräumt wird, nach einer Privatmeinung Aenderungen an der Wählerliste vorzunehmen und zu prüfen, ob die darin Stehenden wahlfähig sind? Damit wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet. (Sehr richtig! links.) Wir handeln im Interesse der Gerechtigkeit, wenn wir gegen eine solche Wahl stimmen. (Beifall links.)

Abg. Westheim (S.): Die Eintragung in die Wählerliste ist erforderlich für die Ausübung des Wahlrechts, aber nicht ausschlaggebend. Wir erklären ja jeden Augenblick Stimmen für ungültig, obwohl sie von solchen Personen abgegeben sind, die in der Wählerliste standen, zum Beispiel wenn jemand nicht das wahlfähige Alter hat. Ebenso liegt es, wenn jemand nicht im Wahlbezirk wohnt; durch seinen Wegzug wird er meines Erachtens nicht mehr wahlberechtigt an dem früheren Wohnort. Der Reichstag hat auch 1889 bereits in diesem Sinne entschieden. Die Wahl ist danach für gültig zu erklären.

Abg. Fritsch (fr. Sp.): Es steht fest, daß Wähler zu Unrecht vom Wahlvorsteher zurückgewiesen sind, nach Feststellung der Wahlprüfungskommission 47 verzogene Wähler. Zweitens steht fest, daß ungeschichtliche Aenderungen in der Wählerliste stattgefunden haben, und daß diese Aenderungen auf die Aenderung des Bezirksamtmannes zurückzuführen sind. Diese private Meinung des Bezirksamtmannes ist weitgehend bekannt gemacht und hat die Wahlvorstände und Wähler beeinflusst in einer Weise, deren Wirkung zweifellos über die 47 in dem Protokolle namentlich aufgeführten Wähler hinausgeht. Nun handelte es sich überhaupt bloß um 10 Stimmen, die dem Kandidaten Pinkau zur Majorität fehlten. Jede unbefangene Prüfung muß daher zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen. (Beifall links.)

Abg. Geher (Soz.): Man sagt, daß das sozialdemokratische Wahlkomitee im Zweifel über die Auslegung des Gesetzes gewesen sei. Die Sache liegt jedoch anders: Es war meinen Parteifreunden bekannt geworden, daß den Beamten eine solche Instruktion zugegangen ist. Um dies darzustellen, hat das sozialdemokratische Wahlkomitee die höfliche Anfrage an den Bezirksamtmann gerichtet, und auf Grund dieser Anfrage hat derselbe die Erklärung abgegeben, die dann auch in einigen Amtsblättern veröffentlicht wurde, so daß die Wahlvorstände sich danach gerichtet haben, soweit sie nicht vorher schon von dieser Auffassung in Kenntnis gesetzt waren. Das haben wir festgenagelt, um den Protest darauf begründen zu können. Infolgedessen habe ich mich für verpflichtet gehalten, zu sagen, daß hier eine systematische Ungeschichtlichkeit vorgenommen ist. In Kemptau ist die Wahl lastiert worden, weil der dortige Wahlvorsteher eine neue Wählerliste aufgestellt hat. Gerade dieses Vorkommnis spricht gegen die Auffassung, daß in der Wählerliste Stehende zurückgewiesen werden können. In Kemptau, wo die Wahl lastiert wurde, hatte unser Kandidat eine viel höhere Stimmenzahl als die übrigen zusammen! Wenn nun nachgewiesen ist, daß jene Ungeschichtlichkeit im ganzen Wahlkreise vorgekommen ist, so ist es zweifellos, daß die Wahl des Herrn Zimmermann zu Unrecht zustande gekommen ist. (Beifall links.)

Abg. Fischer-Verein (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Westheim betreffen ja, daß nicht der Wahlkommissar und der Wahlvorsteher, sondern nur der Reichstag die Entscheidung darüber hat, ob eine Stimme als gültig oder ungültig aufzufassen ist. Bezüglich seiner Bemerkung, daß eine Entscheidung des Reichstages darüber ergangen sei, daß Wähler, die ihren Wohnsitz veränderten, bei Nachwahlen nicht mehr wählen dürfen, ist es charakteristisch, daß die Partei, der Herr Westheim angehört, gegen eine solche Auslegung des Wahlreglements gestimmt und seitdem an diesem Standpunkte festgehalten hat! Ueberhaupt ist nicht das Wahlgesetz anzuführen, denn es kennt weder den Begriff der Nachwahl, noch der Stichwahl, sondern das Wahlreglement, und dieses sagt ganz deutlich, daß bei der Nachwahl dieselben Voraussetzungen, Grundlagen und Wählerlisten zu gelten haben. An diesen darf keine willkürliche Aenderung stattfinden, dem Wahlkommissar ist diese Befugnis entzogen und einzig dem Reichstag vorbehalten. Aus allen diesen Gründen müssen wir zur Ungültigkeitserklärung kommen. (Bravol links.) Angesichts der Tatsache, daß nur 10 Stimmen an der Mehrheit gefehlt haben, heißt es die Dinge geradezu auf den Kopf stellen, wenn man behaupten wollte, es habe sich niemand außer den namentlich aufgeführten von der Wahl zurückhalten lassen. Diese Garantie kann nicht gegeben werden, und deshalb muß die Wahl für ungültig erklärt werden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Gröber (R.): Es dürfte sich empfehlen, die Prüfung der Rechtsfrage, ob ein Wähler, der in der Wählerliste steht, aber fortgezogen ist, bei der Nachwahl wählen darf, noch einmal der Wahlprüfungskommission vorzulegen und die Frage der Gültigkeit der Wahl des Abg. Zimmermann bis dahin auszusetzen. Ich beantrage dies.

Abg. v. Riepenhausen (L.) stimmt dem Antrage Gröber zu, obgleich die Frage eigentlich schon genug behandelt ist.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag Gröber wird einstimmig angenommen. Der Bericht über die Wahl des Abg. Zimmermann wird also an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Raab (Wirtsch. Sp.) (Schweizer-Schmalbach).

Die Kommission beantragt neue Beweiserhebungen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Sp.) beantragt, den Bericht in die Kommission zurückzuverweisen; er erwartet, daß die Kommission die Wahl dann für gültig erklärt werde.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.): Es handelt sich hier einfach um eine Rechtsfrage. Jeder Kandidat muß wahlbar sein. Hugo war das aber nicht. Es steht und fällt also die Wahl mit der Entscheidung der Frage, ob Hugo Landarm war oder nicht. Die Kommission hat Beweiserhebungen beschlossen, weil ihr die von uns beigebrachte Auskunft des Armenkrankenhaus nicht genügt.

Der Antrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg wird abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Scherer-Perfensburg (Rp.).

Die Wahlprüfungskommission beantragt Beweiserhebungen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) beantragt, die Wahl sofort für gültig zu erklären.

Abg. Werten (fr. Sp.) tritt für den Kommissionsantrag ein. Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Wassermann (natl.) Frankfurt a. d. Oder.

Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

beeinflussung vom preussischen Ministerpräsidenten, der sich im Herrenhause ausdrücklich gegen die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten ausgesprochen hat, indem er die Konservativen ermahnte, sie sollten ihren Einfluß beim Bund der Landwirte ausüben, daß dieser seinen Kandidaten zurückziehen möge, um dem Kandidaten der bürgerlichen Parteien zum Siege zu verhelfen. Wenn irgendwo der Begriff der amtlichen Wahlbeeinflussung zutrifft, so in diesem Falle, wo der Ministerpräsident in eine Wahl unter Kennung des Wahlkreises eingegriffen hat. Er hat allerdings den Namen des Abg. Wassermann nicht erwähnt, aber es gab niemand im Deutschen Reiche, der nicht gewußt hätte, wen er gemeint hat. Als im Kreise Altenburg der Minister in einer Versammlung nicht in seiner Eigenschaft als Minister, sondern als konservativer Parteigenosse, ein halbes Jahr vor der Wahl den Konservativen den Rat gab, sich einen besseren Kandidaten zu suchen, da haben Sie erklärt, diese Beeinflussung sei ungeschichtlich, und ergo haben Sie die Wahl des Abg. Buchwald lastiert! Im Wahlkreise Frankfurt-Lebus hat sich genau dasselbe ereignet, bloß daß der Minister hier als Minister gesprochen hat. Wenn irgendwo der Begriff der offiziellen Kandidatur zutrifft, so in diesem Falle.

Ferner hat der Landrat dieses Wahlkreises öffentlich erklärt, die Liberalen müßten einen Kandidaten aufstellen, durch den es den ländlichen Wählern nicht so schwer gemacht würde, für den Kandidaten zu stimmen. Auch dies ist dasselbe, wie der Altenburger Vorgang, nur argentiierter. Im Wahlkreise Frankfurt-Lebus handelt es sich geradezu um ein

Schulbeispiel der amtlichen Wahlbeeinflussung.

Wenn Sie daher dem Beschlusse der Kommission beitreten, so wird man draußen das nicht verstehen, sondern man wird zu der Ueberzeugung kommen, daß der Reichstag die Grundsätze von Recht und Billigkeit im Interesse einer einzelnen Partei gebrochen hat. (Große Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Westheim (S.): Was der Vorredner dem Ministerpräsidenten vorwirft, sind allgemeine politische Betrachtungen in einem Parlament. Das Recht, im Parlament für die staatsbehaltenden Parteien einzutreten, kann man den Ministern nicht nehmen. Von Wahlbeeinflussungen kann da keine Rede sein.

Abg. Fischer-Verein (Soz.): Ich habe zwar nicht die Hoffnung, daß ich für meine Auffassung die Majorität bekommen könnte, doch aber diese Ausführungen nicht unüberdacht durchgehen lassen. Ich glaube, daß es eine Zeit gab, wo keine Partei lebhafteren Protest gegen eine solche Stellungnahme erhoben hätte als das Zentrum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hat das Ergebnis der Wahlen abzuwarten, und dann mag sie sich mit den Tatsachen abfinden. (Sehr wahr! links.) Aber weder der Minister noch sonst jemand hat das Recht, Einfluß auf die Wahlen auszuüben. Es ist aber eine Beeinflussung, wenn der Ministerpräsident im Herrenhause folgendes Urteil fällt: „Sowohl Herr v. Mantuffel wie Graf Mirbach haben den Wahlkampf in Frankfurt-Lebus berührt. Beide haben nicht erwähnt, daß eine Sonderkandidatur vom Bund der Landwirte aufgestellt ist und daß dadurch die einseitige Bilanz der bürgerlichen Parteien durchbrochen ist. Ich weiß nicht, wie weit Ihr Einfluß reicht, ich möchte Sie aber bitten, wenn Sie solchen haben, dahin zu wirken, daß schon im ersten Wahlgange eine volle Einigkeit der bürgerlichen Parteien hergestellt wird.“ Eine solche Erklärung weist doch alle Merkmale der Beeinflussung auf. Wenn sich so die Vertreter der Regierung aussprechen können, dann brauchen wir uns doch über Postulanten, Bedarmen und Landräte nicht groß aufzuregen. Das ist die Konsequenz der Darlegungen des Abg. Westheim, wenn es auch nicht seine Absicht war, solche Konsequenzen zu ziehen. Es ist auch falsch, was die Gegner über unsere Stellung sagen. Gewiß haben wir bei der Wahl des Abg. Buchwald den Standpunkt vertreten, daß eine Wahlbeeinflussung erst anzunehmen sei von dem Zeitpunkt an, wo die Wahl ausgeübt ist und wenn ein wirklicher Einfluß auf das Ergebnis ausgeübt ist. Aber gerade alles das, was die Herren in bezug auf Altenburg ausgesprochen haben, trifft ja zu auf den Landrat in Frankfurt-Lebus, der mit Bezug auf den Abg. Wassermann gesagt hat, man müsse es der Landbevölkerung leicht machen, den „rüchtigen“ Kandidaten zu finden. Das ist doch genau dieselbe Erklärung, wie sie der Minister in Altenburg abgegeben hat. Nur die Worte sind andere, die Handlungswelt ist dieselbe. In Frankfurt legen Sie ihr keine Bedeutung bei, in Altenburg messen Sie ihr so viel Wert bei, daß Sie die Wahl lastiert haben, obwohl die Erklärung gar keinen Erfolg gehabt hat. Wenn einmal — in der Politik gibt es ebenso wenig ein Ewig wie ein Niemals — die Ansicht der Regierung über das, was „staatsbehaltend“ ist, sich ändert und die Regierung auch das Zentrum wieder nicht als staatsbehaltend ansieht, dann will ich sehen, was das Zentrum sagt, wenn die Regierung erklärt: Alle Parteien müssen einzig sein gegen das Zentrum! Fürst Bülow hat sich ja wenigstens noch bemüht, von den bürgerlichen Parteien zu sprechen, der Abg. Westheim dagegen hat von den staatsbehaltenden Parteien gesprochen. Was es nicht eine Zeit, wo das Zentrum „staatsfeindlich“ war? Wir werden uns die heutige Ansicht des Zentrums merken! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fritsch (fr. Sp.): Die vom Abg. Westheim vorgebrachten Ansichten dürfen hier nicht ohne Widerspruch bleiben: Gegen das Vorgehen des Reichszanzlers muß scharfer Protest erhoben werden; denn Zweck und Wirkung seiner Rede im Herrenhause war eine Beeinflussung der Wahl in Frankfurt-Lebus. Gerade der Reichszanzler ist streng zur Beachtung der Geheimschweigepflicht. Wie der Justizminister das Recht hat, sich über Rechtsfragen zu äußern, aber nicht ein Urteil über einen schwebenden Prozeß abzugeben, so darf auch der Ministerpräsident in einem schwebenden Wahlkampf ein Urteil nicht abgeben. Das aber hat der Reichszanzler getan, indem er gegen einen bestimmten Kandidaten das Wort ergriß. Wir haben hiergegen nur das Mittel, zu protestieren durch Ungültigkeitserklärung jeder Wahl, bei der derartiges vorgekommen ist. (Bravol links.)

Abg. Dr. Spahn (S.): Die Frage liegt so: Ist das Vorkommnis, die Rede des Fürsten Bülow, von entscheidendem Einfluß für den Ausgang dieser bestimmten Wahl? Wenn diese Frage verneint wird, muß man die Wahl für gültig erklären, auch wenn man das Vorkommnis für bedauerlich halten sollte. (Bravol im Zentrum.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): Die Rede des Fürsten Bülow ist am 11. Mai im Herrenhause gehalten worden; die Wahl war am 13. Mai. Den Verhandlungen des Herrenhauses wird im Lande keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. (Geisterleit.) Die Rede des Reichszanzlers ist sicherlich ohne jeden Einfluß auf den Ausgang der Wahl geblieben.

Abg. Fischer-Verein (Soz.): Wenn die Sache so einfach wäre, daß der Reichszanzler und Ministerpräsident zu den bürgerlichen Parteien bloß gesagt hätte: „Reißt Euch selbst!“, so hätten wir gar nichts dagegen. Wir wollen es ja dem Reichszanzler bei der Staatsdebatte oder ähnlichen Veranlassungen gar nicht verdenken, wenn er gegen uns zu Felde zieht. Im Gegenteil, je mehr, desto besser für uns. (Lachen rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.) Man muß schon nationalliberal sein, um sich, wie der Abg. Raabe es tut, darüber zu beschweren, daß Fürst Bülow immer dem Genossen Wessel antwortet, ihm aber nicht. (Geisterleit.) Wenn der Ministerpräsident also weiter nichts gesagt hätte, als was der Herr Vorredner gemeint hat, so hätten wir gar nichts dagegen. Aber er hat ganz speziell von der Wahl in Frankfurt-Lebus gesprochen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), er hat den Konservativen in bezug auf diese Wahl einen Rat gegeben! Bei der vorigen Wahl haben Sie in der Unterschrift eines Landrats auf einem Flugblatte lange vor der Wahl zumgunsten des Siegers eine Wahlbeeinflussung geübt! Und jetzt? Alles können Sie von uns verlangen, aber nicht zu glauben, daß Ihre veränderte Stellung-

nahme im Interesse der Gerechtigkeit geschieht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie haben so gehandelt, weil Sie Herrn Vassermann so nötig brauchen wie das tägliche Brot! (Lachen rechts und bei den National-liberalen.) Weil Vassermann sonst nicht in den Reichstag gekommen wäre, müßte er sich zum Leibeigenen des Bundes der Landwirte machen. (Große Unruhe bei den National-liberalen, Lachen rechts.) Wenn Sie für Ihren „Führer“ einen anderen Wahlkreis bekommen hätten, so hätten Sie ihn nicht nach Frankfurt an der Oder geschleppt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn seine Wahl nicht so freuzig gewesen wäre, dann hätte Herr Vassermann nicht für ihn so einzutreten brauchen, als ob ohne Herrn von Vassermann die ganze Staatsordnung auseinander gehen würde. (Lachen rechts.) Juriste: Er ist ja gar nicht „von“! Ja, in einem Zeitalter, wo die Herren von der Börse geachtet werden, kann auch Vassermann noch an die Reihe kommen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nach der Vergangenheit des Abg. Spahn kann ich seine heutige Stellungnahme nicht begreifen. Früher hat er uns doch immer Verletzungen aus seiner Wahlprüfungs-Erfahrung zu teil werden lassen, Verletzungen, für die wir dankbar waren. So hat er bei der Wahl von Meyer-Halle ausdrücklich gegenüber dem Abg. Camp erklärt: „Wir haben den Amtsnutzbuch zumungunsten des unterlegenen Kandidaten zu bekämpfen; das allein ist entscheidend.“ Es bleibt nichts anderes übrig, als die Wahl Vassermanns zu kassieren. Aber Sie werden es ja nicht tun, weil Sie vor Recht stehen! (Großer Lärm rechts und bei den National-liberalen. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Z.): Der Vorwurf des Abgeordneten Fischer-Berlin gegen mich wäre nur dann richtig, wenn die Voraussetzung zuträfe, daß hier ein Amtsnutzbuch stattgefunden hat.  
Hiermit schließt die Debatte. Die Wahl des Abg. Vassermann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung (mit Ausnahme des Abg. Pachtke) für gültig erklärt.  
Damit sind die Wahlprüfungen erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Marineetat. Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.): In der fünften Kompagnie des ersten Seebataillons sind mehrere Vorgesetzte wegen vorchristlicher Behandlung von Untergebenen bestraft worden. Am schlimmsten ist der Fall des Einjährig-Freiwilligen Nachols, der infolge eines Knieleidens schlecht marschierte und deshalb fortgesetzt schiltariert und bestraft wurde. Weil er eine Befehlsurkunde zu spät eingebracht hatte, wurde er mit zehn Tagen schweren Arrestes bestraft. Vom Wachthabenden verlangte er Deden mit den Worten: „Ich habe die Deden gestern schon um 6 Uhr bekommen. Ich friere und habe Fieber. Bitte, schicken Sie zur Kompagnie, damit ich die Deden bekomme. Wenn ich die Deden nicht bekomme, muß ich mich beschweren.“ Deshalb wurde er von einem Standgericht wegen Achtungsverletzung und Bedrohung zu 28 Tagen strengem Arrest verurteilt. Eine Verurteilung zu 28 Tagen strengem Arrestes kann einen Mann zum Selbstmord treiben. Man quälte den Mann bis zum 5. November hin, obgleich seine Dienstzeit schon am 1. Oktober abgelaufen war. In der zweiten Instanz ist das Urteil dann in eine Woche gelinden Arrest verwandelt worden! Das Beschwerderecht, ein elementares Recht des Soldaten, wird mit Füßen getreten. (Sehr richtig! links.)

Kapitän zur See v. Heeringen: Der Einjährig-Freiwillige Nachols durfte sich in seinem Hause selbst behandeln lassen und trat erst nach Monaten seinen Dienst am 5. Juli wieder an. Er mußte nach 14 Tage nachbienen, weil er während seiner Dienstzeit 14 Tage Urlaub gehabt hat. Der Arzt hat ihn nach mehrfacher Untersuchung, die auch nach dem Weintrampfe noch wiederholt wurde, für arbeitsfähig erklärt. Auf seine Versorgungsansprüche hat er freiwillig verzichtet, weil er die Gehaltsverloren und nicht noch „ein paar Tage“ (!) warten wollte. Im übrigen kann ich dem Redner versichern, daß wir jede Mißhandlung aufs schärfste verfolgen.

Abg. Wiesbeck (Z.): Der Abg. Guß hat früher schon auf die Verhältnisse bei der Firma Krupp hingewiesen. Ich muß seinem Beispiel folgen. Die Löhne sind im allgemeinen nicht die schlechtesten, aber die Einrichtungen sind derart, daß sie geeignet sind, den Kambus dieser Firma zu zerstören. Das gilt insbesondere von dem Panzerplattenwerk, wo es an einer ordentlichen Ventilation fehlt. In der Bäckerei fehlt es an Umkleieräumen. In den Hammerbetrieben werden die Rausen nicht ordentlich eingehalten. Auch die Ueberstunden werden nicht genügend bezahlt. Momentlich im Preßbau müßte die 8- oder 10-stündige Schicht eingeführt werden. Möge sich die Firma nicht von jedem Scharfmacher eine Bitte ins Ohr setzen lassen! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.): Die Ausführungen des Regierungskommissars betreffen — ich sage leider! — daß meine sämtlichen Angaben richtig waren. Der Regierungskommissar bestätigt, daß Nachols auf Anordnung seines vorgesetzten Offiziers Beschwerde eingelegt hat. Trotzdem er also angewiesen war, Beschwerde zu erheben, ist er bestraft worden, weil seine Beschwerde etwas zu spät gekommen ist.

Kapitän zur See v. Heeringen: Wenn Nachols noch krank ist, sind wir bereit, seine Sache noch einmal wohlwollend zu prüfen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.  
Für den Antrag Abt (fr. Sp.) auf Einführung einer Reichs-bermögenssteuer zur Kostenbedeckung der Flottenvergrößerung stimmten 67, dagegen 142, es enthalten sich 3 Abgeordnete. Der Antrag ist also abgelehnt.

Hierauf wird das Flottengesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei angenommen.

Die Petitionen zum Flottengesetz werden für erledigt erklärt.

Die Debatte über den Marine-Stat wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Servis und Wohnungszuschuß“ wird auf Antrag des Freiherrn von Hertling (Z.) ein Teil ausgesetzt, bis die entsprechende Forderung beim Militärstat beraten sein wird.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften“

erklärt

Abg. Legien (Soz.): Die Arbeiter in den kaiserlichen Werften hatten gehofft, daß am 1. April der neunstündige Arbeitstag für sie in Kraft treten würde. Sie stellten sich zu der Annahme bereit, weil eine Umfrage bei den Werften veranstaltet ist, um festzustellen, ob die Arbeiter im Falle der Einführung des Neunstundentages lieber geteilt oder ungeteilt arbeiten wollen. Leider aber hat der Staatssekretär die Erklärung abgegeben, daß die Frage noch nicht entschieden sei, daß sie noch verhandelt werden müsse, weil man auch auf die Privatwerften Rücksicht nehmen müsse, und weil die Einführung des Neunstundentages eine wesentliche Erhöhung der Vaulosten für die Schiffe, der Staatssekretär meinte um 10 Proz., herbeiführen würde. Es ist natürlich, daß der Hinweis des Staatssekretärs, daß die Regierung auf die Privatwerften Rücksicht nehmen wolle, bei den Arbeitern eine erhebliche Erregung hervorgerufen hat. Es ist eine Bewegung unter allen Werftarbeitern, insbesondere aber unter denen in Kiel und Wilhelmshaven im Gange. Die Arbeiter wollen vor allem auch eine Teuerungszulage haben, da die Lebensmittelpreise so sehr gestiegen sind. Die Arbeiter haben sich nur durch die Vertreter des Metallarbeiterverbandes an die Werftverwaltung gewandt. Die Herren Oberwerksdirektoren in Kiel und Wilhelmshaven haben jedoch erklärt, daß sie diese Wünsche durch die Vertreter der Organisation der Arbeiter nicht annehmen können. In ihrem Schreiben ist auf § 8 der Arbeitsordnung verwiesen, dessen Wortlaut den Herren eine gewisse Verechtigung zu ihrem Verhalten gibt. Es sollen danach Beschwerden der Arbeiter nur an die nächsten Vorgesetzten gerichtet werden, und wenn sie mit deren Entschluß nicht zufrieden sind, an die höheren Vorgesetzten. Wo Arbeiterausschüsse vorhanden sind, sind Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art durch diese zum Ausdruck zu bringen. Aber die Dinge liegen so, daß die Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen gar kein Vertrauen haben. Denn die Bestimmungen über diese Ausschüsse sind derartige, daß den

Arbeitern irgend ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht absolut nicht eingeräumt ist. Sie können allgemeine Wünsche vortragen, Vorforderungen vorhandener Lebensstände anregen, Änderung der Arbeitsordnung beantragen, aber in keiner Weise mitbestimmen. Dazu kommt, daß in den Arbeiterausschüssen nur wählbar ist, der das 30. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre auf der Werft gearbeitet hat. Und schließlich behält sich die Werftverwaltung das Recht vor, den Arbeiterausschüssen jederzeit aufzulösen. Unter solchen Umständen können die Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen kein Vertrauen haben und ich bin der Meinung, die Werftverwaltung würde sich nichts vergeben, wenn sie mit den Vertretern der Organisation, in diesem Falle mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes, in Verbindung treten würde. Ich bin überzeugt, daß die Zeit kommen wird, in der die Verwaltung ebenso, wie die Privatbetriebe mit der Verwaltung der Organisation in Verbindung kommen wird. Diese Zeit wird um so näher kommen, wenn unsere Organisationen sich in derselben Weise entwickeln, wie in der letzten Zeit. Wenn dann die Herren von der Werftverwaltung genötigt sein werden, mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln, so werden sich solche Schriftstücke, in denen das Verhandeln abgelehnt wird, recht lächerlich und eigenartig ausnehmen. Ich meine, der Staatssekretär könnte sich seinen französischen Kollegen zum Muster nehmen, der im November 1902 in ein in Erlaß ausgeführt hat, daß die Regierung seit einer Reihe von Jahren in anderen Verwaltungen mit den Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten in Verbindung getreten ist, und daß in der Marine unmöglich anders verfahren werden könne.

Auch in der Anerkennung des Rechtes der Organisation hätten die Staats- und Reichsbetriebe in erster Linie die Verpflichtung, den anderen voran zu gehen. Ich versichere es Ihnen: die Zeit wird ganz bestimmt kommen, wo diese Anerkennung möglich sein wird. Es wäre für Sie besser, wenn Sie diesen festsitzenden Standpunkt aufgeben und nicht erst warten, bis es einmal zu einer Auseinandersetzung gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Aufregung unter den Werftarbeitern nicht weiter wachsen soll, so muß der Neunstundentag sofort eingeführt werden, ohne daß erst lange Erhebungen vorhergehen. Mit einer solchen Einführung ginge Deutschland in der Welt durchaus nicht voran, sondern selbst solche Staaten, die Sie, die Sie für die Größe des Reichs immer eintreten, gar nicht einmal als besonders hohe Kulturträger ansehen. Und zwar handelt es sich bei den meisten dieser Staaten nicht um den Neunstundentag, sondern um den Achtstundentag. Im Jahre 1892 ist der Achtstundentag in den Vereinigten Staaten nicht allein für alle Staatsbetriebe, sondern auch für alle Unternehmen, die öffentliche Arbeiten ausführen, eingeführt worden. Ähnliches geschah im Jahre 1898 in England, dann folgten Frankreich und Italien und schließlich ist selbst in Spanien der Achtstundentag in allen Staatsbetrieben eingeführt worden. Ein sehr interessantes Experiment wurde in den Vereinigten Staaten unternommen: die beiden Linienschiffe vom gleichen Typus „Connecticut“ und „Louisiana“ wurden gleichzeitig gebaut, das erstere auf der Staatswerft, auf der der Achtstundentag galt, das andere auf einer Privatwerft, die auch höhere Löhne als der Durchschnitt zahlte, bei der die Arbeitszeit aber zehn Stunden betrug. Da stellte sich nun heraus, daß auf der Staatswerft sowohl an Material als an Arbeitszeit sehr gespart war. Die Arbeitsleistung war beim Achtstundentag auf der Staatswerft um 24—28 Proz. höher als beim Zehnstundentag in der Privatwerft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Lohnstatistik, welche von dem Staatssekretär gegeben ist, erscheint uns völlig ungenügend. Die Angabe der Durchschnittswerte gibt kein deutliches Bild von den wirklichen Einkommensverhältnissen der einzelnen Arbeiterkategorien. Vergleichen man die Militärbetriebe, die hier in Betracht kommen, wie zum Beispiel die Geschloßfabriken, die Pulverfabriken usw., mit den ähnlichen Verhältnissen der Reichsmarineverwaltung, so ergibt sich für die letzteren durchaus kein günstiges Bild. Der Staatssekretär will eben nicht bessere Arbeiter heranziehen, sondern er erklärte ausdrücklich, es sollten nur solche Löhne gezahlt werden, daß noch gute Arbeiter zu bekommen sind; erst wenn das nicht mehr möglich ist, sollten die Löhne erhöht werden. Das Reichsmarineamt sollte eine andere Lohnpolitik treiben, so daß die besten Arbeiter sich zu ihr drängen. Tatsächlich geht aus ihren Lohnverhältnissen hervor, daß sie Löhne zahlen, die noch unter dem verhältnismäßigen Tageslohn bleiben (hört! hört!), erwachsene Arbeiter erhalten bei ihr einen Anfangslohn von 30 Pfennigen (hört! hört!) für Tischler, Maurer, Zimmerer, Schlosser, Klempner, Maler zahlt sie als maximalen, also höchsten Stundenlohn 40 Pf., in der Privatindustrie dagegen wird bezahlt als Mindest-Stundenlohn für Tischler 43 Pf., für Maurer und Zimmerer 60 Pf., vom 1. Januar ab 65 Pf., für Schlosser 48 Pf., für Klempner 43 Pf., bei selbstständig arbeitenden Gelehrten 47 Pf., für Maler 68 Pf. (hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Das kann man doch wirklich nicht einen Arbeiterbetrieb nennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schiffszimmerer müssen sich das Arbeitszeug selbst halten, was eine jährliche Ausgabe von 60 M. macht. Die Werkzeugmacher erhalten in den staatlichen Betrieben 38—42 Pf., in der K. G. B. bis zu 80 Pf. Gleichwohl hat man den Werftarbeitern die bescheidenen erbetenen Teuerungszulage verweigert, obwohl nach einer Statistik des Telegraphenassistenten-Verbandes diese drei Werftbetriebe ein besonders hohes Existenzminimum haben. Aber man hat zugleich auch eine Reihe höherer Lohnstufen für Vorarbeiter usw. bedeutend herabgesetzt, und auf die Beschwerde des Arbeiterausschusses diesem zur Antwort gegeben, die Löhne der Meister gingen ihn nichts an! (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch eine große Zahl höherer Arbeiterlöhne, zum Beispiel bei den Kupferlaminieren, den Preß- und Hammerbetrieben hat man gesenkt. Das heißt man eine Teuerungszulage gewährt! Als ich im Vorjahre ähnliche Klagen vorbrachte, wies der Staatssekretär zu seiner Rechtfertigung darauf hin, daß selbst bei diesen Löhnen der Anbruch zu den Werften ungeheuer stark sei. Aber in Wahrheit sind fünfmal so viel Werftarbeiter auf eigenen Wunsch entlassen worden als wegen „Unfähigkeit im Dienste“. Die 68 Prozent der auf eigenen Wunsch entlassenen Arbeiter beweisen doch, daß die Werften wirklich kein Dorado sind, daß die Marineverwaltung sich nicht wundern darf, wenn sie teuer baut, da sie die bestqualifizierten Arbeiter von sich abdrückt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zur Sprache muß ich noch einige andere Vorkommnisse bringen: zunächst Arbeiter-Entlassungen in Danzig. Wir müssen uns mit diesen Entlassungen abfinden, die immer stattfinden, wenn die Verwaltung des Marine-Stat heranzieht. Aber hier ist die in der Arbeitsordnung festgelegte sechs-wöchentliche Kündigung nicht inne gehalten worden. Zwei Arbeiter, die volle fünf Jahre gehalten worden, ist in das Entlassungszeugnis der Vermerk geschrieben worden, sie seien entlassen, weil sie übertragene Arbeit nicht zur Befriedigung ausgeführt und sich nicht einwandsfrei gefügt hätten. Wenn das zuträfe, wären die Arbeiter nicht volle fünf Jahre beschäftigt worden. Noch ein Jahr vorher war dem einen der beiden gekündigt worden, die Kündigung aber zurückgenommen, weil der Werksführer ihm ein sehr günstiges Zeugnis ausstellte. Eine weitere Beschwerde betrifft den Streik der Kohlenarbeiter der Firma Dieck und Claar. Da hat bei einem Streik die Marineverwaltung die Werftarbeiter zur Streikarbeit kommandiert und der Werftdirektor hat noch durch einen Zirkulärbefehl betont gegeben, daß ein Handwerker entlassen worden sei, weil er sich dieser Kohlenarbeit weigert hätte. Auf die Beschwerde des Handels- und Transportarbeiterverbandes antwortete das Reichsmarineamt, daß es dem Verband ein Recht der Einmischung nicht zugestehen könne, und daß es ein Verhandeln mit ihm für alle Zukunft ablehnen müsse. Nun, die Zukunft wollen wir mir anschauen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Falle leisteten die Werftarbeiter bei der Streikarbeit passiven Widerstand, und die Kohlenfabrik sah sich schließlich doch zum Abschluß eines Tarifvertrages gezwungen. (Sehr

gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Werft in Wilhelmshaven hat Arbeiten für die selbst 42 1/2 Pf. Stundenlohn bezahlt, an eine Frankfurter Firma Holzmann vergeben, die dafür nur 37 Pf. bezahlte. Auch dort kam es zu einem Streik! Ist es nun wahr oder nicht, daß diese Firma 1,10 M. pro Arbeitsstunde der Marineverwaltung angerechnet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Während dieses Streiks wurden wie in Stettin unter falschen Vorwänden ausländische Arbeiter herbeigezogen. Als sie sich weigerten, weiter Streikarbeit zu tun und zur Polizei gingen, wurden sie mit Stöcken und Trüben mißhandelt, und es kam zu einem Gedränge, bei dem die Polizisten mit blanker Waffe auf die wehrlosen Arbeiter einhieben. (Starkes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An all dem ist die Marineverwaltung mitverantwortlich. Denn auf ihren Versten duldet sie nur deutsche Arbeiter. Dieses Zwischenfallen dürfte übrigens noch eine diplomatische Intervention Oesterreichs zur Folge haben. Ich möchte daher zum Schluß dann den Staatssekretär dringend bitten, endlich mit seiner verfehlten Lohnpolitik zu brechen, unverzüglich die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen, die achtstündige für einen möglichst nahen Termin vorzubereiten, die Teuerungszulage zu bewilligen und auch die abtätige Lohnzahlung eintreten zu lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich kann dem Redner in einigen Punkten beistimmen. Insbesondere wünsche ich mir andere Bestimmungen über die Wahl der Arbeiterausschüsse. Ebenso fördern wir die Einführung des neunstündigen Arbeitstages. Es erscheint mir zweifelhaft, ob die Teuerungszulage genügend durchgeführt ist. Man hat mir mitgeteilt, daß nur die Löhne der ungelerten Arbeiter genügend erhöht seien.

Staatssekretär v. Tirpitz: Was den neunstündigen Arbeitstag betrifft, so habe ich in der Kommission nicht erklärt, daß wir uns nach dem Vorgehen der Privatindustrie richten müßten. Am 30. Januar haben wir in einer Verfügung bereits Erhebungen über die Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit angeordnet. Bei einer so schwierigen Frage (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten), wo es sich um die Neuregelung der Mittagspausen, der Einrichtung nach den Arbeitstagen, der Markenkontrolle usw. handelt, läßt sich nicht alles in acht Wochen erledigen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aus der Arbeiterunterstützungskasse dürfen niemals Zahlungen an Beamte gemacht werden. Wenn der Abgeordnete Legien über die Arbeiterunterstützungskasse nur zwei Beschränkungen vorgebracht hat, was will das belegen? Der Abgeordnete Legien sprach davon, daß Unzufriedenheit entstanden sei. War der Einfluß des Abg. Legien ganz unschuldig daran? Ich glaube nicht! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich werde den Arbeiterausschüssen in wohlwollender Weise entgegenkommen. Unberufene Einmischung von außen aber wird zurückgewiesen (Bravo! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten) und zwar von Seiten der Direktion auf meinen Befehl und von mir selbst. (Sehr gut! rechts.) Das Vorgehen des Herrn Legien kann nur veranlassen, daß die Marineverwaltung in ihrem Bestreben, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, noch vorsichtiger wird. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Aufse: Das ist eine Drohung!) Vorsichtiger, weil die normale, systematische Arbeit in der Richtung einer Besserung der Lebenshaltung unserer Arbeiter dadurch gefördert wird. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Klagen über angeblich schlechte Löhne werde ich bei der vorgerückten Zeit nicht mehr näher eingehen. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Wir haben Zeit! Heiterkeit.) Tatsächlich drängen sich die Arbeiter zu den Werften und wenn mal jemand entlassen wird, so erhebt sich ein großes Geschrei. Das ist doch der beste Beweis. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Auch die Löhne sind gut. Sie sind, soweit Nachrichten über Privatlöhne zu erhalten waren, was, soviel ich weiß, schwierig ist, höher als auf den Privatwerften. Eine Teuerungszulage zu geben hat die Marineverwaltung allerdings nicht für zweckmäßig gehalten. Eine Teuerungszulage — das führt schließlich immer zu einer dauernden Erhöhung der Löhne. Am 1. Januar ist 60 Proz. der Arbeiter der Lohn erhöht worden und seinem verringert. Wegen dieser Tatsache kommen Sie nicht an. — Der Abg. Legien hat dann behauptet, wir entließen stets Arbeiter während der Beratung des Marineetat. Der notwendige Wechsel der Arbeitsgelegenheit macht von Zeit zu Zeit die Entlassung ganz kurze Zeit bei und beschäftigter Arbeiter notwendig. Aber welche Rücksicht wir auf den Arbeitsmarkt nehmen, beweist die Tatsache, daß nie mehr als 1 Proz. in diesem Jahre nur 0,4 Proz. der Arbeiter entlassen worden sind. Bei dem vom Abg. Legien berührten Streik in Stettin handelte es sich um Verluste der Kohlenübernahme von einem Dampfer auf den großen Kreuzer „Prinz Heinrich“, die seinen Aufschwung litten. Außerdem forderte die Eisenbahnverwaltung die Kohlenwagen zurück. Gewiß geht um ein Streik im allgemeinen nichts an, aber solche derartige militärische Interessen in Frage kommen, wird einfach zugegriffen, und wer nicht Orden pariert, wird entlassen. (Lebhafter Beifall rechts. Lärm des Abg. Hofmann-Berlin: Warum nicht erschossen? — Große Heiterkeit links.) Ueber den Streik in Wilhelmshaven bin ich nicht genau unterrichtet. Aber trotz allem Wohlwollen werden wir für die Arbeiter in Privatbetrieben, mit denen wir in Geschäftsverbindung stehen, nicht viel tun können. Schließlich hat der Abg. Legien mir das Beispiel meiner ausländischen Kollegen vorgehalten; mir steht ein Urteil über ihr Verhalten nicht zu, aber ich denke, wir stellen uns hier wie immer am besten auf die eigenen Füße. (Bravo! rechts.)

Abg. Legien (Soz.): Herr v. Tirpitz sprach von den notwendigen Vorarbeiten für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Lassen Sie doch die Arbeiter einfach eine Stunde früher heraus, dann ist alles genügend vorbereitet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie fürchten eben den Unwillen der Privatwerften. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich habe nicht gesagt, Beamte erhielten etwas aus dem Arbeiterunterstützungsfonds, sondern die Werksführer und Vorarbeiter erhielten den größten Teil. Die Organisationen anzuerkennen, ist die Pflicht der Verwaltung. Wenn Sie aber auf Ihrem Standpunkt stehen bleiben, dann werden Sie einst noch an das erinnert werden, was Sie heute gesagt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere deutschen Metallarbeiter sind keine Ausländer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden von ihren Rechten Gebrauch machen und können verlangen, daß ihre gesetzlichen Rechte respektiert werden. Die Verantwortung für die Folgen trifft Sie. Wenn die Verwaltung „noch vorsichtiger“ mit der Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter vorgehen will, dann werden auch die qualifizierten Arbeiter „noch vorsichtiger“ vorgehen. Dann wird die Werftverwaltung auch nicht ausreichend qualifizierte Arbeiter bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär sollte sich einmal danach erkundigen, er wird finden, daß einem großen Teil der Arbeiter die Aussicht, in eine höhere Lohnklasse zu steigen, am 1. Januar genommen worden ist. Ich habe über die Arbeiterentlassungen deshalb gesprochen, weil diese Entlassungen entgegen den Bestimmungen der Werftordnung erfolgt sind. Es ist eine merkwürdige Sache, daß diese Entlassungen immer erfolgen, wenn die Reichstagsverhandlungen über den Marineetat vor der Tür stehen. Wenn der Staatssekretär den Zusammenstoß in Wilhelmshaven, wobei die Polizei mit blanker Waffe eingriff, eine harmlose „Schlägerei“ nennt, so will ich mit ihm über den Geschmach nicht streiten. Ich nenne den Vorgang einen ganz gemeinen Ueberfall. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber halte ich es für die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Marineverwaltung, die Arbeiter vor der Ausbeutung durch die Privatindustrie zu schützen. Wenn es wahr ist, daß die Firma Holzmann von der Marineverwaltung 1,10 M. pro Arbeitsstunde bekommen, ihre Arbeiter jedoch mit 45 Pf. abgepeist hat, so handelt es sich um die allgeringste Ausbeutung. Der Marineverwaltung gehen doch die Rechnungen zu. Sie hat die Pflicht, sie zu prüfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel „Werften“ wird beiläufig.  
Das Haus verlagte die Weiterberatung auf Donnerstags tag 1 Uhr. Vorher: Erste und zweite Beratung des Etatsnotgesetzes, naher Reichskolonialamt.

# Verfassungen.

## Die widerspenstigen Drohschleusen.

Einmal zum Widerstand aufgestachelt, wollen sich die Berliner Drohschleusen nicht wieder zur Ruhe bringen lassen, und daran soll der Herr Polizeipräsident selbst schuld sein. Seine Antwort auf die Petition der Drohschleusen hat eine große Erbitterung gegen die Polizei hervorgerufen, und man hat nicht über Lust, den Streit vom 26. und 27. Februar zu wiederholen und in weit größerem Maße, wenn es sein muß. Eine öffentliche Versammlung der Drohschleusenführer Berlins und Umgebend beschaffte sich am Dienstagabend bei Keller mit der Antwort des Polizeipräsidenten und erklärte einstimmig, daß darin eine Nichtbeachtung der berechtigten Wünsche der Drohschleusen liege und man sich damit nicht zufrieden geben könne. Man wolle alle gesetzlich zu Gebote stehenden Mittel zur Anwendung bringen, um den gestellten Forderungen zur Anerkennung zu verhelfen. Vorläufig nehme man noch eine abwartende Haltung ein, da Antworten auf weitere Petitionen erwartet werden. — Die Versammlung war sehr gut besucht und Polizei wie Presse schienen wichtige Botschaften zu erwarten, denn von beiden Seiten waren mehr Vertreter als gewöhnlich anwesend. Viele Drohschleusenführer waren ganz verwundert über die vielen Polizisten im Vorraum und auf der Straße und fragten sich, ob man die Drohschleusenführer für besonders gefährliche Kerle hält. Auf der Tribüne waren sechs oder sieben Berichterstatter, die aber bis auf einen bald wieder verschwanden, sobald sie merkten, daß kein Streit, also keine Sensation in Aussicht steht, denn vorläufig wollen die Drohschleusenführer, wie bemerkt, noch abwarten, ob die Polizei sich nicht eines Besseren bedient. Die Ausführungen der beiden Referenten, Becker und Schulz, welche die Antwort des Polizeipräsidenten einer scharfen Kritik unterzogen, fanden reichen Beifall. Es wurde betont, daß ein neuer Streit, wenn er nötig sein sollte, bei passender Gelegenheit plötzlich angeordnet werden würde und daß sich jeder bereit halten müsse, dem Rufe der Organisation zu folgen.

Das Pflegepersonal und sonstige Angehörige der städtischen Irrenanstalt Herzberge hatten sich am 27. März im Lokal von Arnold zu Friedrichsberg in gut besuchter Versammlung zusammengefunden, um gegen Maßnahmen wegen Ausführung des Koalitionsrechtes zu protestieren. Verbandssekretär Albin Rohs als Referent führte aus, daß die von den Leitungen städtischer Kranken- und Irrenpflegeanstalten geübte Praxis oft im schroffsten Widerspruch stehe zu den wiederholten Versicherungen des Oberbürgermeisters von Berlin, daß keinem städtischen Angestellten das Koalitionsrecht verweigert werden solle. Jetzt sei wieder in der Irrenanstalt Herzberge eine Maßregelung erfolgt, die des Pflegers Wagner, die in letzter Linie auf dessen Tätigkeit für die Organisation zurückzuführen sei, genau so wie seinerzeit die Heintzschkes. Allerdings verschänze man sich immer durch die Dienstordnung; sie müsse zur sogenannten „Reduzierung“ der Mündigkeit herhalten. Zur Befähigung der modernen Organisation der Angestellten habe man in Herzberge einen Gesangverein gegründet und fördere man die Veranstaltung von Vergnügungen. Von den Oberpflegern und Oberpflegerinnen werde unter den Anhängern des Gesangvereins und sonstigen dem Verband abholden Ausschlägen gegen den Verband, namentlich aber gegen seine Funktionäre Stimmung gemacht. Es sei vorzuziehen, daß Beamte den Organisationsgegnern, die gewöhnlich sich „Reb-Rind“ zu machen wüßten, die Beschwerden gegen Verbandsfunktionäre direkt angetragen hätten. So sei es im Falle Wagner gewesen. Nach der Beschwerde Verschiedener solle

er mit Bezug auf Nichtorganisierte, die ihn zu „stacheln“ liebten, eine Klärung gebracht haben, die er entschieden befreite, die ihm aber gleichwohl einen Verweis einbrachte dahin, daß er eigentlich nicht würdig sei, Pfleger in Herzberge zu sein, und daß im Wiederholungsfalle die Entlassung drohe. Die Mündigung sei alsbald erfolgt, nachdem Kollege Wagner alles versucht habe, eine objektive Untersuchung herbeizuführen und nachdem er die Denunzianten der Unwahrheit bezichtigt hätte. Daß bei Wagner eine Maßregelung vorliege, sei ganz zweifellos. Man beachte, daß Heintzschke, der nach tadellosem 6jährigen Dienste seinerzeit unter Vorkühnung von Kleinigkeiten entlassen wurde, damals Sektionsleiter der Organisation gewesen sei, und daß man es in Wagner mit dem Organisationsklassierer für Herzberge zutun gehabt habe. Wie komme es denn, daß immer die Vertrauensleute der Organisation hinausgedrängt würden? Es liege einfach ein System darin. Und dann nicht zu vergessen die Mehrseite der Rebaille. Beschwerden gegen leitende Personen, die nachweisbar in ihrem Tun derbe Angriffspunkte boten, hätten bewirkt, daß den — Beschwerdeführern durch Revers für weitere Beschwerden die Entlassung angedroht worden sei. Sie müßten unterschreiben, es nicht wieder zu tun. Eine leitende Person aber täte ungeduldet ihren Dienst weiter. Nebenher rügte noch die lange Arbeitszeit in Herzberge und die übliche Beschränkung der persönlichen Freiheit, die hauptsächlich an das Gefängnisverhältnis erinnere, und teilte mit, daß demnächst in einer Broschüre eine genaue und chronologische Darstellung der charakteristischen Maßregelungsfälle aus städtischen Pflegeanstalten herauskommen werde. Sein Mahnruf, treu zur Organisation zu halten und freudig für sie zu werben, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bestätigt. Nach einem Schlußwort Rohs wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert gegen die Entlassung des Kollegen Wagner. Sie betrachtet sie als eine Maßregelung, die deshalb unternommen worden sei, weil Wagner Verbandsfunktionär sei. Ja, sie sehen in den fortgesetzten Entlassungen ein systematisches Vorgehen der Direktion, um die Organisation in den städtischen Anstalten auszurotten. Zu der Annahme sei man umso mehr berechtigt, als sich die Unorganisierten, ganz besonders in Herzberge, jeden groben Verstoß gegen die Dienstordnung erlauben könnten, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Die Versammlung hofft, daß die Herren Stadtverordneten einmal energisch auf eine gründliche Untersuchung der ganzen Anstaltsverhältnisse dringen.“

Die Arbeiter der Firma J. Pintsch, Maschinenfabrik, waren am Mittwoch in den Andreasbuden ungewöhnlich zahlreich versammelt, um zu den verschiedenen Betriebsmängeln Stellung zu nehmen. Es war eine ganze Kette von Beschwerden aller Art, die aus fast allen Abteilungen zur Sprache gebracht wurden. So laßen besonders die Lohnverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig. Abzüge, Preisdrückereien durch die Meister sind derartig eingerissen, daß vielfach nur Löhne von 35 Pf. und Akkordpreise von unter 50 Pf. erzielt werden. Die Behandlung der Arbeiter ist häufig eine geradezu unteroffiziersmäßige. Noch immer besteht in dem Betriebe die 9 1/2stündige Arbeitszeit. Als Herr Pintsch seinerzeit um Einführung des neuntägigen Tages ersucht wurde, hat er die bezeichnende Antwort gegeben, daß er doch dem Staat in der Verlängerung der Arbeitszeit nicht vorgehen könne. Jetzt aber, nachdem auch in den Stadienverhältnissen meistens nur noch 9 Stunden gearbeitet wird, sieht sich die Firma aber nicht veranlaßt, nachzugeben. Ein großer Uebelstand ist auch die mangelhafte Ventilation. Eng aneinander gepreßt müssen die Arbeiter in stinkendem Qualm und Dunst schaffen. Nur bei Eröffnung von Türen und

Fenstern kann der entwideltete Rauch abziehen, wodurch natürlich eine beständige Zugluft entsteht. Es ist denn auch kein Wunder, daß die Krankheitsziffer den Berliner Durchschnitt erheblich übersteigt und sich ständig eine Anzahl Erkranker in der Heil- und Erholungsstätte Beelitz befindet. Gas- und Kohlenofen existieren ebenfalls nicht. Die Kleider müssen die Arbeiter an Nägel in den Wänden aufhängen, wo dann nur ein primitiver Vorhang herübergezogen wird. Ein Ankleideraum von etwa fünf Metern im Quadrat muß von nicht weniger wie 70 Personen benutzt werden. Klosetts sind für einige Abteilungen, in denen 70—80 Arbeiter tätig sind, nur zwei vorhanden. Ebenso genügen die Waschoberflächen nicht den hygienischen Anforderungen. Die Versammelten nahmen eine Resolution an, die energisch eine Abstellung der Mängel forderte. In der Aussprache wurde aber auch hervorgehoben, daß die Arbeiter der Firma Pintsch an all diesen Mängeln sowohl in Berliner Hauptbetriebe als auch in der Fürstentwader Filiale zum großen Teil durch ihre eigene Untertätigkeit und Indifferenz selbst die Schuld tragen.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.** Bezirk Berlin. Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8 1/2 Uhr: Deftentliche Versammlung in den „Germania-Sälen“, Hauptstraße 103a. Es spricht Julius Kalkb. über: „Wacht vor Recht!“ Zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Angestellten der A. G. S. erwartet die Ortsverwaltung.

**Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgebend.** Abt. VII. Mitgliederversammlung bei Hermann Nagel, Neustädterstr. 17, abends 8 Uhr.

**Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlin.** Donnerstag, den 29. d. Mts, abends 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 77a: Mitgliederversammlung.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 56—64, IIIa 50—54, IVa 40—48, engl. Bullen 44—48, dan. Bullen 00—00, holl. Bullen 00—00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 80—88, IIa 65—78, IIIa 52—62. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 55—61, Schweinefleisch 72—76. Rindschinken 0,80—1,00. Gänser, alte, Stüd 1,50—3,00, alle per Pfd. 0,85, junge, per Stüd 1,00—1,10. Tauben, junge 0,50—0,70, alte 0,45—0,50. Enten, junge per Stüd 3,00, per Pfd. 0,00—0,00, ruff. per Stüd 3,60. Gänse, junge, per Stüd 0,00—0,00, ruff. per Pfd. 0,35—0,50. Dachte 81—90. Schote 00—00. Gänse 56, groß 00—00. Hühner, groß 00—00, mittel 00—00, klein 00—00, unsortiert 00—00. Hühner 43—62. Hühner, pommer. I, per Stüd 00—00, Hühner, Stiege Ia 4—7, do. mittel, per Stüd 3—4, do. klein, per Stüd 00—00. Bäcklinge, Schmed. per Ball 00—00, norm. 3—3,50, holl. 4,00, Hühner 3,00—4,00, engl. 3—3,50. Hühner, per Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60. Spalten, Hühner, 2 Ball 0,80—1,50, Hühner, per Stüd 00—00. Sardellen, 1902er, per Anker 74,00, 1904er 72,00, 1905er 70,00. Schottische Röhrelinge 1905 00—00, large 40—44, full 36—38, med. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Rotes, per 1/2, Losen 60—120. Hummern, Ia, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Stüd, große 00—00, mittelgroße 00—00, kleine 6,00, unsortiert 00—00. Eier, Land, per Stüd 00—00, frisch 3,30—3,50. Butter per 100 Pfund, Ia 121—122, IIa 118—121, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Saure Butten, Stüd 2,00 R., Pfefferkörner 2,00 R., Kartoffeln per 100 Pfd. magen von 2,10—2,25, rote Daberle 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Weizenmehl per Stüd 0,00—0,00. Weizenmehl per 100 Pfd. 4,00—6,00. Kartoffel per Stüd 00—00, holl. 16—24. Grünbohnen, per 100 Pfd. 12—15. Rüben, weiße 12—16, Zeltener 16—18. Strohbohnen, per Stüd 2,50—4,50.

**Wasserstand am 27. März.** Elbe bei Ruffig + 2,43 Meter, bei Dresden + 0,90 Meter, bei Magdeburg + 4,00 Meter. — Unstrut bei Stranfurt + 2,30 Meter. — Oder bei Rathow + 4,40 Meter, bei Brieslau Oberpegel + 5,38 Meter, bei Brieslau Unterpegel — 1,02 Meter, bei Frankfurt + 2,70 Meter. — Weichsel bei Braubrunnen + 5,72 Meter. — Sarthe bei Bosen 1,86 Meter. — Nebe bei Uth + Meter.

Am 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, verschied nach kurzem schwerem Leiden unser liebenswerter Vater und Schwiegervater, der Sigarenfabrikant  
**Julius Dombrowsky**  
im 54. Lebensjahre. 8556  
Anna Koch geb. Dombrowsky, Klara Dombrowsky, Willi Koch, Martin Wenkel.  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler  
**Paul Neumann**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazareth-Kirchhofes aus statt.  
Kege Beteiligung wird erwartet.

**Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 26. März verstorbenen Steinbruders  
**Rudolf Schondorff**  
findet statt am Freitag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Friedrichshagen n. 8595  
Das Komitee.

**Spezialgeschäft für Uhren.**  
Nachdem der Freischwinger, Kuff (wie nebenstehende Abbildung) 14 Tage lang, genau gehend und richtig schlagend, halb und voll, unter 5 jähriger voller, christlicher Garantie von  
**Wart 10 an E. Möbis**  
Reuthstr. 14 (am Spittelmarkt) 2. Gesch. Kopenstr. 82.

## Partei-Expeditionen:

**Berlin Zweiter Wahlkreis:** Hermann Berner, Mittelwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fröh, Feinzeile 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis:** Robert Bengels, Rüdelsdorferstraße 8. — **50.:** Paul Böhm, Kaulfenerstraße 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Jucht, Reiblerstraße 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Monbit):** Karl Anders, Salzweidestra. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Sehe, Bienenstraße 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Kahlke, Adelerstr. 36, Eingang Anstammetz. — **Gesundbrunn:** F. Trapp, Adelerstr. 24, von part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Lohenerstr. 123. — **Alt-Glienice:** Reinhold Schulz, Rudowerstr. 83. — **Charlottenburg:** Gustav Schanzberg, Seelenbinderstr. 1. — **Ede-Goethestr., v. l.:** Wilmersdorf-Halensee: Georg Heese, Berlinerstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau u. Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Stromgrabenstraße 50, l. — **Grünau:** D. Blume, Bifforstraße 2. — **Rixdorf:** W. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Cunostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Sämler, Berlin Luthenstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:** R. Müller, Berlinerstr. 41/42. — **Ober-Schöneeweide:** Julius Grunow, Edisonstr. 10, l. — **Nieder-Schöneeweide:** Donalds 119, Haffelweberstr. 1d. — **Johannisthal:** Franz Hünold, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Erich Steuer, Rosinstr. 8, l. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Lindenwalderstr. 4b. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz:** D. Bernice, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Däpplerstraße 8, und Fr. Schellhaas, Hornstraße 15a. — **Hardenberg:** Hermann Reichardt, Hauptstraße 16. — **Baumenschuldenweg:** E. Tod, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Seigt, Glienstr. 37, von III l. — **Neu-Weißensee:** D. Weste, Sedanstr. 105, part. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** F. Garisch, Frobergstraße 108, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rietz, Dorfstraße, Schubartstraße 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwaldt, Wühlstr. 73. — **Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage:** Alfons Gräß, Eichwalde, Kronprinzentr. 82, l. — **Teltow:** Hermann Krüger, Reuterstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.

**Sozialdemokrat. Wahlverein l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Gürtler Viertel.)**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Sigarenhändler  
**Julius Dombrowsky**  
Reichenbergerstraße 119a, Stadtbezirk 112a, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Friedrich Lehmann**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Rixdorf, Rariendorfer Weg, aus statt.  
Kege Beteiligung wird erwartet.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und die Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Paul Helbing**  
sagen wir allen Bekannten, Verwandten und Kollegen unseren innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

**Goldgrube! Schönes Restaurant,** direkt am Wochenmarkt, Herbesaßhalber zu verpacken. 107/10 G. Dangschar, nalle S., Töpferplan 9.

**Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.**  
Vorwaltungsstelle Berlin I.  
Hierdurch diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglieb, Kohlenarbeiter  
**Gottfried Grudd**  
an einem Unfall durch Schädelbruch verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Rixdorter Krankenhaus aus nach dem Nazareth-Kirchhof in Pflügenstr. aus statt.  
Ehre seinem Andenken!  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher  
**Friedrich Wiebelitz**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

## Schlaflos denkt die Hausfrau nachts:

Wie kann ich bei den enormen Fleischpreisen alle Tage kräftige Fleischbrühsuppen auf den Tisch bringen? Da fällt ihr ein: **Knorr's Suppentafeln und Erbswurst** brauchen ja nur mit Wasser wenige Minuten gekocht zu werden und die beste Fleischbrühsuppe ist fertig. Aber wohlverstanden: **Knorr's Suppentafeln und Erbswurst!**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter  
**Luise Meyer**  
geb. Klein  
im 48. Lebensjahre am 27. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Wilhelm Meyer, Rößelpollerer, Sorauerstr. 16.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben unerschütterlichen **Frida** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten sowie dem Gesangverein „Sangeslust II“ unseren herzlichsten Dank.  
Familie Zimmermann nebst Baumann Quittenstr. 28. 8576

**Spochemachend! Sensationell!**  
Morgen Freitagabend 8 1/2 Uhr, **Arminhallen, Kommandantenstraße 20:**  
**Lichtbilder-Männer-Vortrag**  
vorgeburtliche leibliche, geistige Entwicklung von der Urzelle bis zum Menschen. Vom prakt. Naturheilk. Grundmann.  
So werden jedem seine Leiden klar!  
Eintritt 20 Pf. **Naturhelfverein Reform, Köpenickerstr. 72.**

**Moerner's Blumengarten**  
Ober-Schöneeweide  
**Dampferstation Stern**  
empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.  
2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

**Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!**  
**Restaurant „Waldhaus“**, Raucherzwerger bei Zeuthen, herrlich am Zeuthener See u. Hochwald gelegen, hat seine großen Säle Sonntag, d. 10. Juni, 1. 8. 15. 29. Juli, 5. 12. August noch zu vergeben. 4000 Sitzplätze usw. 2 Dampfer (je 200 Personen) zu vermieten. Gute Küche. Anerkennungen zur Einsicht. Um Besichtigung und rechtzeitigen Abschluß bittet  
Der Inhaber **Karl Römisch.**

Wir haben die Herstellung der Josetti-Cigaretten so vervollkommen, dass wir alle früheren Produkte in unserer langjährigen Praxis nur als experimentale Stufen zu dieser Vervollkommnung betrachten. Während dieser Praxis haben wir fortwährend den Vorteil sachverständiger Kritik gehabt, ohne welche die Herstellung von Cigaretten wie

# JOSETTI CIGARETTEN

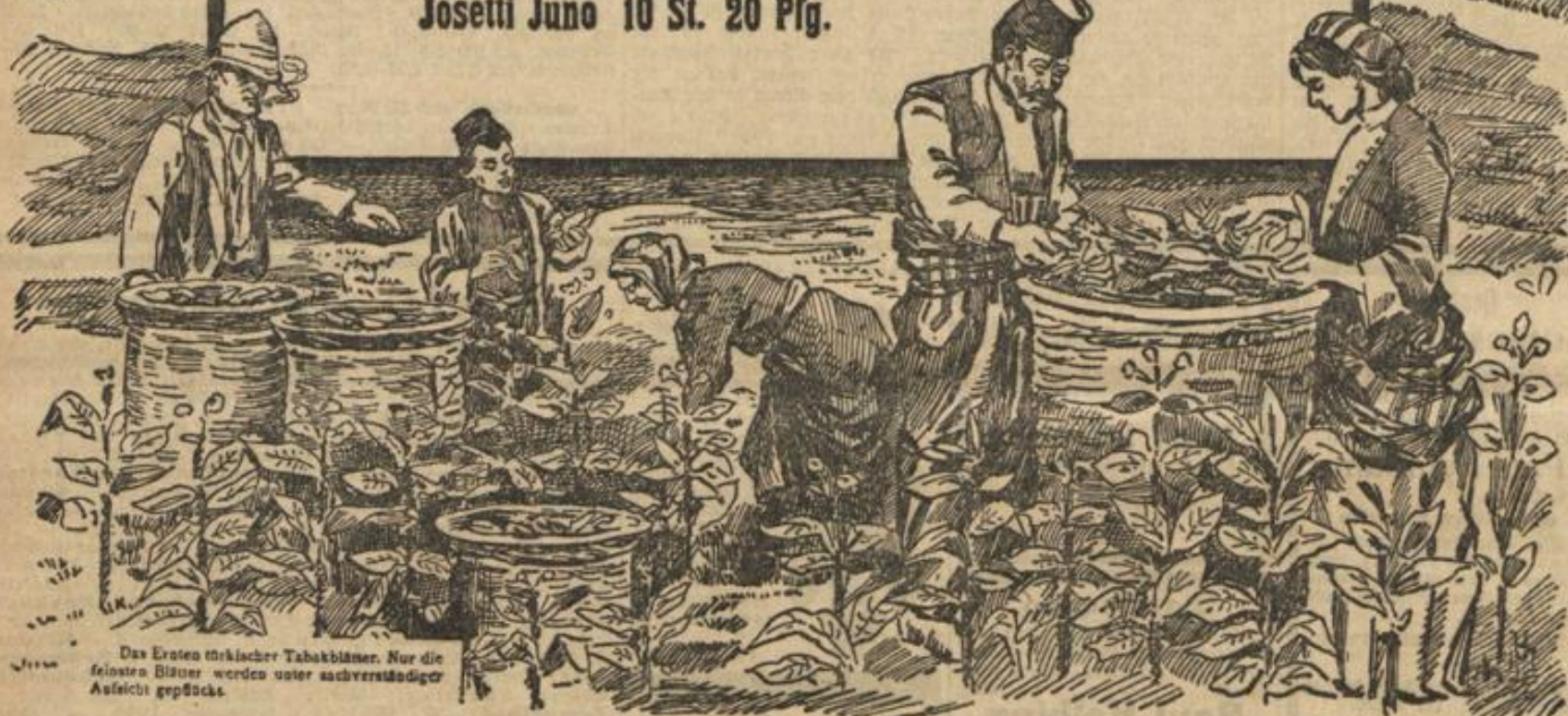
nicht möglich gewesen wäre.

Die Josetti-Cigarette ist thatsächlich ein Erfolg, begründet auf vielen früheren Erfolgen. Sie ist die Cigarette des deutschen Kenners geworden, weil sie über der Kritik des schärfsten sachverständigen Kritikers steht.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

*Josetti*



Das Ernten türkischer Tabakblätter. Nur die feinsten Blätter werden unter sachverständiger Aufsicht gepflückt.

Wir empfehlen:  
**„Sozialdemokratische  
 Gemeindepolitik“.**

Kommunalpolitische Abhandlungen.

Heft 1: **Das kommunale Wahlrecht**  
 von P. Hirsch  
 und Dr. Lindemann.

Preis 50 Pf.  
 Agitationsausgabe 30 Pf.

Eine Darlegung der historischen Entwicklung der Bürgergemeinde bis zur heutigen Einwohnergemeinde sowie der heute geltenden Wahlrechte zu den kommunalen Vertretungen.

Heft 2: **Kommunale Arbeiterpolitik**  
 von Dr. H. Lindemann.

Preis 60 Pf.  
 Agitationsausgabe 40 Pf.

Eine Kritik der Arbeiterpolitik der Gemeinden an der Hand zahlreicher Beispiele und eine ausführliche Begründung für die Notwendigkeit der Arbeiterfürsorge durch die städtischen Verwaltungen.

Heft 3: **Kommunale Schulpolitik**  
 von Dr. Max Quarek.

Preis 1,- Pf.  
 Agitationsausgabe 50 Pf.

Die Broschüre enthält reiches Material zur Beurteilung der Volksschulzustände im Deutschen Reich.

Heft 4: **Kommunale Wohnungspolitik**  
 von P. Hirsch.

Preis 1,- Pf.  
 Agitationsausgabe 50 Pf.

Eine Untersuchung der Ursachen und eine Schilderung der Folgen der Wohnungsnot sowie eine eingehende Darstellung der bisher von den Gemeinden dagegen getroffenen Maßnahmen, daran anknüpfend die sozialdemokratischen Forderungen.

Heft 5: **Steuern und Gebühren**  
 von Dr. H. Lindemann.

Preis 60 Pf.  
 Agitationsausgabe 30 Pf.

Der Verfasser gibt eine Uebersicht über die gesetzlichen Bestimmungen in den Einzelstaaten und zeigt, wie innerhalb dieser eine verhältnismäßig vernünftige Steuerpolitik möglich ist.

**Expedition des Vorwärts**

Berlin SW. 68

Laden. Lindenstr. 69. Laden.

Bei Husten, Heiserkeit  
 werten Reichels  
**Hustentropfen**  
 überaus schnell  
 und sicher.  
 Nur echt, wenn  
 mit Marke  
 „Medico“  
 reich offen.  
 Kiste 50 Pf.

Erhältlich in den Drogerien und bei  
 Otto Reibel, Berlin 50 43 Eisenbahnstr. 4.

# Phänomen- Cigaretten



Phänomen-Cigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt  
 Phänomen-Cigaretten sind garantiert Handarbeit  
 Phänomen-Cigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt  
 Phänomen-Cigaretten übertreffen Importen  
 Phänomen-Cigaretten sind überall zu haben

Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak und Cigaretten-Fabrik „**Namkori**“

ist für Gastwirte



die billigste Bezugsquelle  
 in Glas-, Porzellan-, Stahl-,  
 Nickel-Waren etc.

sowie sämtlichen  
 Bedarfsartikeln.

Niederlage in Rixdorf: „Kaufhaus“, Bergstraße 7-8, Ecke Prinz  
 Handjerystraße.

**L. KATZ & CO**  
 Spandauerstraße 45  
 am Molkenmarkt  
 und  
 Kaiser-, Ecke Schilling- u. Kleine  
 Frankfurterstraße

J.G.

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Neunter Verhandlungstag.

Konstanz, 28. März.

Nach Beginn der Sitzung trug Vergrat Baselt das Material vor, welches er gemeinsam mit dem Knappschaftsdirektor Herzer aus der Statistik errechnet hat. Nach dieser Berechnung, die sich auf das ganze Jahr 1904 erstreckt, sind die Krankenziffern der Stadtgrube nicht erheblich ungünstiger wie in Neurostollen und noch etwas günstiger wie in Elisabethglück. — Der Verteidiger hebt dagegen hervor, daß bei dieser Berechnung die Verminderung der Arbeiterzahl der Stadtgrube während des Streiks nicht berücksichtigt ist. Aus dem gestern vom Direktor Herzer vorgetragenen Material sei ersichtlich, daß die Aufwendungen von Krankengeld für die benachbarten Gruben erheblich geringer waren wie die der Stadtgrube. Der Verteidiger begründet diese Ansicht durch Zahlenangaben. — Der Sachverständige, Vergrat Baselt, bemüht sich, die Verhältnisse der Stadtgrube als nicht ungünstiger hinzustellen und bemerkt, die vom Verteidiger vorgetragene Zahlen sprechen nicht gegen die Stadtgrube. — Darauf sagt Rechtsanwalt Liebnecht: Aber gegen die ganze Gegend. — Das gibt der Sachverständige zu.

Der Verteidiger kommt nun auf die gestrige Anregung des Staatsanwalts zurück, der sich bereit erklärt hatte, den Teil der Anklage fallen zu lassen, der sich auf die Anklagen Gärtners erstreckt, welche die Beweiserhebung über Mißstände auf der Stadtgrube zur Folge haben, weil hinsichtlich dieser Anklagen dem Angeklagten der Schutz des § 198 zugebilligt werden könne. — Der Verteidiger erklärt hierzu namens des Angeklagten Gärtners: Gerade für diesen Punkt siehe dem Angeklagten günstiges Beweismaterial zur Verfügung, er habe auch zweifellos Grund gehabt, für die Beschaffung von Mißständen Sorge zu tragen. Der Angeklagte habe kein Interesse auf weitere Beweiserhebung über diesen Punkt zu verzichten, falls ihm nicht für alle Teile der Anklage der Schutz des § 198 zugebilligt werde.

Eine solche Zuzubilligung erfolgte nicht. Die Beweiserhebung wird in der bisherigen Richtung fortgesetzt.

Kunmehr kommen

Unfälle auf der Stadtgrube

zur Sprache. Der erste Fall dieser Art betrifft den Hauer Gerzig. Er ist im April 1904 im Tagebau abgestürzt und hat dabei den rechten Arm gebrochen und den linken verstaucht. — Gerzig, der als Zeuge vernommen wird, hat dem Angeklagten Gärtners seinerzeit den Unfall so erzählt: Er arbeitete an einer Stelle, wo nur ein Mann arbeiten konnte. Steiger Maß habe aber noch einen zweiten Mann an dieselbe Stelle beordert, weil Kohlen gebraucht werden. Der zweite Mann sollte abwechselnd dem Hauer und dem

Schlepper helfen. Der Zeuge sagte zum Steiger, an der Stelle könne nur ein Mann arbeiten. Der Steiger habe aber gesagt: Nehmen Sie man die Zigarre aus der Schnauze, dann wird es schon gehen. Auf die vermehrte Anstrengung infolge der Antreiberei des Steigers und auf mangelhafte Beleuchtung der Arbeitsstelle führte der Zeuge bei seiner Erzählung zu Gärtners seinen Unfall zurück. So ist der Fall auch damals in der „Bergarbeiterzeitung“ dargestellt worden und Gerzig hat die Darstellung nicht als unrichtig bezeichnet.

In seiner Zeugenaussage drückt sich Gerzig, der jetzt Stollenwächter auf der Stadtgrube ist, über die Ursachen seines Unfalles sehr unbestimmt aus. Daß er sich durch die Antreiberei des Steigers zu besonderer Anstrengung veranlassen ließ, scheint er nicht mehr angeben zu wollen, jedoch bleibt er dabei, daß die elektrische Beleuchtung an jener Stelle ungenügend war. — In diesem Unfall meint der Sachverständige, Vergrat Baselt: Wenn mal jemand abstricht, das ist doch nichts Besonderes. Das kommt mal vor.

Sehr eingehend wird ein Fall erörtert, wo ein Hauer Dezarzal in einem zusammengefallenen Bruch verhaftet und zu Tode gekommen ist. Dieser Unfall hat sich am 1. Dezember 1904 ereignet. Dezarzal hat nach der Darstellung mehrerer Zeugen in einem Bruch des Tiefbaues gearbeitet. Daneben bestand sich ein abgebauter Bruch (technisch als „alter Mann“ bezeichnet), dessen Einsturz die Arbeiter befürchteten. Die Stelle wurde für so gefährlich gehalten, daß sich einer der Zeugen dem Steiger gegenüber entschieden weigerte, in diesen Bruch zu gehen. Der Steiger Maß suchte aber die Bedenken der Arbeiter zu zerstreuen, indem er sagte: Ach was, der Bruch steht ja noch. — An der Stelle, um die es sich hier handelt, waren nach Angabe eines Zeugen die Klappen der Streden gebrochen und so weit nach unten gebogen, daß die Förderwagen nur noch eben hindurchgingen. In dem „alten Mann“ standen zwei Stempel, die durch den Druck des Gebirges von oben herab zusammengedrückt waren. Steiger Maß soll den verunglückten Dezarzal beauftragt haben, zwischen den beiden gebogenen Stempeln einen Hilfsstempel aufzustellen. Es ist möglich, daß durch das Antreiben des Hilfsstempels die Hauptstempel umgefallen sind, infolgedessen natürlich der „alte Mann“ zusammenbrechen mußte. Andererseits ist es aber auch möglich, daß durch Risse in dem neuen Bruch, wo der Berunglückte arbeitete, Sand aus dem „alten Mann“ eingedrungen und so der Unfall verursacht worden ist. Einige Zeugen geben ganz bestimmt an, daß sie durch Risse in den „alten Mann“ hätten hineinschauen können. Das würde beweisen, daß man beim Abbau zu weit an den „alten Mann“ herangegangen und dadurch der Unfall verursacht ist. Dezarzal arbeitete ganz allein an der Unglücksstelle. Daß er verschüttet worden ist, wurde erst einige Zeit nach dem Unfall bemerkt. Der Schlepper vernichtete seinen Feuer Dezarzal, man suchte ihn und fand, daß der Bruch zusammengefallen war.

Einige andere Fälle kommen nunmehr zur Sprache, an denen die durch Nachlässigkeit der Betriebsleitung verursachte

Unfähigkeit des Betriebes

illustriert werden soll. Nach dieser Richtung wird folgendes beklagt: Beim Anlegen einer Kesselschraube stellte sich heraus, daß an der Stelle, wo der Arbeiter, der die Öffnung von unten her durchschlug, zutage kommen mußte, 6—8 Zentner schwere Steine lagen, welche auf den Arbeiter niedergestürzt wären, wenn ein anderer Arbeiter diese Gefahr nicht bemerkt hätte. — Ein anderer Zeuge sagt aus, er sei bei der Arbeit im Bruch auf eine unter demselben befindliche alte Strede gestoßen. Der Stempel, den er aufstellen wollte, rutschte durch die Sohle des Bruches in die alte Strede. — Hierzu meint Sachverständiger, Vergrat Baselt: Dafür könne man die gegenwärtige Betriebsleitung nicht verantwortlich machen. Dieser Zustand sei auf Verschulden der früheren Betriebsleitung zu setzen, die kreuz und quer gearbeitet habe, um die beste Kohle zu gewinnen.

Ein anderer Zeuge ist mit einer Strafe belegt worden, weil er sich weigerte, einer Anordnung des Steigers Maß Folge zu leisten, der von ihm verlangte, daß er in einem „unruhigen Bruch“ einen Stempel aufstellen sollte. Ein „unruhiger“ Bruch ist ein solcher, wo Kohlenstücke herunterfallen, was ein Zeichen dafür ist, daß sich das Gebirge in Bewegung befindet und ein Einsturz zu befürchten ist. Da unter solchen Umständen jede Arbeit im Bruch lebensgefährlich ist, so hat der Zeuge das Aufstellen des Stempels verweigert. Ein anderer Arbeiter, der nachher den Stempel aufstellte, sagte in Uebereinstimmung mit dem Steiger Maß, der Bruch sei zu jener Zeit ruhig gewesen. Der erste Zeuge bleibt aber bei seiner Aussage.

Weiter kommt ein Fall zur Sprache, wo auf die vom Tiefbau zum Tagebau führende Strede ein Kohlenstück niederkam, so groß, daß es acht Tage dauerte, um die abgestürzte Kohle zu entfernen. Dieser Vorgang wird durch zwei Zeugen beklagt. Steiger Maß sagt dazu, er wisse nichts davon. — Einer der Vorgesetzten bemerkte noch, der Riß in der Kohlenwand, der den Einsturz verursachte, sei schon einige Tage vor dem Einsturz bemerkt und auch der Steiger sei darauf aufmerksam gemacht worden.

Ein anderer Zeuge sagt, im Tiefbau sei drei bis vier Tage lang die Luft so schlecht gewesen, daß die Grubenlampen nicht brennen konnten. Die Lampen gingen öfter aus, der Arbeiter rief dann um Hilfe, damit ein Kamerad mit Licht käme. Wenn die Lampen überhaupt brannten, dann gaben sie so wenig Licht, daß man nicht bei der Arbeit sehen konnte. — Vergrat Baselt will auch diesen Mißstand nicht auf ein Verschulden der Betriebsleitung zurückführen. Die Stadtgrube habe natürlich einen Wetterzug. Da könne, wenn die Temperatur innerhalb und außerhalb der Grube gleich sei, die Luft in der Grube so schlecht werden, daß die Lampen verlöschen. Unter solchen Umständen dürfe aber in der Grube nicht gearbeitet werden.



Schulbedarfs=Artikel

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

soweit der Vorrat reicht.

Table listing school supplies and their prices. Columns include items like Schreibhefte, Federkasten, Schulmappen, and Frühstücksbüchsen.

Table listing various brands of Bleistifte (pencils) and their prices.

Table listing various brands of Schulfedern (pens) and their prices.

Table listing children's clothing items like Knaben Jockey-Mützen, Kinder-Hängeschürzen, and Mädchen-Jacket.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, den 29. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Schauspielhaus.** Wilhelm Tell. Deutsch. Der Graf von Charolais. Berliner. Kean.  
Anfang 8 Uhr:  
**Neud.** Ein Sommernachtstraum. Westen. Schängeliefel.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Wanjuschins Kinder.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Der G'wissenswurm.  
**Leffing.** Kater Lampe.  
**Römische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
**General.** Dypheus in der Unterwelt.  
**Metropol.** Auf ins Metropol.  
**Walhalla.** Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.  
**Kleines.** Kinder der Sonne. Residenz. Der Brinngemahl. Trianon. Loulou.  
**Carl Weiß.** Der Hüttenbesitzer. Lustspielhaus. Die von Hochsattel. Thalia. Bis früh um fünf. Thalia. Die Haubenlerche. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.  
**Kollins.** Die Herren Söhne.  
**Kyollo.** Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.  
**Sternwarte.** Familienlag im Hause Brellstein.  
**Folies Caprice.** Der Schmock. Dalles u. Co.  
**Wintergarten.** Saharet. Die Kaiserin der Sahara. Spezialitäten.  
**Welle-Alliance.** Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Waffage. Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Aus dem Innern Ostafrikas. Dr. Thesing: Höhere Tiere als Parasiten und Krankheitserreger.

**Berliner Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Kean.**  
Freitag: Edlos Blut.  
Sonnabend: Der Widerspenstigen Zähmung.  
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu ermäßigtem Preise: Kean. Abends 7 1/2 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Freitag: Ein Sommernachtstraum. Sonnabend zum erstenmal: Caesar und Cleopatra. (Anfang 7 Uhr.)  
Sonntag: Caesar und Cleopatra. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Kinder der Sonne.**  
Freitag:  
**Kinder der Sonne.**

**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 Uhr:  
**Orpheus in der Unterwelt.**  
**Komische Oper.**  
Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Freitag: Figaros Hochzeit.  
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends 8 Uhr: Figaros Hochzeit.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Freitag zum erstenmal: Käthchen von Heilbrunn.  
Sonnabend: Auf eigenen Füßen.  
Sonntag nachm.: Dabello.  
Abends: Der Verschwenker.  
Montag: Auf eigenen Füßen.

**Apollo-Theater.**  
9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!  
**Das bummelnde Berlin.**  
Zuletzt von Benno Jacobson. Auf dem Kubok Helios.  
Im 3. Bilde: La Matschiche. Solo: Liane d'Ève.  
Freitag 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Venus auf Erden und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Kochen in all. Räumen gestattet.

**Urania Taubenstr. 48/49.**  
Abends 8 Uhr:  
Aus dem Innern Ostafrikas.  
Dr. Thesing: Höhere Tiere als Parasiten und Krankheitserreger.

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**Walhalla-Theater**  
**Heinrich Heine.**  
Aufspiel in 3 Akten von H. Heine. Darauf:  
**Die Ballhaus-Anna.**  
Bosse m. Mel. i. 2 Akt. v. Dorn u. Haspel. Auf. 8 Uhr. Hausen überall gestattet.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die von Hochsattel.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 151. Male morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Brinngemahl.**  
Satirischer Schmaus in 3 Akten von L. Kanof und J. Chancel.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Selso Kammerzofe.

**Carl Weiß-Theater.**  
Dr. Frankfurterstr. 132.  
Heute Benefiz für Herrn Leo Gasdel:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Freitag und Sonnabend: Die lebende Brücke auf Kuba.  
Sonnabend nachmittag 4 Uhr letzte Kindervorstellung H. Fr. Aschenbrödel.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Grunimstr. 16.  
Zum letzten Male:  
**Der Kirt von Goldau.**  
Großes waldländisches Märchentrama in 3 Akten (5 Bildern) v. R. Pfeifer. Friede, Kirt von Goldau: Dir. Dill. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

**Deutsch-Amerikanisch-Theater.** Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr, sowie Sonnabend 100. **Er und Ich**  
Male  
Sonnabend nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

**Passage-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Das neue März-Programm.  
**Antoinette Sohns**  
Koloratur-Sängerin.  
**Geschwister Flokati,**  
Gesang und Tanz-Duo.  
**Fritz Schönbauer**  
mit seinen lustigen Geschichten.  
14 originelle Spezialitäten.

**Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Zum 13. Male:  
**Der Schmock**  
und  
**Dalles & Co.**  
Anfang 8 Uhr.  
Staffe den ganzen Tag geöffnet. Vorverkauf bei Westheim.

**WINTERGARTEN**  
**Letzte Vorstellungen**  
der australischen Tänzerin  
**Saharet**  
als  
**Kaiserin der Sahara.**  
Außerdem  
das glänzende März-Programm.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend nachm.: Die herbe Frucht.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Min. v. Bh. Börse.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Letzte Woche!  
**Johnke Compagnie**  
Ref. Pantomime.  
**Geschwister Fronista**  
Aufführungsduo  
und 10 Attraktionen 1. Ranges.  
**'ne feine Nummer!**  
Barikade von Max Koch.  
Familientagen in Bordier, Joffeur- und Zigarrengehilfen unentgeltlich.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wanjuschins Kinder.**  
Drama in 4 Akten v. S. N. Radjonom. Deutsche Bearbeitung von Hans Kaufmann und Max De.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
**Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.)**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der G'wissenswurm.**  
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Aufzügen von Ludwig Angenrader.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft. (2 Teil.)**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Militärstaat.**

**Freie Volksbühne.**  
Sonntag, den 1. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Metropol-Theater.** 9/10. Abteilung  
**Kater Lampe.**  
**Carl Weiß-Theater.** 16/17. Abteilung  
**Ein Frühlingsopfer.**  
Montag, den 2. April 1906, abends 8 1/2 Uhr,  
6/7. Abteilung im Carl Weiß-Theater:  
**Emilia Galotti.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

**15. Kunst-Abend**  
im Rathaus am Freitag, den 20. April:  
Der Dichter und Musiker  
**Peter Cornelius.**  
Dr. Leopold Hirachberg, Dozent an der Humboldt-Akademie.  
Billets a 30 Pf. in den bekannten Zahlstellen.  
225/13  
Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

**65 Abessinier** in  
**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

**Zirkus**  
**Albert Schumann**  
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
Eitte-Abend. Galaprogr. u. a.:  
**Ein Souper bei Maxim.**  
Ferner: Das gr. Naturwunder.  
Direkt aus China importierte  
**Cormorants**  
Fische fangende  
**Tauchervögel.**  
Mlle. Louise Marys  
**Eisbären.**  
Zum Schluss zum 102. Male:  
**Femina** das neue  
Französisch.

**XI. Berliner Saison.**  
**Zirkus Busch.**  
70 dressierte 70  
Eisbären  
unterpersönlicher Vorführung  
des Herrn Hagenbeck.  
Herr Ernst Schumanns Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern!  
Zum Schluss zum 130. Male:  
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:  
**Indien.**  
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.  
Besonders hervorzuheben:  
**Eine Tigerjagd.**

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
Neu! Einquartierung.  
Mit Humoreske v. Neffel  
Anfang  
Wochentags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**Dresdenerstr. 97**  
**Colosseum**  
Otto Steidels Hamburger  
Sänger.  
Sonntag 2 Vorstellungen  
nachm. 4 und abends 8 Uhr.  
Nachm. Eintritt 25 Pf. 1 Kind frei.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das sensationelle,  
vollständig neue  
**März-Programm.**  
Nur Schlager.

**Krug zum**  
**Grünen Kranze**  
**Alexanderplatz**  
== (im Keller) ==  
Allabendlich:  
**"Fidelitas!"**  
Damen-Orchester  
Bedienung  
nach Münchener Art.  
Entree frei.  
Skala v. 200-1000 Pers. fassend.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Heute Donnerstag, den 29. März:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
**Die Geier-Wally.**  
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorsp.  
Die Klöße von Rosen  
nach ihrem Roman von Büchtemann  
von Hiltner.  
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Vorzugsplätzen haben Gültigkeit.

**Sanssouci** Kottbuser  
-Straße 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Sonnab., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Sonnabend zum erstenmal:  
**Hennig.**  
Kinnelb. f. d. gr. Theaterland  
s. nächst. Saison (a. J. Witt-  
wachs) w. schon jetzt entg.

**Neu eröffnet!**  
Welt-Ausstellungs-  
Biograph-(St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien mit  
abweseind. Anormitäten-Progr.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow,**  
Münzstraße 16.

**Etablisement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Elysium**  
Landsberger Allee  
Nr. 40-41.  
Hof. C. Eisermann.  
Jeden Donnerstag:  
**Original-**  
**Harburger Sänger**  
Direktion: C. Fricke und  
F. Kascho-Krause.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 10 Pf.  
Vorzugsplätzen gelten.  
Rachter: **Freitanz.**

**Gänsefedern**  
vert. franco Hies-  
u. Staubfrei, schnee-  
weiß, dannerreich,  
pr. Bld. R. 1.40, dieselbe H. gefüllten  
R. 2.40. (Wasser gratis). 200/3  
**Schneider, Myslowitz No. 9 i. Schl.**

**Orts-Krankenkasse**  
des  
**Korbmacher-Gewerbes**  
zu Berlin.  
Donnerstag, den 5. April 1906,  
abends 8 1/2 Uhr,  
im **Gewerkschaftshause,**  
Engel-Ufer 15:  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung.**

**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassensbericht. 2. Bericht der  
Kommission zur Prüfung der Jahres-  
rechnung. 3. Bericht des Vorstandes.  
4. Abänderung des Statuts (§ 13).  
5. Berichtsbeschluss. 271/13  
**Der Vorstand.**  
J. K.: Karl Schwedler,  
Vorstand.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. d.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstrasse 119.

**Inventur-**  
**Ausnahmepreis**  
Mit kleinen **Webfehlern!**  
Eine große **echter**  
Partie **Plüsch-**  
**Tischdecken**  
mit reicher Stickerei  
ca. 33 1/3 % unter Preis!  
130x130 cm 6.75 M. Wert 10.00  
140x140 cm 7.85 M. Wert 15.00  
130x160 cm 10.50 M. Wert 18.00  
145x175 cm 13.50 M. Wert 22.50  
Nach außerhalb  
per Nachnahme.  
**Teppich-Spezial-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranien-Strasse 158.  
Inventur-Extralistel gratis  
u. Katalog mit ca. 600  
Illustrat. franko.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Achtung! **Küchenmöbel-Branche.** Achtung!  
Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branche-Versammlung**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Die Kommission.

**Achtung, Modelltischler.**  
Die Branchenversammlung findet diesmal am Donnerstag,  
den 5. April statt. 83/3 Der Obmann.

**Angestellte der A. E.-G.!**  
Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8 1/2 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
290/14 in den Germaniasälen, Chausseest. 103a.  
Tages-Ordnung:  
**Macht vor Recht?** Referent: Julius Kaliski.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung  
des Zentralverbandes d. Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschlands.

**Stukkateure.**  
Sonnabend, 31. März, vorm. 11 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 30:  
**Versammlung**  
der arbeitslosen Kollegen.  
Tages-Ordnung:  
1. „Unsere wirtschaftliche Lage!“ 2. Diskussion.  
Nicht jedes organisierten oder arbeitslosen Mitgliedes ist es, der  
Versammlung beizumohnen. — Auch Nichtmitglieder des Verbandes haben  
Zutritt. (173/11\*) Die Ortsverwaltung.

**Turner Berlins!**  
Montag, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Oeffentliche Turner-Versammlung**  
bei Buggenhagen, am Moritzplatz.  
Tages-Ordnung:  
1. „Herr Kultusminister Dr. Studt und die sozial-  
demokratischen Turnvereine“. Referent: Franz Gentsch.  
2. Diskussion. 8385\*  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bietet um pünktliches und  
zahlreiches Erscheinen  
**Der Einberufer.**

Freitag, den 30. März 1906,

abends 8 Uhr,

in Louis Kellers großem Saal, Koppenstr. 29:

# Volks-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

## Die preussische Volksschule und die Kirche.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Adolph Hoffmann.

Der Einberufer.

62/10

# Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 36. Filiale Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 9720.

Donnerstag, den 29. März, abends 6 Uhr, in der „Neuen Welt“, Gaststube:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Unsere Lohnbewegung.

Hierdurch fordern wir die Kollegen auf, die Arbeit so frühzeitig zu verlassen, daß ein jeder um 6 Uhr in der Versammlung sein kann. Es sollen sehr wichtige Beschlüsse gefaßt werden. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. 124/14\*

Zutritt haben nur Mitglieder der Vereinigung der Maler.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung

## Graumanns Festsäle

Bühne! Naunynstr. 27. 3 Kegelbahnen  
Achtung! Vereine! Kommande, Sonntage im April, Mai und Juni noch frei. Gustav Graumann.

## Schwedisches Eis

Besteht sehr billig, ab Lager frei Haus und in Wagonladungen, den ganzen Sommer hindurch.  
Jvan Bayer, Berlin, Luisenparkstr. 85/86.

# Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse — Alexanderplatz

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag. — Soweit der Vorrat reicht.



## Zum Schulanfang

Schulhefte 20 Blatt stark, incl. Lösblatt, blau und buntem Deckel	Dtzd. 70 Pf.
Aufgabebücher	3 5 6 8 Pf.
Oktavhefte	3 und 6 Pf.
Lack-Diarien 40 und 80 Blatt stark	18 35 Pf.
Lack-Diarien Gross-Oktav, 48 u. 96 Blatt stark	18 35 Pf.
Diarien mit festem Deckel	18 35 Pf.
Diarien engl. Lederrücken, 116 Blatt stark	35 Pf.
Löschblätter in Mappen, 25 Blatt	6 Pf.
Heft-Etiquetten gummiert, 100 Stück	9 10 15 Pf.
Rosetten-Oblaten 50 Stück	8 Pf.
Umschlagpapier blau satinirt, 26 Bogen	9 18 Pf.
Reform-Umschläge für Hefte	2 Pf.
Federwischer Leder	4 8 10 bis 28 Pf.
Unikum-Federzieher	6 Pf.
Federbüchsen	3 5 7 und 8 Pf.
Riesengriffel	Dtzd. 8 Pf.
Milchgriffel	2 Stück 3 Pf.
Lineale in allen Grössen	2 3 5 8 bis 35 Pf.
Reissnägel	Gross 15 und 20 Pf.
Füllfederhalter „Rapid“ mit automatischer Füllvorrichtung	1 10
Taschenfederhalter	8 18 25 bis 60 Pf.
Schulfederhalter	Dtzd. 20 30 und 40 Pf.
Schulschreibzeuge	45 75 95 Pf.
Schultintenfässer	8 10 12 25 Pf.
Echte u. imitierte Perry-Federn	Gross 50 u. 85 Pf.
Soennecken 111 EF.	Gross 90 Pf.

A. W. Faber-Bleistifte unpoliert	Dtzd. 22 Pf.
H. C. Kurz Ruben-Bleistifte 1—4	Dtzd. 35 Pf.
Johann Faber Dessin-Bleistifte	Dtzd. 60 Pf.
A. W. Faber Polygrades-Bleistifte	Dtzd. 1 40
Hermann Tietz Polygrades-Bleistifte	Dtzd. 60 Pf.
Johann Faber Polygrades-Bleistifte	Dtzd. 1 10
Bleianspitzer „Koh-i-noor“	15 Pf.
„Granat“	42 Pf.
„Puck“	32 Pf.
Buntstifte im Etui	8 15 25 38 45 Pf.
Bleistiftschoner mit Schieber	3 Pf.
Aka-Gummi	4 8 und 18 Pf.
Blitz-Gummi in allen Formen	4 8 18 32 Pf.
Spitzen-Gummi	5 und 7 Pf.
Architekten-Gummi	32 und 55 Pf.
Tafeln	8 15 18 20 bis 78 Pf.
Federkasten Holz	5 8 10 15 20 bis 85 Pf.
Gummifederkasten	25 40 bis 1 65
Kaisertinte	Flasche 3 8 15 bis 68 Pf.
Gallustinte tief-schwarz, Flasche	8 16 32 bis 1 45
Echte franz. Kleberrollen gummiert	4 Pf.
Butterbrotpapier fett-dicht	100 Blatt 18 Pf.
Ordnungsmappen	18 25 45 bis 2 85
Zensurenmappen	15 25 35 65 bis 1 95
Büchermappen	12 18 25 35 45 Pf.
Radiermesser	8 30 bis 75 Pf.

Drei Serien Postkarten-Alben für 160—200 Karten 30 45 60 Pf.

### Tornister

Tornister Ledertuch 85 Pf. u. 1 10 mit Fell	1 30 1 65
Tornister schwarz, Leder	2 85 bis 3 10
Tornister schwarz Rindleder, unzerreissbar	5 50 6 00

### Mädchen-Arm- u. Rückenmappen

Mädchen-Arm- u. Rückenmappen Leder-tuch	1 10 u. 1 25
Mädchen-Arm- u. Rückenmappen schwarz, Leder	3 50 u. 3 75
Mädchen-Armmappen schwarz Rindleder unzerreissbar	5 50 u. 6 00

### Frühstückstaschen

Frühstückstasche Ledertuch mit Riemen zum Umhängen	55 Pf.
Frühstückstasche braun Rindleder	1 15 u. 1 50
Notenmappe Kunstleder, zusammenlegbar mit 2 Schlössern	2 85

Notenmappen, Collegmappen, Bücherträger, grösste Auswahl.

### Schul-Anzüge

6 bis 9 Jahre	4 00 7 00 9 50
10 bis 12 Jahre	13 00

### Kinder-Stiefel

25/26	27/30	31/35	36/39
4 75	5 25	6 25	8 90

### Einzelne Schul-Hosen

6—8	9—12	18—14 Jahre
1 35	1 75	2 10



## New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch  
Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1933.

Nr. 74. Donnerstag, den 29. März 1906.

Inserate Sechsgipaltene Kolonetzelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Zum Austritt aus der Landeskirche.

Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis hat der Zivilsenat des Kammergerichts in einem Beschluss vom 14. Dezember 1905 anerkannt, daß die Austrittserklärung aus der Landeskirche seitens des Vaters für sein minderjähriges Kind abgegeben werden kann.

Das steler Arbeitersekretariat hat diesen Beschluss herbeigeführt. Es ist den Vätern, deren Austrittserklärung für ihr Kind nicht angenommen werden sollte, zur Beschwerde zu raten.

Für die Ehefrau kann der Mann den Austritt nicht erklären. Sie hat den Austritt selbst zu erklären.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevahlbewegung.

**Boghen-Rummelsburg.** Parteigenossen! Heute Donnerstag, nachmittags von 5-8 Uhr findet im dritten Wahlbezirk der dritten Abteilung Ersatzwahl für Genossen Mitter statt, der wegen Doppelmandats ein den Wählern wieder zurückgegeben hat. In der am 27. d. M. stattgehabten Wählerversammlung wurde Genosse Gastwirt Albert G o r g a s einstimmig als Kandidat aufgestellt. Pflicht jedes Genossen ist es, zur Wahl zu gehen und die Stimmzettel anzufertigen. Das Wahllokal befindet sich im Restaurant Corlin, Hauptstr. 83. Das Wahlkomitee tagt bei Koch, Prinz Albrechtstr. 5a. Genossen, welche an der Wahlarbeit teilnehmen wollen, mögen sich um 4 Uhr daselbst einfinden. Auf zur Wahl! Das Wahlkomitee.

In **Rehendorf** muß im ersten Bezirk eine Stichwahl stattfinden. Dienstag, den 3. April, soll entschieden werden, ob der Kandidat des Haus- und Grundbesitzervereins, der Kaufmann Thormen oder unser Kandidat, der Rohrleger Genosse Scheler in die Gemeindevertretung einzieht. Da, wie in anderen Orten, auch bei uns die für unseren Gegner so leicht zu erlangenden Papierstimmen eine Hauptrolle spielen, müssen wir dafür Sorge tragen, daß jeder Mann zur Stelle ist. Hier gibt es keine Ausreden. Jeder Arbeiter, der nicht gegen die Interessen seiner Klasse handeln will, muß am Dienstag im Wahllokal Fürstendamm zeitig antreten, um sein Wahlrecht im Sinne der Sozialdemokratie auszuüben. Wenn die Arbeiter Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen, wird der Sieg uns zufallen. Aber auch nur dann. Auf jede Stimme kommt es am Dienstag an.

### Wahlergebnisse.

**Friedrichshagen.** Eine erhebliche Veränderung in der Zusammensetzung der Gemeindevertretung haben uns die Gemeindevahlen nicht gebracht. In der dritten Klasse konnten wir im Bezirk Friedrichshagen mangels eines angesehenen Kandidaten nicht in die Wahl eintreten, während wir in Karlshorst bezüglich der Stimmengabe sehr günstig abschnitten, aber noch nicht durchdrangen. In der zweiten und ersten Abteilung hat eine kleine Mehrheit stattgefunden. Nicht wiedergewählt wurden Maurermeister Schmidt und Bergwerksbesitzer Weishe, beides Vertreter, die mit dem Gemeindevorstand durch die und dünn gingen. Die deren Nachfolger einschlagen werden, muß abgewartet werden.

In **Friedenau** fanden am 27. März für die dritte Klasse die Gemeindevorwahlen statt. Es erhielten Hauslein (Vögl.) 274, Grünwald (Soz.) 240, Angermüller (Soz.) 236, Schu (Vögl.) 165 und Brüder (Vögl.) 110 Stimmen. Hauslein, der über die absolute Majorität verfügt, ist somit gewählt, während voraussichtlich, da zwei Vertreter zu wählen sind, unser Kandidat in die Stichwahl kommt. In Konsequenz zu unserem früheren Beschluss, die Wahlbewegung zur Agitation und Aufklärung zu benutzen und durch unsere Teilnahme an der für uns zwar ausfälligen Wahl gegen ein elendes und widerwärtiges Wahlsystem zu protestieren, wollen wir uns an dieser Stichwahl noch reger beteiligen, auf daß unser Protest ein noch wichtigerer, ein noch flammenderer wird. Darum fordern wir die Parteigenossen und freideiwillig denkenden Mitbürger auf, auch bei der eventuellen Stichwahl ihre Pflicht zu tun und Mann für Mann ihre Stimmen für unseren Kandidaten abzugeben.

**Weißensee.** Die Gemeindevorwahlen sind vorüber. In der dritten Abteilung haben wir nicht nur unsere Siege behauptet, sondern im Vergleich zu der Wahl vor sechs Jahren einen Stimmengewinn um 60 Prozent erreicht und dies, trotzdem die Wahlbeteiligung eine nur schwache war, denn nur circa 35 Prozent der Wähler übten ihr Stimmrecht aus. Der Angriff unserer Genossen auf die zweite Abteilung hatte nicht ganz den gewünschten Erfolg. Bei einer Beteiligung von 23 Prozent der Wähler erreichten unsere Kandidaten 68 bzw. 57 Stimmen, während die Gegner 238 bzw. 214 Stimmen erhielten. Außer obigen Stimmen standen uns noch circa 30 Papierstimmen zur Verfügung, welche aber nicht in Anwendung gebracht wurden. Trotzdem durch die Stimmverteilung nach oben viele unserer Wähler von der zweiten nach der dritten Wahlabteilung gekommen sind, können wir auch hier mit einem Stimmengewinn von 50 Proz. rechnen, denn vor vier Jahren erhielten wir nur 46 Stimmen. Der Prozentgewinn würde sich noch bedeutend erhöhen, wollten wir die Papierstimmen mitrechnen. — In der ersten Wahlabteilung ist es so gekommen, wie wir vorausahnten. Der Kandidat der Gewerbetreibenden sollte an die Wand gedrückt werden, nur durch die Abgabe einer großen Zahl Korrespondenzstimmen glückte es ihm, mit 60 gegen 57 Stimmen, welche auf einen noch schnell aufgestellten Hausbesitzer fielen, die Stimmzettel davon zu tragen. Seine beiden Mitkandidaten, ebenfalls Hausbesitzer, erhielten 115 bzw. 114 Stimmen. — Es sehen nun noch die Wähler für den alten Ortsteil bevor, wo bis heute nur erst die Kandidaten des dortigen Grundbesitzervereins bekannt sind, die auch gewählt werden dürften. Eine Verschiebung der früher innegehabten Sitze in der Gemeindevertretung hat demnach nicht stattgefunden und wird unsere sozialdemokratische Fraktion wiederum gezwungen sein, gegen den Hausbesitzerliga der dreierlei Art geschlossenen vorzugehen.

**Kirch-Schöneweide.** Dem gestern bereits kurz mitgeteilten Wahlergebnis sei zur näheren Beurteilung noch hinzugefügt, daß die Gegner kein Mittel unterlassen, sich den Sieg zu sichern. Indes darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich unsere Stimmengabe, trotz aller Machination der Gegner, seit der letzten Wahl verdoppelt hat. An den Wählern liegt es nun, durch Ansehen an den Wahlverein und Abkommen auf den „Vorwärts“ die Vorbereitungen zu treffen, im nächsten Wahlkampf noch besser abzuschneiden.

### Schöneberg.

Der Stadtverordnetenversammlung war es in ihrer außerordentlichen Sitzung am Dienstag auch noch nicht möglich, die Etatsberatungen zum Abschluß zu bringen. Bei der Bauverwaltung setzte eine endlose Debatte ein, in welcher fast jeder Stadtverordnete die Sonderwünsche seines Bezirks oder Stadtteils zum Ausdruck brachte. Auf eine Anfrage des Stadts. Hoffmann (Soz.), wann eigentlich die Regulierung der Sedanstraße zu erwarten wäre, konnte der Vertreter des Magistrats die freudige Mitteilung machen, daß es in den letzten Tagen gelungen ist, die betreffenden Hausbesitzer zur Abtretung ihres Vorgartenlandes zu gewinnen, bis auf einen, der sich absolut weigert. Es wird nunmehr möglich sein, im kommenden Jahre an die langersehnte Regulierung der Sedanstraße heranzugehen. Eine weitere Anfrage, die Volksbadanstalt betreffend, wird dahin beantwortet, daß in der nächsten Zeit an die Ausarbeitung des Projektes herangegangen wird. Neu eingestellt wird auch eine erste Klasse von 100 000 Mark für die Vorarbeiten zur Errichtung des neuen Rathauses. Beschlossen wird ferner, daß die Stadtgemeinde die Unterhaltung der Bürgersteige zu übernehmen habe, wenn sie als definitiv reguliert erklärt worden sind.

Beim Etat der allgemeinen Verwaltung wird beantragt, die stenographischen Aufnahmen der Stadtverordnensitzungen drucken zu lassen und jedem Stadtverordneten zuzustellen. Trotz der vom Stadts. Wollermann (Soz.) sowohl wie von den Stadts. Gottschall und Dr. Marxwiz dargelegten Notwendigkeit konnte sich die Mehrheit nicht entschließen, diesem Antrage zuzustimmen; sie erklärte sich nur für die Drucklegung der gefassten Beschlüsse, die am Jahresschlusse jedem Stadtverordneten zugehen sollen. Seitens der Stadts. Maguan und Wollermann wird dann noch die mangelhafte Ausführung der Drucksachen gerügt, die in der städtischen Druckerei hergestellt werden. Ein Privatbetrieb dürfe derartige Arbeiten nicht liefern. Lehreter wird noch darauf hin, daß er schon vor einem Jahre auf diesen Uebelstand aufmerksam gemacht habe, aber bis heute sei alles beim alten geblieben.

Nach Ablehnung eines Verlagsantrages stellte sich um 10 Uhr die Beschlussfähigkeit ein, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte.

Durch einen herabstürzenden Mauerstein ist der Arbeiter Karl Kopp, Bergstraße 70 wohnhaft, schwer verletzt worden. Er war auf einem Neubau in der Venniglenstraße in Schöneberg beschäftigt und als er mit Materialen beladen über den Hof des Vorgartens schritt, fiel plötzlich aus der vierten Etage ein Mauerstein herab und traf K. so unglücklich auf den Kopf, daß der Verunglückte schwer verletzt zusammenbrach. K. fand im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme.

### Rigdorf.

**Wagnerabend in Rigdorf.** Der dritte und letzte Kunstabend der Stadt Rigdorf in diesem Jahre ist am Sonntag, den 1. April, abends 8 Uhr, im Realgymnasium, Kaiser Friedrichstraße 210, Bruchstraße aus „Lohengrin“, „Holländer“, „Lohnhäuser“ und „Meisterfinger“ kommen zum Vortrag. Billetts zu 30 und 50 Pf. sind in der Buchhandlung von Viskardt, Bergstraße 13, und an der Abendkasse zu haben.

### Weißensee.

In der außerordentlichen Generalversammlung der hiesigen Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes erstattete Kollege Führmann einen Bericht vom Gange, wonach die Wahl eines Lokalbeamten vollzogen wurde. Es waren 21 Bewerbungen eingelaufen, zur Wahl hatte die Verwaltung die Kollegen Robert Fendel-Berlin, Fritz Reuter-Berlin, Röbelpolier, und Albert Kirchner-Weißensee gestellt. Mit 120 Stimmen gegen 40 bzw. 28, die auf Reuter bzw. Kirchner entfielen, wurde Fendel gewählt. Angenommen wurde ein Antrag, beim Hauptvorstand den Ausschluß des Röbelpoliers Emil Schütz zu beantragen.

### Lichtenberg.

Zwei „schwere Jungen“ sind gestern der Kriminalpolizei in Lichtenberg in die Hände gefallen. Die Verhafteten, welche auch ein reiches Konto in Berlin zu begleichen haben werden, sind in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Einer der beiden ist jener Besele, welcher vor einiger Zeit einen äußerst verwegenen Raubversuch aus der Arenanstalt Herzberge unternahm. Er kletterte am Altkohleberg auf das Dach eines an der Außenseite belegenen Anstaltsgebäudes hinauf und mußte schließlich durch Mannschaften der Berliner Feuerwehr in Sicherheit gebracht werden.

### Friedrichshagen.

Der wegen der bestialischen Rohheit zur Anzeige gebrachte Fuhrherr Kolbe, der seinem Pferde hauptsächlich die Zunge aus dem Munde riß, hat sich nun auch mit seinem Kutscher in der ihm eigenen „Reinlichkeit“ abgefunden. Der Kutscher kam von einer Vernehmung in der Rohheitskammer seines Arbeitgebers nach Hause, als ihn dieser zu sich berief und dem Kutscher hat zu machen versucht, daß ein „Kutscher“ seinen „Arbeitgeber“ nichts nachsagen dürfe und seien es Tadeln. Als sich der Kutscher die Belohnung energisch verbat, schloß der „Herr“ die Türe ab und bedrohte den Kutscher mit einem schnell herbeigeschobenen Revolver. Die wiederholten Versuche, die Waffe gegen den sich wehrenden Kutscher zu gebrauchen, mißlingen, doch veranlaßt die gegenseitigen Verletzungen, daß beide einen heftigen Kampf geführt haben. Der Kutscher mußte sich mit zerhiebenem Daumen, sowie Messerschnitten im Kopfe in ärztliche Behandlung begeben, während der Fuhrherr mit zerbrochenem Arm und Schädelbruch der Charité zugeführt wurde.

### Wilmerdorf.

„Die Bedeutung der Lokalfrage für die Arbeiterklasse und wie können wir uns ein neues Versammlungslokal erkämpfen?“ lautet das Thema, mit welchem sich am Dienstag eine stark besuchte Volksversammlung beschäftigte. Genosse Giebler ging als Referent auf das rigorose Verhalten der Sozialisten ein, die der Arbeiterklasse ihre Säle nur zu Vergnügungen zur Verfügung stellen. Redner gab alsdann einen Rückblick auf die Organisation am Ort, welche es mit der Zeit fertig gebracht habe, sich den heutigen „Volksgarten“ zu erobern. Durch den Übergang desselben in städtischen Besitz sei die Arbeiterklasse am Orte obdachlos geworden. Das Fernbleiben der eingeladenen Sozialisten kennzeichnete Redner mit gebührender Schärfe. Die Sozialdemokratie sei die größte Partei am Orte und sei es nun Pflicht der Partei wie auch der Gewerkschaften, den Sozialisten zu zeigen, daß sie mit einem Nachsitzer zu rechnen haben. Zunächst empfiehlt Redner den Kampf gegen den „Luisenpark“, Wilhelmshaus 112, mit aller Macht fortzusetzen; je energischer

und geschlossener der Kampf, desto schneller und sicherer der Sieg. — An die mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine im Sinne des Referates gehaltene Diskussion, an welcher sich die Genossen Lauskel, Caffe, Jakobson, Perlt, Müller und Engelhardt beteiligten. Alle Redner forderten die Anwesenden auf, den Kampf mit größter Entschlossenheit zu führen und die Saalbesitzer Wilmerdorfs dürfen bald eines anderen belehrt sein.

### Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindevertretung Niederschönhausens hat den Beschluss gefasst, künftig auch Frauen zur Waisenspiele hinzuzuziehen. Der Beschluss ging dahin, zunächst vier Frauen dem Waiserrat zur Unterstützung beizugeben. Den gemachten Vorschlägen gemäß sind es ja nur Frauen des bescheidenen Vermögens, welche dazu bestimmt wurden. Indes muß mit Genugtuung konstatiert werden, daß in dem Niederschönhauser Kreise nunmehr wenigstens in einem Orte der Anfang mit einer derartigen segensreichen Tätigkeit gemacht wurde. Leider müssen wir feststellen, daß die großen Vororte des Kreises in dieser Frage vollständig rückständig sind. Ist die Gemeinde auf diesem Gebiete als vorbildlich zu betrachten, so fehlt ihr jede Hebersicht über die Bedeutung des Gemeindegemeindeguts und dessen Erhaltung für die Gemeinde. Seit längerer Zeit beabsichtigt die Gemeinde die Erbauung eines Rathauses. Die mit den Vorarbeiten betraute Kommission hatte vor kurzem über die verschiedenen Verhandlungen, betreffend den Ankauf von Grundstücken, Bericht erstattet. Von diesen Berichten haben wir nur einen heraus: den Ankauf des Doppelschen Grundstückes an der Ecke der Kaiser Wilhelm- und Blankenburgerstraße, in welchem jetzt die Gemeindeverwaltung mitwohnt untergebracht ist. Der Eigentümer bietet der Gemeinde das 120 Quadratmeter große Grundstück für den horrenden Preis von 200 000 M. an. Da zur Verbreiterung der Blankenburgerstraße 20 Auen als Straßenland abgeben, so stellt sich der Preis der einzelnen Quadratmeter auf 2000 Mark. Das ganze Grundstück, welches sich bis zur Buchholzerstraße erstreckt, soll den Wert von 450 000 M. betragen; noch vor acht Jahren wurde es der Gemeinde für 150 000 Mark angeboten. — Die Angelegenheit wurde nochmals an die Kommission zurückverwiesen, doch scheint obiges Angebot Aussicht auf Annahme zu haben.

## Berliner Nachrichten.

Die Einrichtung eines Pastors wurde von einer Gruppe liberalkirchlicher Männer aus der Gemeinde der Kaiser-Friedrich-Kirche in einer zu diesem Zweck einberufenen öffentlichen Versammlung (Brauerei Roßb., Lurmerstraße) am Dienstag verhandelt. Es handelte sich selbstverständlich nicht darum, einen der Diener am Worte Gottes durch hochstäbliche Abwürfung aus dieser schlechten Welt in ein besseres Jenseits zu befördern. Nur eine moralische Einrichtung war beabsichtigt. Aber wir wollen dahingestellt sein lassen, ob der Versuch gelungen ist.

Die Dienstarbeit, die da verrichtet wurde, galt dem orthodox gefinnten Pastor Hagenau von der Kaiser-Friedrich-Kirche. Der Herr ist vor einigen Jahren durch eine ärgerliche Geschichte in der Leute Rund gekommen. Ueber die Art, wie nach Schluß der Gottesdienste Herr Pastor Hagenau mandamental den Inhalt der Sammelbüchse feststellen habe, hatte ein Kirchendiener Matthes allerlei Mittelungen gemacht, durch die Herr Hagenau sich beleidigt fühlte. Der Kirchendiener kriegte seine Anklage und wurde verurteilt. Das eine wie das andere hätte er sich vorher sagen können. Vor Gericht hatte gegen ihn der Pastor Hagenau angeklagt, für ihn die Küster Schröder. Herr Schröder erstete eine Reinevidenzschuldigung und mußte eine Unteruchung über sich ergehen lassen. Das Verfahren wurde aber vom Staatsanwalt eingestellt mit der Begründung, hier stehe Eid gegen Eid. Diesen Ausgang mag der Küster selber nicht erwartet haben. Gegen ihn wurde indes auch disziplinarisch vorgegangen, und hier war das Ergebnis die Entlassung aus dem Dienste, die auch in zweiter Instanz bestätigt wurde. Seitdem ist Herr Schröder samt seinen Freunden unermüdet tätig gewesen, seine Rehabilitierung zu erreichen. Er hat dabei vorwiegend ein indirektes Verfahren befolgt, das heißt, er hat sich bemüht, den Herrn Pastor in ein Licht zu rücken, von dem der Küster und seine Freunde behaupten, daß es das richtige sei. Das Material, das während des Disziplinarverfahrens und noch nachher von ihnen zusammengetragen worden ist, wurde in der Versammlung vom Dienstag durch den Rechtsanwalt Röhrig, den Vertreter des Küsters im Disziplinarverfahren, dem Urteil der Öffentlichkeit unterbreitet.

Die Geschichte, die Herr Röhrig aufzählte, waren eine der anderen ziemlich gleich. Hoff immer handelte es sich um Geldangelegenheiten, mit denen der Herr Pastor zu tun gehabt hatte, und in den meisten Fällen wollte man bemerkt haben, daß da irgend etwas nicht in Ordnung war. Herr Röhrig behauptet zwar, für alle seine Mitteilungen seien Zeugen vorhanden. Dennoch kann man, was er erzählt, schwer wiedergeben. Daß der Pastor den Küster angepöppelt haben soll, mag hingehen; Geld brauchen und Schulden machen, ist keine Schande. Uebrigens soll Hagenau im Disziplinarverfahren gegen Schröder erklärt haben, er habe nie Geld geliehen — da steht also wieder Klage gegen Klage. Auch die Vergeßlichkeit, die man an dem stark überlasteten Pastor zuweilen beobachtet haben will, ist einsehbar. Freilich muß gefordert werden, daß ein vergesslicher Mann seine Finger von fremdem Gelde fern hält oder aber jeden Eingang sorgfältig bucht. Einmal hatte, so erzählt Herr Röhrig, eine Dame dem Herrn Pastor eine Summe Geldes zu bestimmtem Zweck überwiesen. Sie hatte ihm das Geld durch ihr Dienstmädchen geschickt, dem sie Vertrauen schenkte. Eine Quittung war ihr von Herrn Hagenau nicht ausgestellt worden. Nachher meinte der Herr Pastor, er habe nichts bekommen. Erst allmählich bekam er sich, und er entschuldigte sich dann mit Vergesslichkeit. Wer weiß, mit wieviel Kronen Gelangnis das Dienstmädchen die Vergeßlichkeit des Pastors hätte büßen müssen, wenn dem Herrn Pastor nicht noch zu rechter Zeit das Gedächtnis geklärt worden wäre. Uebrigens möge aus diesem Vorkommnis jedermann den Schluß ziehen, daß vergessliche Leute, wenn sie vor Gericht als Zeugen auftreten müssen und ihre Aussage zu beschwören haben, sich doppelt prüfen sollten. Im großen und ganzen haben wir den Eindruck gewonnen, daß Herr Pastor Hagenau ein ausgeglichener Beschwoer ist, zumal in Geldangelegenheiten. Seine Widersacher haben ihn bis in die allererste Zeit seiner Amtstätigkeit nachgeschürt. Er begann in einem Dörfchen des Havellandes, und schon da passierte es, daß dieser und jener sich wegen der Sammelbüchsen den Mund zerriß. In Dorfkirchen pflegen am Gottesdienst die Sammelbüchsen sich reichlicher als sonst zu füllen. In dem

Dörchen, wo Herr Hagenau amtierte, soll das Ergebnis manchen recht unangenehm überrascht haben.

Ueber die Wirkung solcher und ähnlicher Geschichten geben die Verbreiter sich einer Täuschung hin. Die Hoffnung, den Pastor Hagenau mit diesen Mitteln um die Ecke zu bringen, dürfte sich kaum so bald erfüllen. Wissen denn die Herren nicht, daß ein Pastor so leicht nicht tot zu kriegen ist? Auch die Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde, wird weder Herrn Hagenau noch dem Konsistorium sehr imponieren. Die Versammlung ersucht das Konsistorium, mit möglichster Beschleunigung festzustellen, ob Hagenau noch würdig ist, sein Pfarramt zu verwahren. Rechtswidrig genug mag es ja ein naives Gemüt berühren, nach diesem Einrichtungsversuch den Herrn Pastor nach wie vor auf der Kanzel zu sehen. Aber wir vermuten, daß das Konsistorium ihm attestieren wird, er habe keinerlei Schäden erlitten.

Eine Zumpfsfrage soll nach dem Gesundheitswesen kommen. Der Grundbesitzerverein Gesundbrunnen hat sich bei dem ablehnenden Bescheide des Magistrats bezüglich der Benennung nach Zumpft, dem ersten und bekanntesten Lehrer des Gesundbrunnens, nicht beruhigt, sondern eine zweite Eingabe an den Magistrat abgesandt, worin noch einmal die Gründe für die gewünschte Straßentafel zusammengefaßt waren. Diesmal hatte die Eingabe den gewünschten Erfolg. Der Magistrat erklärte sich in seinem Bescheide bereit, den wiederholt ausgesprochenen Wunsch des Vereins, sobald sich Gelegenheit dazu bietet, zu berücksichtigen und eine Straße des Stadtteils nach Zumpft zu benennen.

Der Grundbesitzerverein Gesundbrunnen mag auf seinen großen Erfolg nicht wenig stolz sein.

Die Hundsteuermarken verlieren mit Ende dieses Monats ihre Gültigkeit. Die neuen Marken sind an den betreffenden Steuerannahmestellen der einzelnen Bezirke zu haben.

Starke Anziehungskraft für Spitzbuben scheint das Restaurant Schinger am Bahnhof Friedrichstraße, Ecke der Georgenstraße, zu besitzen. Dieses Restaurant wird außer vom Berliner Publikum auch vom Fremdenpublikum stark frequentiert und diesen Umständen benutzen die Langfinger, um auf leichte Weise Ueberzieher und andere Gegenstände verschwinden zu lassen. Das passiert nun wo anders auch, allein in diesem Schinger-Restaurant scheinen diese Diebstähle recht reichlich vorzukommen. Ein Fremder, der in diesem Restaurant kürzlich seinen Paletot und mehrere darin befindliche wertvolle Gegenstände losgeworden war, beschwerte sich beim Geschäftsführer und erhielt die Antwort, wenn er ihm den Dieb nenne, wolle der Geschäftsführer denselben verhaften lassen, derlei Diebstähle ereigneten sich jede Woche. Eine Vergütung oder Entschädigung lehnte die Direktion ab. Nun ist es gewiß richtig, daß man in der Großstadt, speziell in den Lokalen, in denen der Fremdenverkehr sehr stark ist, besonders darauf acht geben muß, nicht bestohlen zu werden, allein die Verwaltung solcher Lokale hätte auch die Pflicht, nach dieser Richtung größere Aufmerksamkeit walten zu lassen oder die Gasse durch besondere Hinweife zu größerer Achtamkeit anzuhalten. Es ist doch wirklich kein Trost, wenn man sich über einen Verlust beklagt, hören zu müssen, daß man zu jenen Gassen zählt, welchen für ihr Geld die besondere Vergünstigung zu teil wird, allwöchentlich bestohlen zu werden.

### Doppelmord in Schöneberg.

Einem grausigen Kapitalverbrechen ist man gestern abend in der sechsten Stunde in Schöneberg auf die Spur gekommen. In dem Keller der alleinstehenden Villa Karstall an der Ecke der Friedemann- und Fiegelstraße fand man die Leichen der blutig dahingemordeten Rentier Reichert'schen Eheleute. Es liegt zweifellos Raubmord vor.

Als gestern abend gegen 6 Uhr die älteste verheiratete Tochter des Reichert'schen Ehepaars die Eltern, die in der genannten einstöckigen Villa ganz allein wohnen, besuchen wollte, erhielt sie zu ihrem Erstaunen keinen Einlass. Vergeblich wartete sie <sup>1/2</sup>, Stunden vor dem Portal. Schließlich überfiel sie eine große Unruhe. Sie bat den in der Nähe arbeitenden Maurer Haase mit ihr die Villa zu gehen. Ihr ahnte, daß hier etwas Furchtbares passiert sein müsse. Sie ging auch mit und als die beiden in den Keller treten wollten, war die Tür von innen mit Draht verschlossen. Sie versuchte nun durchs Fenster in den Keller zu gelangen. Dieser stand selbstamtweise offen. Davor stand ein Stuhl, auf dem mehrere Packstücke lagen. Sie stieg nun in den Keller und entdeckte dort die blutigen Leichen des Ehepaars. Die bedauernswerten alten Leute waren menschenähnlich dahingemordet worden. Der Mann wies am Hinterkopf gleich hinterm Ohr eine klaffende Wunde auf, die von einem stumpfen Instrument herrühren muß. Auch die Frau hatte eine ähnliche Verletzung am Kopfe. Sie waren beide durch einen wuchtigen Dief des Mörders dahingestreckt worden. Es wurde sofort die Polizeibehörde in Kenntnis gesetzt. Noch um 2 Uhr wurde das Ehepaar gestern nachmittag in dem Vorgarten der Villa gefunden. Das Verbrechen dürfte also zwischen 1/3 und 6 Uhr verübt worden sein. Reichert stand in den 70er Jahren, seine Frau zählte 56 Jahre. Die Ermittlungen nach den Tätern des grausigen Verbrechens waren bis zur Nachtstunde ergebnislos.

Ein Baumglück hat sich am Dienstag auf dem Bau Heilbronner, Ecke Barbarossastr. (Unternehmer Blankenburg) zugezogen. Der Maurer Hermann Kallier war in einer Etage damit beschäftigt, Mauerwerk zu machen. Um Wörtel zu bestellen, lehnte er sich in den Fahrstuhl. In demselben Augenblick kam der Fahrstuhl von oben herunter und brachte dem Maurer eine schwere Kopfverletzung bei, die seine Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig machte.

Wie uns übrigens von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, läßt dieser Bau, der von unorganierten Maurern besetzt ist, in bezug auf Unfallverhütungsmassregeln alles zu wünschen übrig. Trotzdem der Bau bis zur vierten Etage gediehen ist und das nebenan liegende Grundstück auch bebaut wird, entbehrt der Sichel noch vollkommen des Schutzbades. Die Baupolizei scheint aber bis jetzt hiervon nichts gesehen zu haben.

Die Kaufbolbe, die in der Nacht zum Montag den inzwischen verstorbenen Gastwirt Max Probst, seinen Sohn und den Hausdiener Theodor Brustke im „Deutschen Kaiser“ zu Plöhensee mit dem Messer überfielen und dann mit dem Automobil entflohen, wurden ermittelt und festgenommen. Die Verhafteten sind der Straßendiebstahlführer Willi Silber aus der Scharnhorststraße 7a, die Droschkenführer Walter und Hans Hampel und die Arbeiter Emil Grabowski und Richard Krüger. Silbers Vater besitzt eine Kraftdroschke, die er am Tage selbst führt. Nachts führt sie dessen Sohn Willi. Dieser machte am Sonntag abend mit seinen Freunden und zwei Mädchen einen Ausflug mit dem Kraftwagen. Nachdem sie bereits mehr als genug getrunken hatten, kehrten sie, wie wir bereits berichteten, zwischen 1 und 2 Uhr morgens noch bei Probst am Spandauer Schiffjahrsplatz ein. Der Wirt verweigerte ihnen jedoch jedes Getränk und forderte sie auf, seine Räume zu verlassen, weil sie sich ungebührlich benahmen. Zunächst ging auch die Gesellschaft hinaus, dann aber stürmte sie wieder hinein und bearbeitete Probst, seinen Sohn und den Hausdiener mit dem Messer. Jetzt, wo die Messerkellen wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zur Rechenschaft gezogen werden, muß einer die Schuld auf den anderen abwälzen. Alle behaupten, daß sie von den Kellnern, dem Hausdiener, dem jungen Probst und den Gästen geschlagen worden seien, und daß sie vor der Uebermacht die Flucht mit dem Automobil ergriffen hätten.

Von einem Brauerwagen überfahren wurde gestern nachmittag das vierjährige Töchterchen des Arbeiters Wegener, Stolpische Straße 16/17. Die Kleine spielte vor dem Hause mit einer Anzahl anderer Kinder Ball. Dabei beachtete sie nicht, daß ein Wagen angefahren kam und tief direkt in die Pferde hinein. Der Mulder konnte das Gefährt nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen und so gingen dem bedauernswerten Kinde beide Räder über die Beine.

Der Aufseher, dem keine Schuld treffen soll, nahm sich des Kindes sofort an und trug es in ein Haus, bis es schließlich durch Nachbarn zum Arzt gebracht wurde. Die Eltern des Mädchens arbeiten beide außer dem Hause und werden über die Unglücksnachricht sehr erschrocken gewesen sein.

Das ist aber das Los vieler Arbeiterkinder in der Großstadt. Infolge der miserablen Lohnverhältnisse sind vielfach Vater und Mutter gezwungen, außerhalb des Hauses auf Erwerb auszugehen zu müssen, die Kinder sich selbst überlassend. Das Größere muß oft die Aufsicht der kleineren übernehmen und so sind dieselben den körperlichen und sittlichen Gefahren der Großstadt ausgesetzt. Und bei solchen Zuständen kommen noch Leute her und phantastieren, daß die Sozialdemokratie das Familienleben zerstöre, als ob es die kapitalistische Produktionsweise nicht längst zerstört hätte. O, diese Pharisäer!

Beschränkung der Sonntagsruhe bei der Post an Ostern. Die Sonntagsruhe der Post wird in diesem Jahre zum ersten Male nach den neuen Bestimmungen eingehalten, da die Paketbestellung an Sonntagen im vergangenen Sommer unmittelbar nach Pfingsten aufgehoben wurde. Es wurde schon damals in Aussicht gestellt, zu den Festzeiten mit großem Paketverkehr auch an Sonntagen und Feiertagen eine Bestellung von Paketen stattfinden zu lassen. Für den Berliner Bezirk ist die Frage jetzt von der kaiserlichen Oberpostdirektion folgendermaßen geordnet worden: In Berlin und den größeren Vororten findet Karfreitag sowie am Osterfest je eine Paketbestellung statt. Am Ostermontag wird dagegen die Paketbestellung ruhen. Die Bestellung von Briefen wird zu Ostern insofern erweitert, als am Osterfest vormittags in Berlin und den größeren Vororten zwei Briefbestellungen ausgeführt werden.

Nach Fertigstellung des Unterleitungsbüros für den Fernsprechbetrieb in Berlin werden nunmehr auch die sämtlichen Vororte das gleiche Fernsprechsystem erhalten. Zwar sind in Berlin noch nicht die sämtlichen Klemmen an das Unterleitungsbüro angeschlossen, doch werden die Arbeiten für die Umschaltung der Anschlüsse derartig gefördert, daß noch in diesem Jahre das gesamte Berliner Unterleitungsbüro beseitigt werden kann. Inzwischen sind auch in den übrigen Bezirken der einzelnen Fernsprechkämmer, sowohl des Direktionsbezirks Berlin als auch des Direktionsbezirks Potsdam, die Vorarbeiten für die Durchführung des Unterleitungsbetriebes in Angriff genommen. In einzelnen Vororten, wie Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau und anderen größeren Amtsbezirken, sind die Unterleitungskabel bereits gelegt und nunmehr soll das gesamte Vorortgebiet ebenfalls einheitlich nach diesem System umgewandelt werden. Allmählich findet auch ein Ausbau der verschiedenen Vorort-Fernsprechkämmer statt und werden dieselben mit den modernen Einrichtungen versehen. So soll nach und nach das gesamte Fernsprechnetz der Bezirke Berlin und Potsdam einheitlich umgestaltet und dadurch der Fernsprechbetrieb wesentlich erleichtert werden.

Durch das anhaltende Hochwasser der Spree und Havel hat der Grundwasserpiegel in Berlin und Umgebung eine Höhe erreicht, wie sie bisher noch nicht beobachtet worden ist. Das hohe Grundwasser hat dem auch bereits bedeutende Schäden verursacht, da sowohl in Berlin wie in den Vororten zahlreiche Keller unter Wasser gesetzt sind. Erhebliche Störungen läßt auch das Grundwasser auf den Baumarkt aus, da die Ausbesserungsarbeiten bedeutend erschwert und zum Zwecke der Vornahme von Fundamentierungsarbeiten erst die Baugruben mit Hilfe von Dampfpumpen wasserfrei gemacht werden müssen. Der Andrang des Grundwassers ist aber an manchen Stellen, so beispielsweise auf dem Terrain der Judenwiesen in Moabit so bedeutend, daß trotz ununterbrochener Tätigkeit von Dampfpumpen die Bauarbeiten schon seit zwei Monaten völlig ruhen. Sehr empfindlich ist ferner auch die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeiten für die Frühjahrspflanzung der Felder, die im Monat März vorgenommen werden müssen, mußten bisher unterbleiben, weil das Grundwasser zum Teil zutage tritt, aber auch dort, wo dies nicht der Fall, der Erdboden so sehr durchnäßt ist.

Vom Straßenbahnwagen abgestürzt ist vorgestern vor der Zeren-Anstalt Dalldorf der Straßenbahnreiner Franz Weder. Er bestieg vorgestern nachmittag gegen 1/4 Uhr einen an der Endhaltestelle Dalldorf stehenden Straßenbahnwagen der Linie 28 und blieb auf dem Hinterpergon des Motorwagens stehen. Er nahm das Fahrgeld aus der Tasche, wobei ihm ein Fingerring aus der Hand glitt und auf den Fußboden der Plattform fiel. Als sich der Straßenbahnreiner bückte, um die Ringe wieder aufzuheben, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber von dem haltenden Wagen auf das Straßenpflaster herab. Weder erlitt einen Schädelbruch und wurde in besinnungslosem Zustande nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt.

Bei einer Explosion schwer verbrannt. Ein verheißtes Löschmittel wandte vorgestern abend der Maler Grundmann an. Er hatte in einem Hause unter den Linden Malerarbeiten ausgeführt und bei dieser Gelegenheit wollte er Wachs mit Terpentin zu Farbzwecken verflüchtigen. Er goß die beiden Massen auf eine große Pfanne und machte Feuer darunter. Bald kam die Masse zur Explosion und mächtige Flammen schlugen empor. Er wußte sich in seiner Angst nicht zu helfen und er sann auf alle möglichen Mittel, um den Brand zu löschen. Schließlich wandte er gerade nicht das praktikable an. Er setzte sich schnell auf die Pfanne, um das Feuer auf diese Weise zu erlöchen. Die Folgen waren aber weit schwerere als der Maler vorausgesehen. Er hatte bei dem seltsamen Lösungsversuche am Gefäß so schwere Brandwunden davongetragen, daß er zunächst nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von dort in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch der Portier des Hauses, der zu Hilfe geeilt war, hat sich an den Händen und im Gesicht Brandwunden zugezogen.

Die Jagd nach einem Geisteskranken rief vorgestern abend auf dem Gesundbrunnen große Aufregung hervor. Der 38jährige Steinseher B. war plötzlich von der Lohndienerin befallen worden, und nur mit einer Hufe belledet eilte der Kranke halbnaht auf die Straße hinunter. Er wurde von Passanten verfolgt, doch immer wieder gelang es ihm, zu entweichen. Laut schrie B. um Hilfe, und dadurch wurde die Anzahl seiner Verfolger von Minute zu Minute immer größer. An der Grenze von Plöhensee glückte endlich die Festnahme des Irren. Durch Polizeibeamte wurde er nach dem Revier 101 gebracht und nach eingehender Untersuchung durch den Kreisarzt der Irrenanstalt in Dalldorf überwiesen.

Das Opfer eines schweren Ueberfalles ist vorgestern abend der 30jährige Arbeiter Karl Piepe aus Hohen-Reudorf geworden. Er wurde auf dem Wege durch die Reinholdsdorferstraße plötzlich von zwei fremden Männern überfallen, und vergeblich versuchte er, sich der gefährlichen Täter zu erwehren. Schwerverletzt schleppte er schließlich nach der Unfallstation in der Wollstraße, wo er die ersten Notverbände erhielt. Er mußte dem Krankenhaus überwiesen werden.

Die Tage des alten Hauses am Alexanderplatz, das das Gebrüder Herrnsfeld-Theater so viele Jahre hindurch beherbergte, sind gezählt — bereits in den ersten Tagen des April wird die Spitzhülle an das Gebäude gelegt. Am Sonntag, den 1. April, findet die Abschiedsvorstellung statt.

### Vermischtes.

Weißer Sklavinnen für schwarze Wüstlinge. In New York wurde kürzlich ein öffentliches Haus ausgehoben, das einem reichen Regier gehörte, der seit Jahren einen ausgedehnten Mädchenhandel betrieb. Er hielt in seinem Hause weiße Mädchen ausschließlich für Neger; er behandelte die Mädchen als Gefangene und für manche Unglückliche schlug die Erlösungsfunde erst dann, als sie mit frischem, fischen Körper nach einem Hospital gebracht wurde. Die Fenster des Hauses waren nach der Straße mit Brettern vernagelt und Wächter beobachteten die gefangenen Opfer, daß keines entweichen konnte. Manches Mädchen ist durch Lockungen oder mit Gewalt nach jenem Hause gebracht worden, wo sie verlor, sobald sie die Schwelle überschritten hatte. Dieser Neger hatte Agenten in seinen Diensten, die Mädchen, welche fremd nach New York kamen, nachstellten und sie verlockten. Manchmal führte der Zufall Mädchen in jenes Haus, das äußerlich als Gasthaus galt; sie wurden eingelassen, betrunken gemacht, und als sie wieder zu sich kamen, befanden sie sich in losen Gewändern unter Leidensgenossinnen und waren gefangen. — Daß diese Lasterhöhle bisher ungehindert bestehen konnte, besch, 30. Street, ist nur dadurch zu erklären, daß die Polizisten durch große Bestechungen veranlaßt wurden, sich nicht einzumischen. Jetzt endlich ist bei Gelegenheit einer Razzia die Spelunke ausgehoben worden. Im Polizeidepartement von New York sind seit einiger Zeit allerlei Untersuchungen im Gange, die Entschuldigungen über die Beziehungen der Polizei zu den öffentlichen Häusern bringen, wobei unglaubliche Zustände zutage gefördert werden.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Suchzettel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

N. B. 100. Ihre Anfrage ist in der dritten Beilage des „Vorwärts“ vom 20. März beantwortet. — J. N. 28. Ja. — P. 100. 1. Reiz. 2. Wer aus der Kirche aussteigt, hat nach Ablauf eines Jahres keine Kirchensteuer zu zahlen. Das Jahr rechnet vom Beginn des Jahres ab, das auf den Austritt folgt. Treten Sie im Jahr 1908 aus, so haben Sie vom 1. Januar 1908 ab keine Steuern mehr zu zahlen. — W. R. Reiz. — S. 100. In der Regel sind Prämienlotterien ungeschicklich und nicht klugbar, manchmal auch schwindelhaft. Sollen Sie über eine bestimmte Lotterie etwas wissen, so tragen Sie Ihren Fall unter Bezeichnung der Ihnen zugegangenen Offerte vor. — H. 82. Ohne Einsicht der Aktien ist es unmöglich, Aktien mitzuteilen, was auf Grund der Ihnen zugegangenen Aktienrechte ist. — C. R. 100. Werden Sie sich beschwerdeführend an den Amisvorsteher. — P. S. 22. Der Fall ist freilich, wenden Sie sich an das Reichsversicherungsamt mit dem Antrag, die Versicherungsbeiträge zur Zahlung von Zusagegebühren an Sie zu veranlassen. — G. T. 10. 1. Wenden Sie sich an die Postdirektion. 2. Reiz. 3. Sie können Zahlung beantragen. — J. S. Charlottenburg. Ja. — Friedel. Doch „Bolschewist“, Vint. 13, ein Schwindelroman ist, ist doch und ausführlich dargelegt. — Architekt G. Eine Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil Sie im Verträge nicht ausdrücklich das von Ihnen gewünschte festgelegt haben. — G. G. 17. Tragen Sie den Sie betreffenden Fall vor. Insbesondere geben Sie an, ob ein Testament vorliegt, wann der Todesfall sich ereignet, ob eine Teilung stattgefunden hat. Eine Antwort auf allgemeine Fragen muß Ihnen nicht. — W. B. 24. 1. und 2. Ja. 3. Klage beim Amtsgericht. 4. Es kann die Herrschaft den auf die Krankheitszeit zu zahlenden Lohn gegen die Arzt- und Apothekerrechnungen verrechnen. — H. B. Wenn Sie die Eltern nicht durch gültige Verfügungen zur Genehmigung der Heirat veranlassen, so müssen Sie warten, bis die Braut das 21. Lebensjahr vollendet hat. — C. Z. Reizendensgeritz. 1. und 2. Ja. — H. P. 19. Reiz. Fragen für den Briefkasten können keineswegs sofort beantwortet werden. In der juristischen Sprechstunde erhalten Sie sofort Bescheid. — G. Wäcker. Der Vater seines außerrechtlichen Kindes hat für daselbe Alimente zu zahlen, gleichviel ob er die Mutter betrautet oder nicht. — R. Sch. Der Ehegattenvertrag ist noch nicht veröffentlicht. — C. W. Die Ehefrau ist verpflichtet, auf Ihr Verlangen können sofort die widerrechtlich konfiszieren Zeitungen zurückzugeben. Sie ist ferner nicht berechtigt, Ihre Briefe zu öffnen. Teilen Sie das der Verwaltung ausdrücklich mit und stellen Sie, falls dennoch Ihre Briefe geöffnet werden sollten, Strafantrag. Wenn Sie mit der ärztlichen Behandlung zufrieden sind, so liegt für Sie kein Grund vor, die Behandlung zu unterbrechen. Ob Krankheit in der Unfallfrage eintritt, wenn Sie die Kur unterbrechen, hängt davon ab, ob dieselbe erforderlich ist. Liegt solch Bescheid in berufungsfähiger Form nicht vor, so können Sie die Unfall ohne Nachteile verlassen.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. März 1906. Ein wenig wärmer bei mäßigen nachwehenden Winden und zunehmender Bewölkung; nachher geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Partei-Expedition Rixdorf::: Prinz Handjerystraße 7. Zur Ein- und Umschulung empfohlen den Genossen und Genossinnen sämtliche Schulbedarfs-Artikel Schulmappen - Frühstüchekästchen (vorschriftsmäßig) - Lese- und Rechenbücher - Atlanten Alle Arten Schreibhefte - Reißbretter - Reißzeuge - Zeichenblocs - Zeichenfächer - Tuschkästen - Buntstifte - Zensurenmappen - Schreibzeuge: Federkästen usw. Spandau, Wilsdorfstr. 39. Sonntags Gr. Ball. Anfang 8 Uhr: Familien können Kaffee kosten! 2376 Emil Koopnick.

„Flora“ Motels Schneider-Werkstatt Rixdorf, Ringbahnstr. 33. — gegründet 1876 — Frühjahrs- u. Sommer-Kollektionen aufmerksam. Es ist lohnend, dieselben mit der Konkurrenz zu vergleichen. (Die Forderungen der Schneider sind bewilligt.) 3463\* Rixdorf, Bergstr. 63, Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen Spezial-Geschäft. Begr. 1872. Aeltestes konz. Leihhaus Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I. Hohe Beleihung, Diskr. Sprechzimmer Gelegenheitskurse in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. [329]• Leih-Haus Charlottenburg, Friedrich-Rari-Platz 12, Berlin, Antlamer-Str. 2. Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Büchern, Kästchen, Kleidungsstücken etc. 354V•

Eduard Möller 307V• Hüte, Mützen, Pelzwaren Rixdorf, Bergstr. 24.

Emil Hoegner 339V• Schöneberg Grunewaldstraße 108, Schöneberg Wäsche, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren. Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten. Wegen Vergrößerung um 10 Proz. herabgesetzte Preise. Herren-Artikel. Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.